Der Schweinemord

Von R. Walther Darré

Reichs- und preußischer Minister für Ernährung
und Landwirtschaft



1937

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort

Der Weltkrieg hat uns gezeigt, daß der Bestand eines Volkes mehr noch als durch kriegerische Handlungen gerade von der Ernährungsseite her untergraben werden kann. Aus dieser Tatsache wird die ungeheure Bedeutung der Ernährungswirtschaft in nationalpolitischer Hinsicht klar. Wenn ich in der folgenden Abhandlung einen sich später verhängnisvoll auswirkenden Mißgriff der Ernährungswirtschaft im Weltkriege, den „Schweinemord 1915", schildere, dann geschieht das, um aus den ernährungswirtschaftlichen Erfahrungen des Weltkrieges zu lernen. Dabei ist es nicht nur notwendig, die sachlichen Zusammenhänge und die ernährungswirtschaftlichen sowie politischen Auswirkungen des Schweinemordes darzustellen, sondern auch die personellen Hintergründe äußerst scharf zu beleuchten. Die Untersuchungen über den Schweinemord sind deshalb nicht nur aus geschichtlichem Interesse angestellt worden.

Ausgerechnet einer der eifrigsten Verfechter des Schweinemordes, Professor Ballod, schrieb in Schmollers Jahrbüchern (40. Jahrg., I. Heft 1916, S. 99):

> „Nach eingetretenem Frieden wird es eine unserer Hauptaufgaben sein, die fraglichen Zusammenhänge (der Lebensmittelversorgung. Der Verf.) in ihrer ganzen Fülle und Wahrheit zu entschleiern. Darum mögen die Gegner nicht zu früh frohlocken."

Die angekündigte Entschleierung von seiten der „Schweinemord-Professoren" ist jedoch unterblieben. Hinderte sie das schlechte Gewissen?

Hervorgehoben muß weiter werden, daß ein großer Teil jener Männer, die heute als Angeklagte vor dem geistigen Richterstuhl des deutschen Volkes stehen, durch ihr Verhalten nach dem Kriege eindeutig bewiesen haben, daß sie antinational, ja bolschewistisch eingestellt waren. Wenn das Wort „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen" irgendwo zutrifft, dann hier. Aus den nachfolgenden Untersuchungen kann schließlich noch als Ergebnis gebucht

werden, daß die Mehrzahl der Schweinemörder nicht einmal die fachwissenschaftliche Berechtigung für ihre großangelegte Propaganda besaß, geschweige denn, daß es sich bei ihnen z. T. um „vorsichtig gesiebte Praktiker gehandelt“ hätte. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben sie sich dreist und unverfroren auf ein Gebiet begeben, auf dem sie sich dann allerdings als „Kenner“ und „Meister“ aufzuspielen wagten.

Bei dem tatsächlichen Einfluß, den diese „Gelehrten“ auf die Regierungskreise während des Krieges gehabt haben, erscheint es immerhin von Wichtigkeit, die fraglichen Zusammenhänge zu kennzeichnen, um so einmal in eines der dunkelsten Kapitel der Kriegswirtschaft hineinzuleuchten. Dies ist deshalb nötig, weil das Volk selbst hier manche Dinge als historisch „belanglos“ ansieht, während durch diese Untersuchungen feststeht, daß das internationale Judentum damals schon (1914) durch seine Vertreter in Deutschland die Keimzelle zur Vernichtung unseres Volkes bildete. Der totale Krieg ist nicht nur eine Frage der Waffenentscheidungen, sondern mit in erster Linie eine solche der gesicherten Volksernährung. Der Fall „Schweinemord 1915“ beweist diese Tatsache am besten. Durch ihn haben wir den Krieg schon 1915 mit entscheidend, vor allem aber moralisch, verloren. Verloren deshalb, weil ein politisches System, das den Juden schützte und den Freimaurer förderte, regierte, und das — bewußt oder unbewußt — die Zügel auf ernährungspolitischem Gebiet vollkommen schleifen ließ. Das deutsche Volk hat im Dritten Reich aber ein Recht, über diese Vorgänge aufgeklärt zu werden, damit ihm an diesem Beispiel die Erkenntnis aufgeht, welche verderbliche Rolle die Volksverräter — Juden — spielten und als Ergebnis 750 000 deutsche Volksgenossen — unschuldige Mütter, Kinder, alte und gebrechliche Männer und Frauen — in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 buchstäblich verhungern ließen. Auf der „Walstatt der Heimat“ blieben ¾ Millionen deutscher Menschen, die z. T. hätten gerettet werden können, wenn der Jude es nicht anders gewollt hätte. Die geschichtliche Hauptlehre, die das deutsche Volk neben den wirtschaftlichen Lehren aus der Betrachtung des Schweinemordes ziehen muß, liegt auf der Hand: Auf ewig muß es seine Ohren vor jüdischen Ratgebern und Theoretikern peinlichst verschlossen halten.

Der Verfasser.

1. Die deutsche Ernährungswirtschaft bei Kriegsbeginn

Keine kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen

Jeder Krieg stellt die Landwirtschaft eines Staates vor bedeutungsvolle wirtschaftliche Aufgaben. Das hat uns besonders der letzte Weltkrieg gezeigt, in den wir nahezu ohne jegliche Vorbereitungen wirtschaftlicher Art gingen. Die außerordentlichen Entbehrungen und seelischen Prüfungen des deutschen Volkes wurden hierdurch in einem Maße gesteigert, daß sie letzten Endes den unglückseligen Ausgang des Krieges bestimmten. Lediglich militärisch war alles aufs sorgfältigste vorbereitet. Die wirtschaftliche Mobilmachung, als unbedingt notwendiger Teil jeder Landesverteidigung, wurde jedoch mit Ausnahme der Finanzfürsorge und des Verkehrswesens vollkommen vernachlässigt. Bei letzterem war die Vorbereitung sogar so gut, daß ein unüberlegtes Hin- und Herjagen der Lebens- und Futtermittel durch das ganze Reich ohne ernstere Auswirkungen blieb. Im übrigen aber wurden Maßnahmen, die im Kriege drohenden Gefahren, besonders auf ernährungswirtschaftlichem Gebiete, abzuwehren oder zu vermindern, nicht getroffen. Damit war auch die Vorsorge, das deutsche Volk unter den veränderten Lebensbedingungen gesund und leistungsfähig zu erhalten, hinfällig. Das Ziel jeder wirtschaftlichen Mobilmachung, Bedarf und Deckung in Einklang zu bringen, wurde nicht erkannt. Alle weiteren Aufgaben, die sich aus einer solchen Zielsetzung ergeben hätten, wie statistische Erhebungen, verwaltungsmäßige und organisatorische Maßnahmen, unterblieben.

„Auf allen entscheidenden Gebieten wurde im dunklen getappt",

klagt der Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batocki, in seiner Einführung der „Beiträge zur Kriegswirtschaft" (Heft 1, 1916). Nur deshalb gelang es der Entente, uns durch die Blockade auszuhungern. 750 000 deutsche Menschen sind dafür den Hungertod gestorben.

Falsches System der Nahrungsmittelversorgung

Wer trägt nun die Schuld für diese ungenügenden wirtschaftlichen Vorbereitungen zum Weltkriege, die sich auf keinem Gebiete so schmerzlich und verheerend auswirkten wie auf dem der Ernährungswirtschaft? Nicht zuletzt liegt die Ursache im System der

Nahrungsmittelversorgung vor dem Kriege. In langer Friedenszeit unterblieb die Vorsorge für eine Ernährungswirtschaft, die den Bedürfnissen eines eventuellen Krieges entsprach.

> „Das patriotische Geschrei, daß für den Kriegsfall die heimische Landwirtschaft den Bedarf des deutschen Volkes decken müsse, ist eitel Humbug, ist nur das patriotische Mäntelchen für eigennützige Zwecke."

Dieser noch im Jahre 1912 gefallene Ausspruch des freisinnigen Abgeordneten Gothein konnte nur aus einer interessengebundenen, handels- und wirtschaftspolitischen Denkungsweise gesprochen werden, einer Denkungsweise, die alle Erwägungen zugunsten einer vorausschauenden Ernährungswirtschaft verdrängte. Zwar gelang es, die Ernteergebnisse der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht unerheblich zu steigern. Die Ernährungsbilanz jedoch hatte sich seit den Gründerjahren 1870/71 stetig verschlechtert. Dünge- und Futtermittel wurden in zunehmenden Mengen aus dem Auslande eingeführt. Eine hochgezüchtete, außerordentlich leistungsfähige Viehwirtschaft entwickelte sich, allerdings auf der Grundlage einer ausländischen Futtermitteleinfuhr. Nach den Kämpfen um den Bülowschen Zolltarif 1902 überschwemmten ausländische Kraftfuttermittel die deutschen Grenzen. Im Nordwesten Deutschlands entstanden Schweinemästereien von industriellem Charakter. Die Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes wurde ständig gehoben. Man erkannte jedoch nicht, daß die Sicherung der „Nahrungsfreiheit" auf tönernen Füßen von nicht weniger als 5 Millionen Tonnen ausländischer Futtermittel jährlich ruhte. Nichts wurde hingegen für eine systematische Entwicklung und Förderung der einheimischen Futtergewinnung getan. Eine Vorratspolitik, wie sie der konservative Reichstagsabgeordnete Graf Kanitz für den Kriegsfall forderte, unterblieb in sträflicher Sorglosigkeit. Auch in den „Erinnerungen" des konservativen Reichstagsabgeordneten v. Oldenburg-Januschau wird bestätigt, daß alle Versuche, ernährungswirtschaftliche Vorbereitungen für den Kriegsfall zu treffen, abgelehnt wurden. Eine Unterlassungssünde, die beispielsweise die leitenden englischen Staatsmänner frühzeitig erkannten. An dieser schwachen Stelle der deutschen Ernährungslage setzte der Vernichtungsschlag gegen Deutschland ein. Der englische „Aushungerungsplan" war vortrefflich ausgearbeitet, bevor Deutschland sich selbst über die Ursachen seiner wirtschaftlichen Bedrängnis klar war. Im Gefühl dieser vollkommenen Sorglosigkeit schrieb noch in den ersten Kriegstagen der Bonner Volkswirtschaftler, Professor Dr. Wygodzinski (Nichtarier), in der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung":

„In einer verhältnismäßig glücklichen Lage befindet sich die Landwirtschaft. Dank der Schutzzollpolitik ist sie auf einer Höhe der Produktion angelangt, die unsere Sicherstellung in bezug auf die Ernährung vollkommen garantiert."

So war damals die „objektive Wirtschaftswissenschaft" der Vorkriegszeit eingestellt. Es war einer der folgenschwersten Irrtümer der Agrarpolitik der Vorkriegszeit, sich derartigen Illusionen hinzugeben. Nationalpolitische Notwendigkeiten wurden hier vollkommen außer acht gelassen, weil man den Wald vor lauter Bäumen nicht sah.

Sorglos oder verantwortungslos?

Das Jahr 1914 begann. Düster ballten sich die Kriegswolken über das Land. Fester schloß sich der eiserne Ring um Deutschland: England, Frankreich, Rußland, das große Dreigestirn. Der Glaube an den ewigen Frieden zerflog. Erschreckt entsannen sich plötzlich die verantwortungsvolleren Stellen in Deutschland des Antrages K a n i t z im Reichstag (Vorratswirtschaft). Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Dr. D e l b r ü c k befaßte sich am 25. Mai 1914 der Wirtschaftsausschuß des Reichstages zum erstenmal mit ernährungswirtschaftlichen Fragen im Kriegsfall. Einstimmige Zustimmung fanden die Anregungen des Freiherrn v o n W a n g e n h e i m, des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, der sich den Grundgedanken des Antrages K a n i t z zu eigen gemacht hatte. Auch ein Vertreter aus Großbankkreisen, R o l a n d - L ü d k e, konnte sich nicht den Notwendigkeiten einer derartigen Lebensmittelvorratswirtschaft verschließen:

„Diese Vorschläge von landwirtschaftlicher Seite sind für mich das Unsympathischste, was ich kenne; ich gebe aber offen zu, daß der darin gewiesene Weg der einzig mögliche ist."

Die Verwirklichung jedoch unterblieb, angeblich aus finanziellen Gründen, wie später D e l b r ü c k meinte. Und das rund 2 Monate vor Ausbruch des Krieges, als in anderen Ländern längst aktive Wirtschaftsmaßnahmen für den Krieg durchgeführt, nicht erst „in Erwägung gezogen" wurden oder wie bei uns der Ablehnung verfielen. Unglaublich oder unfähig, lautet hier die Frage. Oder war es schon hier bewußte Sabotage?

Die Kriegsdauer

Man hatte sich in den verantwortlichen Stellen ein vollkommen falsches Urteil über den Verlauf eines Krieges gebildet. Man nahm hier an, daß die militärische Entscheidung des Krieges in einigen Monaten gefallen sei. In Anbetracht dieser kurzen Dauer übersah man in militärischen und Regierungskreisen die Möglichkeit und Folgen eines auf die Ernährungswirtschaft ausgedehnten Krieges. Es war ein nie wieder gutzumachender Irrtum der Vorkriegspolitik, sich über die Wirksamkeit einer Blokkade Täuschungen hinzugeben und sich nur von militärischen

Gesichtspunkten leiten zu lassen. Lediglich einzelne jüdische Professoren waren, wie wir noch sehen werden, besser orientiert und sahen einen langen Krieg voraus.

Das Fehlen jeglicher Statistik

Ebenso verhängnisvoll wie der Trugschluß wirkte das Fehlen einer die Kriegslage berücksichtigenden Statistik als Grundlage für alle weiteren ernährungswirtschaftlichen Maßnahmen. Kein noch so geringfügiger kriegswirtschaftlicher Vorgang ist aber möglich, dem nicht die Erkenntnis der gesamtwirtschaftlichen Vorgänge zugrunde liegt. Daher setzt jede wirtschaftliche Mobilmachung eine Bestandsaufnahme voraus, bei der die Gefahren, die einer Volkswirtschaft im Kriege drohen, einzukalkulieren sind. Eine der wichtigsten Grundlagen der Volkswirtschaft aber ist die Statistik. Hier fehlte bei uns jede Übersicht über Erzeugung und Bedarf. Und selbst die Bestandsaufnahme der Getreidevorräte, im Mai 1914, durch Reichsgesetz vorgeschrieben und am 1. Juli 1914 durchgeführt, kam zu spät, um für den Kriegsfall noch ausgewertet werden zu können. Die wenigen vorhandenen Unterlagen waren zumeist mangelhaft und bildeten den Grund für den größten Teil der Reibungen und Schwierigkeiten, die sich der Durchführung unserer kriegsernährungswirtschaftlichen Maßnahmen entgegenstellten. Als man endlich im Kriege dazu überging, die landwirtschaftliche Bestellungsfläche festzustellen, wurde sie um 5—10 v. H. überschätzt. Dadurch wurde wieder eine landwirtschaftliche Mehrerzeugung, die in Wahrheit nicht vorhanden war, vorgetäuscht. Auf der anderen Seite aber standen Unterschätzungen der Ernteergebnisse, die beispielsweise bei der Kartoffel zum voreilig verordneten Abschlachten unserer Viehbestände führten. Diese politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie vor und während des Krieges ernährungswirtschaftlich bestanden, boten vorwiegend jüdischen Kreisen überhaupt erst die Möglichkeit, den Schweinemord zu propagieren und durchzuführen. Was vor dem Krieg versäumt war, konnte unter den veränderten Verhältnissen im Krieg nicht mehr nachgeholt werden. Kennzeichnend für die Unzulänglichkeit derartiger Bestandsaufnahmen ist die Tatsache, daß man sich beispielsweise um rund 5 Millionen Menschen verzählte und die gleiche Anzahl Brotkarten über den errechneten Bedarf hinaus ausgab! — Zu spät kam die Erkenntnis dann plötzlich dort, wo man die Landwirtschaft bisher als ein überflüssiges Gebilde empfand, das man lediglich mit fortschleppen müsse. So schrieb das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, am 10. Oktober 1914:

„Nicht nur der Volkswirt erkennt jetzt, daß diese so heiß umstrittene Frage noch von einem höheren Gesichtspunkt betrachtet werden muß, als ihn die Schlagworte des politischen Tages-

kampfes bisher widerspiegelten. Ein Weltkrieg mußte ausbrechen, um alle erkennen zu lassen, daß es eine Existenzfrage für uns gewesen ist, die deutsche Nahrungsmittelversorgung vom Ausland unabhängig zu machen. Ein Schleier fällt plötzlich von diesen und anderen Problemen, und jene manchesterliche Auffassung, welche die internationale Verteilung der Güterproduktion ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlich günstigsten Bedingungen anstrebt, erscheint uns hohl und flach. Auch der überzeugendste Freihändler muß es heute als ein unschätzbares Glück ansehen, daß der Staat so oft mit rauher Hand in das freie Spiel der Kräfte eingegriffen und verhindert hat, daß Deutschland zum reichen Industriestaat ohne Acker und Halm geworden ist."

Die Folgen

Wie sah nun dieser „rauhe Eingriff" in Wirklichkeit aus? Man hatte vergessen, die Versorgung mit Fleisch, Fetten und Milcherzeugnissen, unabhängig vom Ausland, sicherzustellen. Von Angst getrieben, wurden Massenabschlachtungen verordnet (Schweinemord 1915), die jede künftige gesicherte Fleisch- und Fettversorgung von vornherein in Frage stellten. Der landwirtschaftliche Betrieb wurde in seiner Erzeugungsfähigkeit beschnitten und in Verwirrung gebracht. Man vergaß, daß das Vieh nicht nur „Fresser", sondern selbst Nahrungsmittel und als Zugkraft und Düngererzeuger unentbehrlich ist. Man vergaß ferner vor allem, daß die Landwirtschaft keine Fabrik ist, die vor Witterungseinflüssen geschützt und deren Produktion nach Belieben verringert oder gesteigert werden kann.

Das englische Gegenbeispiel

Während die deutsche landwirtschaftliche Produktion immer mehr verkümmerte und die Unkenntnis und Unfähigkeit maßgebender Staatsbeamter die Zügel der deutschen Ernährungswirtschaft immer mehr schleifen ließen, sprach im englischen Unterhaus in schlagartiger Erkenntnis der Ernährungssituation seines Landes der neue Landwirtschaftsminister Brothero gleich am Anfang des Krieges das bedeutungsvolle Wort:

„Auf den Korn- und Kartoffelfeldern Großbritanniens wird der Sieg über Deutschland in diesem großen Kriege gewonnen oder verloren."

Als dann in England die Möglichkeit einer Nahrungsmittelverknappung auftauchte, wurde vom Ministerpräsidenten Lloyd George sofort die Steigerung der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugung angekündigt. Der englische Landwirtschaftsminister wurde umgehend mit Machtmitteln ausgerüstet, wie sie nie zuvor ein englischer Ackerbauminister besaß. Jedes Mittel, die Erzeugung zu heben, war recht! Unbekümmert um sonstige

Regierungsstellen wurden die volkswirtschaftlich dringendsten Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung des englischen Volkes durchgeführt.

Kritische deutsche Äußerungen

In Deutschland hingegen? . . . Geben wir hier die Äußerungen eines der maßgebendsten Fachleute, des bekannten Schweinezüchters und konservativen Reichstagsabgeordneten Ökonomierat Dr. h. c. Hoesch, Neunkirchen, wieder, die er auf der Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins am 14. Juni 1917 zu Köln machte:

„. . . ist unserm Preußischen Landwirtschaftsminister von Kriegsanfang bis heute ein Stück nach dem anderen von seinen ressortmäßigen Rechten und Pflichten entzogen worden. Wo auch immer der Preußische Landwirtschaftsminister helfend der landwirtschaftlichen Produktion beitreten will, da stößt er auf Machtbefugnisse einer anderen, und zwar neuen Behörde, die ihm mit diktatorischer Gewalt entgegentreten kann. Dabei ist es dem Landwirtschaftsminister benommen, auch nur einen Beschluß über die wichtigsten Lebensfragen der Nation, soweit sie sein Amtsrecht betreffen, in dem Gesamtministerium herbeizuführen. Sollte hier nicht eine Verpflichtung der Reichsleitung und des Preußischen Ministerpräsidenten vorliegen, der Produktion von Nahrungsmitteln, also — man verstehe recht — der Schaffung neuer Vorräte, eine gleiche Machtfülle zur Seite zu stellen wie dem Erfassen, Requirieren und Verteilen der Ware?“

Während England mit starker Hand seine bei weitem ungünstigere Ernährungslage zu meistern versuchte und auch verstand, war Deutschland hingegen jeder Führung bar. Noch am 10. Juni 1915 schrieb die dem Bund der Landwirte nahestehende „Deutsche Volkskorrespondenz“:

„Das deutsche Volk empfindet es jetzt als einfach selbstverständlich, daß die Fäden der Volksernährung beim amtlichen Mädchen für alles, dem Reichsamt des Innern, zusammenlaufen. Eine andere Reichsstelle wird sich hier ja auch nicht finden lassen, zumal der stellvertretende Herr Reichskanzler nicht geneigt sein wird, das Bündel der Ernährungsfragen völlig an eine andere Instanz abzuschieben. Bezeichnend war aber doch, daß im Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses z. B. über die Kartoffelversorgung in erster Linie der Minister des Innern berichtete. Eine kleine Erinnerung daran, daß die Entscheidung über die Volksernährungsfragen vom Herrn Minister der Landwirtschaft nicht maßgebend beeinflußt worden ist, und zugleich der Schlüssel für mancherlei Fehlgriffe, die sich

sehr wohl hätten vermeiden lassen und jetzt auch gar nicht in Abrede gestellt werden."

Eine Zuständigkeit in Ernährungsfragen gab es nicht. War es das Reich? Waren es die Bundesstaaten? Jegliche einheitlich führende Stelle fehlte. Hier zeigte sich also schon das Versagen eines politischen Systems, das in sich morsch war und nur durch Führerpersönlichkeiten hätte künstlich aufrechterhalten werden können. Solche fehlten aber in der Politik wie in der Wirtschaft vollkommen. Sehr schlagend beweisen dies die Ausführungen eines Redners auf einem Lehrkursus über Kriegsernährungsfragen noch Anfang des Jahres 1915:

„Es ist eine wunderliche Tatsache, daß erst während des Krieges festgestellt werden mußte, wie wir eigentlich mit deutschen Nahrungsmitteln stehen, was wir an Nahrungsmitteln bedürfen, was wir verbrauchen, was wir von diesen Nahrungsmitteln im Inland erzeugen können, daß diese Arbeit nicht von irgendeiner amtlichen Stelle geleistet worden ist, sondern von einem Kreis von Privatleuten, der sich ohne amtliche Unterstützung ohne finanzielle Förderung selbständig zusammengefunden hatte, einfach aus dem Bedürfnis heraus, das zu tun, was die Zeit gebot."

Führerlos, ernährungswirtschaftlich unausgerüstet, mit einer Sorglosigkeit, die nur von der zwischenstaatlich-kapitalistischen Verflechtung heraus zu verstehen ist, so ging Deutschland in den Krieg. Unter diesen Umständen nimmt es denn kein Wunder, daß die deutsche Ernährungswirtschaft maßgebend beeinflußt wurde von jenen, denen zumindest das praktische Verständnis für die Kriegsaufgaben der Landwirtschaft abzusprechen ist, die also keinerlei Voraussetzung weder nach ihrer Ausbildung noch nach ihrer Stellung (Juristen, Ärzte, Politiker) mitbrachten. Andererseits wurden alle Vorschläge, wie immer, wo es etwas zu vernichten oder zu desorganisieren gab, von Juden gemacht, die ihren Rassegenossen damit wieder alle Verdienstmöglichkeiten in die Hände spielten. Auf die z. T. äußerst scharfen Einwendungen der praktischen Landwirte aber wurde überhaupt nicht gehört — ein Paradoxon.

2. Die Propaganda für und gegen den Schweinemord

Jüdische Propagandamethoden

Wenn für den Weltkrieg im allgemeinen die Beobachtung zutrifft, daß nirgends so schlechte Propagandisten tätig waren wie in Deutschland, so macht die von den Professoren angeregte Propaganda für den Schweinemord eine Ausnahme. Ja, es ist erstaunlich, wie geschickt und umgreifend die „Bartholomäusnacht der Borstentiere" vorbereitet wurde. Man beschränkte sich bei den geistigen Vätern der gefährlichen Forderung nach einer Abschlachtung der Schweine keineswegs auf Bücher und Denkschriften. Eine systematische Bearbeitung der Tagespresse setzte ein. Darüber hinaus stellte man sich die Aufgabe, durch das gesprochene Wort an das Volk selbst heranzukommen. Auch hier ging man ganz systematisch vor. In besonderen Kursen schulte man zuerst die Redner, versah sie mit Material und schickte sie dann so ausgerüstet in Stadt und Land. An entscheidender Stelle wurde der Fehler begangen, daß man sich auf die von keiner landwirtschaftlichen Fachkenntnis getrübten Theoretiker, nicht aber auf Männer aus der landwirtschaftlichen Praxis stützte. In geschickter journalistischer Weise wurden vielmehr die Ansichten der Praktiker als geradezu gegen die Interessen von Volk und Reich verstoßend hingestellt. In den Großstadtblättern tauchte im Fettdruck das Wort „Versünder am Vaterlande" auf. Nicht genug entrüsten konnte sich der jüdische Professor Dr. Eltzbacher, Berlin, in der dem Bund der Landwirte nahestehenden „Deutschen Volkskorrespondenz" vom 22. Februar 1915 in einem Artikel „Übereifrige Abschlächter" über den

„Lieblingsgedanken des Herrn Landwirtschaftsministers, unseren blühenden Schweinebestand trotz aller Schwierigkeiten durchzuhalten".

Das Schwein galt als Schreckgespenst. Das Schwein, der „Feind hinter der Front" — „Das Schwein, unser 8. Gegner (Damaschke) frißt die zur menschlichen Ernährung notwendigen Kartoffeln fort!" Nochmals Eltzbacher in der „Deutschen Volkskorrespondenz" vom 10. Juli 1915:

„Sollen Hunderttausende deshalb umsonst geblutet haben,

weil man sich nicht entschließen konnte, sich von äußeren Besitztümern, seien es auch noch so wertvolle, zu trennen?“

Das waren die Argumente, mit denen der Feldzug gegen das Schwein begann, und die ihren Niederschlag in einer 1915 erschienenen Denkschrift des Professors Dr. Eltzbacher „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan“ fanden:

„Denn die zur menschlichen Ernährung geeigneten Stoffe, vor allen Dingen Getreide und Kartoffeln, können eine sehr viel geringere Zahl von Menschen ernähren, wenn wir sie durch Verfütterung in Fleisch und Molkereiprodukte verwandeln, als wenn wir sie selbst als Menschennahrung verwenden. Mit der Milch, dem Getreide, den Kartoffeln, die ein Schwein verzehrt, kann man doppelt soviel Menschen ernähren wie mit dem daraus entstehenden Schweinefleisch.“

Bewußte Irreführung?

Ausgehend von Berechnungen, welche die praktischen Vorgänge in der Landwirtschaft nicht beachteten, wurde die öffentliche Meinung in diesem negativen Sinne geleitet und irregeführt. Für die Begründung der Entbehrlichkeit des Schweines ist bemerkenswert ein Urteil in der „Klinischen Wochen-Schrift“ vom 19. März 1917:

„Hätten wir keine Schweine, hätten wir überhaupt keine Nahrungssorgen. Vielleicht lernen wir noch aus dem Krieg, daß die Schweinezucht ernährungspolitisch ein Wahnsinn ist.“

Zwar ist diese Ansicht erst im Jahre 1917 veröffentlicht, aber sie spielte doch schon für die Begründung des Schweinemordes 1914/15 eine ausschlaggebende Rolle, wie die Veröffentlichungen verschiedener Professoren zeigen. Jahraus, jahrein hatte unser Schweinebestand 60 v. H., also rund zwei Drittel des Fleischbedarfs, unserm deutschen Volk geliefert und eine Unmenge von sonst unverwertbaren Stoffen in Fleisch und Fett verwandelt. „Krieg dem Schwein“ war jedoch die Parole, die der jüdische Statistiker Dr. Kuczynski ausgab. Es müsse, wenn die Konservierung seines Fleisches sich nicht ermöglichen lasse, nach der Meinung des jüdischen Tierphysiologen Prof. Dr. Zuntz

„totgeschlagen und verscharrt“

werden. Nach der Äußerung des von den Praktikern so bezeichneten „Kühlhausenthusiasten“ Regierungsrat Dr. Schön müßten die Schweinebestände als „Luxusviehstapel“ angesehen werden,

„die ohne Gefahr für die Stabilität dauernder Marktversorgung sowie der Zucht um zwei Drittel verringert werden können.“

Größerer Unsinn konnte nicht gepredigt werden, denn mit Wissenschaft hatten derartige Äußerungen nichts mehr zu tun. Sie nahmen auf die Verbrauchsgewohnheiten und die Einstellung der

Verbraucher, die den Fleischgenuß besonders bevorzugten, keinerlei Rücksicht. Warum denn diese plötzliche Nervosität? Dieses bewußte und überstürzte Hineintreiben in das Massenabschlachten unserer Schweinebestände? Aus Angst vor einer Katastrophe? Diese meinte man doch bereits vor dem Kriege erkannt zu haben, wie aus den düsteren Prophezeiungen Professor Dr. Ballods in den „Preußischen Jahrbüchern" vom Juli 1914 zu ersehen ist:

> „In Deutschland wird auf Grund der Leistungsunfähigkeit unserer Landwirtschaft beim Ausbruch eines Krieges die Industriebevölkerung in wenigen Wochen vor einer Kartoffelknappheit stehen. Die Brotpreise werden in kürzester Zeit eine für die Masse der Bevölkerung unerschwingliche Höhe erreichen. Eine große Kindersterblichkeit wird eintreten, und auch der Hungertyphus wird umgehen."

Trotz dieser Erkenntnis wurden jedoch keinerlei Maßnahmen getroffen, um den für die Fleischversorgung unentbehrlichen Schweinebestand nach Möglichkeit zu erhalten und aus wirtschaftseigenen Futtermitteln zu ernähren. Warum versuchte man später, als die voreilig verordneten Abschlachtungen der deutschen Wirtschaft schwere Schäden zugefügt hatten, sich damit zu entschuldigen, daß der Grund hierzu eine unrichtige Bestandsaufnahme gewesen sei? Flucht aus der Verantwortung? Welchen Sinn hat es, um mit der nationalliberalen „National-Zeitung" vom 25. Juni 1915 zu sprechen,

> „wenn Leute ohne Fachkenntnisse und vor allem ohne den Besitz statistischer Unterlagen ins Blaue hinein von einer drohenden Not phantasieren?"

Unglaublich! Alle Proteste von landwirtschaftlich-praktischer Seite waren vergeblich. Die Professoren wußten es besser, denn Professor Dr. Ballod schrieb in den nationalliberalen „Deutschen Nachrichten" vom 16. Februar 1915:

> „Dieser Umstand ist erfreulich insofern, als wir an den Schweinen immer noch eine erhebliche Fleischreserve haben, unerfreulich dann, wenn man nicht Mittel und Wege findet, nicht ein bloßes Drittel, wie bisher geplant ist, sondern mindestens zwei Drittel dieses Bestandes schleunigst einzuschlachten. Denn die Schweine fressen uns sowohl die letzte Gerste als die letzten Hülsenfrüchte und Brotgetreide weg, verschmähen auch die Kartoffeln nicht, die wir zur ‚Streckung' des Brotes dringend brauchen."

Große Mengen unreifer Tiere wurden geschlachtet, um zum großen Teil später in städtischen Lagern zu verderben, während das Volk nur grammweise Schweinefleisch bekam. Durch diese Theoretiker wurde der Grund gelegt zur Schweineverknappung

während des ganzen Weltkrieges. Man hörte nicht auf die Landwirte, die immer wieder betonten, daß man wohl in der Lage sei, den größten Teil der Tiere durchzuhalten. Fachleute gegen Dilettanten!

Als den ersten Versuchsballon eines Schulungskursus kann man den Kriegslehrgang für landwirtschaftliche Haushaltungs- und Wanderlehrerinnen und für Hausfrauen und Töchter auf dem Lande bezeichnen, der vom 18. bis 23. Januar 1915 im Berliner Abgeordnetenhaus stattfand. Von bekannten Persönlichkeiten sprachen u. a. Rubner und Hedwig Heyl. Ein dabei herausgegebenes „Merkblatt für die Landwirtschaft während des Krieges", in dem von der Abstoßung bestimmter Tiere die Rede ist, widerlegt bereits die Ansicht, als ob man allgemein bei den verantwortlichen Leuten mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet hat. Finden sich doch die Eingangsworte:

Die „Schulung" der „Mordpropagandisten" beginnt!

„Niemand kann voraussehen, wie lange der Krieg dauert!"

Äußerst interessant!

Dem ersten Versuch, der offenbar „befriedigend" ausfiel, folgte alsbald ein ganz groß aufgezogener weiterer Lehrgang für Propagandaredner des Schweinemordes. Dieser Kursus war wahrscheinlich nötig, weil in der Zwischenzeit, und zwar am 25. Januar 1915 die erste Bundesratsverordnung, die den „Schweinemord" gesetzlich sanktionierte, erlassen war. Man wollte durch Rednerpropaganda auch die psychologischen Voraussetzungen für die Durchführung schaffen. Dieser Lehrkursus wurde vom 3. bis 6. Februar 1915 zu Berlin mit etwa 600 Teilnehmern auf Anregung des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Pfarrer Friedrich Naumann im Abgeordnetenhaus abgehalten. Veranstalter war das Preußische Ministerium des Innern. Die Eröffnungsrede hielt dann auch der Innenminister von Loebell selbst. Auf dem Lehrkursus wurde natürlich der Gedanke der Schweineabschlachtung stark herausgestellt. Selbst Vortragende, deren Themen mit Schweinezucht nichts zu tun hatten, machten Vorstöße in diesem Sinne. Interessant ist die Beobachtung, wie sich nach den gedruckt vorliegenden Reden die Vortragenden gegenseitig anführten und lobten. So zitierte der Halbjude Sering den Juden Zuntz und erklärte ihn für „unseren ersten Tierphysiologen". Ferner zitierte der Jude Kuczynski wieder den Halbjuden Sering und Herrn Rubner, so der Jude Eltzbacher den gleichen Rubner, der Jude Zuntz wieder den Juden Eltzbacher usw., wie ja auch sonstige gemeinsame Veröffentlichungen eine enge Zusammenarbeit dieser Gruppe erkennen lassen[1]. Geschickter konnte man sich die Bälle nicht zuspielen.

[1] Siehe Anlage 1.

Sering doziert. Rubner und Kuczynski sekundieren

Als Beweis, daß dieser ganze Kursus eine Propagandaaktion für den Schweinemord war, seien aus den einzelnen Vorträgen Sätze zitiert, die zugleich schon die Frage nach der Verantwortlichkeit am Schweinemord klären helfen. So äußert sich der Agrarpolitiker Sering in seinem Vortrag über „Die wirtschaftliche Kriegslage" wie folgt:

„Aus dieser Sachlage ergab sich für jeden, der auch nur ungefähr eine Vorstellung von unseren Versorgungsverhältnissen besaß, die Notwendigkeit, einer Abschlachtung der überflüssigen, wenn auch noch unreifen Viehbestände... Es kam demnach darauf an, 1. den Teil der Tiere abzuschlachten, welcher bisher nur mit Hilfe ausländischer Futtermittel erhalten worden war, und 2. darüber hinaus noch Abschlachtungen vorzunehmen, um den Ausfall an fremdländischen Nahrungsmitteln der Menschen aus den bisher für die Tiere benutzten heimischen Vorräten an Getreide, Kartoffeln und Milch zu ergänzen.

Das Verdikt trifft zunächst die Schweine, weil sie die gefährlichsten Mitbewerber um die menschliche Nahrung, um Getreide, Kartoffeln und Magermilch sind. In zweiter Linie die Saugkälber, da sie sogar Vollmilch, etwa 200 Liter für das Kalb, gebrauchen... In dem von Eltzbacher herausgegebenen Buch wird die Menge der zu schlachtenden Tiere allein mit Rücksicht auf den Wegfall der ausländischen Futtermittel auf 9—12½ Millionen, das sind 35—50 v. H. der am 1. Dezember 1914 vorhandenen Anzahl, berechnet. Diese Zahlen waren richtig für den Anfang des Kriegs- und Erntejahres. Heute muß die Quote höher bemessen werden. Allerdings sind seit dem 1. Dezember wohl 6 bis 7 Millionen Schweine abgeschlachtet worden. Der Bestand ist aber im Verhältnis zu dem rasch schwindenden Kartoffelvorrat größer als vorher und bildet eine ungeheure Gefahr für die Nahrungsmittelversorgung der Menschen. Sollen wir nicht im Sommer in eine Kartoffelnot geraten, die bei den schon beschränkten Brotmengen unerträglich sein würde, so muß schleunigst alles zur Abschlachtung kommen."

Der Ernährungsphysiologe Professor Rubner erklärte in seinem Vortrag über „Die Ernährung des Menschen":

„Der hohe Tierbestand muß jetzt eingeschränkt werden"

und sprach von einer

„erwünschten Abschlachtung eines Teils der Schweine".

Der Statistiker Dr. Kuczynski brach ebenfalls eine Lanze für den Schweinemord, indem er ausführte:

„Unsere einheimischen Viehbestände sind ja übermäßig groß, und es ist nicht nur möglich, sondern eben wegen des Mangels

an Futtermitteln unbedingt notwendig, unsere Viehbestände schleunigst zu verringern. Eine Einschränkung des bei uns üblichen Fleischgenusses ist daher auch, wenigstens für die nächsten Monate, nicht zu empfehlen."

Auch der Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Eltzbacher befaßte sich ausführlich in seiner Rede über „Die Deckung des Defizits" mit diesem Problem und sagte:

Eltzbacher und der 9. Feind

„Das Schwein ist der größte Nahrungskonkurrent des Menschen; man hat geradezu das Schwein als unseren 9. Feind bezeichnet. Sie sehen, was für Nährwerte sich einsparen lassen, wenn wir die Tierhaltung und ganz besonders die Schweinehaltung einschränken ... Die wichtigste Aufgabe, die unserer Landwirtschaft im Augenblick erwächst, ist aber die, dafür zu sorgen, daß unser Viehbestand ganz erheblich eingeschränkt wird. Es ist in hohem Maße bedenklich, menschliche Nahrungsmittel an die Tiere zu verfüttern. Daraus ergibt sich für die Landwirtschaft die Notwendigkeit, in erheblichem Maße solche Tiere, die Nahrungsmittelkonkurrenten des Menschen sind, also namentlich Schweine, abzuschlachten."

In weiterem Zusammenhange sprach Eltzbacher von einem

„hervorragenden sozialdemokratischen Abgeordneten",

dessen Namen er allerdings verschwieg.

Der Tierphysiologe Professor Dr. Zuntz, der über „Tierernährung und -fütterung" sprach, äußerte sich wie folgt:

Zuntz gegen den Nachwuchs

„Die logische Konsequenz des Mangels an Futtermitteln wäre eine entsprechende Herabminderung unseres Viehbestandes gewesen, wie sie vielfach schon zu Beginn des Krieges gefordert worden ist. Diese Einschränkung ist bisher leider nicht durchgeführt worden. Nach ziemlich zuverlässigen Angaben ist unser Schweinebestand heute noch größer, als er vielleicht je war. Diese Schweine aber werden, da sie nicht ausländisches Futter bekommen, nach wie vor Nahrungskonkurrenten des Menschen sein und bleiben, solange sie leben ... Ich bin durch die Not der Zeit gezwungen, zunächst die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu lenken, unseren Tierbestand mit der größten Beschleunigung zu reduzieren. Hoffentlich werden die begonnenen Maßregeln in der Richtung mit rücksichtsloser Energie durchgeführt. Sie müssen schleunigst und ohne Nebenrücksichten durchgeführt werden, wenn kein Mangel an Nahrungsmitteln für den Menschen entstehen soll. Auch unreife Schweine müssen dem Schlachtmesser verfallen. Die Notwendigkeit, unseren Schweinebestand zu reduzieren, muß scharf betont werden ... In Bezug auf das Schwein möchte ich noch sagen, daß es ja wohl selbst-

verständlich ist, daß die jungen Schweine, die Ferkel, ehe nicht mit dem alten Bestand ordentlich aufgeräumt ist, zur Aufzucht nicht verwandt werden sollen. Man wird nur in ganz geringem Maße jetzt Jungtiere aufziehen dürfen ... Wenn wir die Kälber ganz jung, mit 8 bis 14 Tagen, schlachten, dann wird natürlich eine große Menge Milch, die die Kälber zu ihrer Aufzucht brauchen, frei und dem Menschen in irgendeiner Form zugänglich gemacht. Ich sehe aber in dieser Beschränkung der Kälberaufzucht keinen schwerwiegenden Nachteil für unsere Ernährung auf die Dauer."

Frau Hedwig Heyl, die spätere deutschnationale Reichstagsabgeordnete, die über die „Kriegsküche" sprach, ließ in ihren Ausführungen die gleiche Behauptung von „notwendigen Schlachtungen" der Schweine einfließen.

Naumann läßt von der Kirchenkanzel „morden"

Bei den übrigen Vortragenden, wie Echtermeyer, Lemmermann, Burg, Neumann, Oppenheimer, Bäumer, dagegen ist nicht ausdrücklich von Schweineabschlachtung die Rede. Wohl aber wird der ganze Zweck des Lehrkursus aus der Rede des freisinnigen Reichstagsabgeordneten und Pfarrers Dr. Friedrich Naumann über „Rede und rednerische Unterweisung" deutlich ersichtlich. Führte doch Naumann aus, daß bei dem Entwurf, der den Aufklärungsrednern in Stadt und Land in die Hand gegeben werden solle, und bei dem einzuleitenden Propagandafeldzug

„das große Problem der Schweineschlachtung in der Mitte steht".

Daß auch Naumann selbst auf dem Lehrkursus in den Ruf nach dem Schweinemord mit eingestimmt hat, geht aus folgendem Zitat hervor:

„Der Staat muß mit fester Hand zugreifen; jetzt muß geschlachtet werden; Fleischer, Metzger müssen, wenn nötig, auch aus dem Heere herangeholt werden. Die Schlachtung muß jetzt ernst werden. Aber sie darf nicht hoffnungslos sein für die, deren Stall dann leer geworden ist. Wenn Viktoria geblasen wird, dann müssen die Schweine und die Kälber wiederkommen. Nach dem Krieg muß der Staat beim Wiederherstellen der Viehzucht helfen."

In anderem Zusammenhange nennt er als Hauptpropagandamaterial die Schrift von Eltzbacher und sagt:

„Wer Näheres wissen will, hier ist das Buch von Herrn Professor Eltzbacher und seinen Freunden, da steht das drin, da sprechen Wissenschaftler."

In der Tat findet sich dann in Naumanns „Kriegsernährungsrede“, d. h. in der Anweisung für die Redner, der gesperrt gedruckte Satz:

„Der Schweinebestand muß stark eingeschränkt werden, vergleiche Eltzbacher: mindestens 9 Millionen Schweine weniger.“

Weitgreifend gibt Naumann Antwort auf die Frage:

„Wie kommen wir heran an die Bevölkerung?“

Als Beispiel sei aus seiner Rede folgende Stelle angeführt:

„Die Geistlichen müssen jetzt daheim Tag für Tag von einer Pastorenkonferenz in die andere gehen — das ist nämlich noch wichtiger, als selber Reden zu halten — und der Pastorenkonferenz sagen: In Berlin hat man uns das beigebracht, hier ist das Eltzbacher-Buch, hier ist der Versuch einer Kriegsrede. Nun, meine Herren, wozu habt ihr die Kanzel; christliche Liebe, Volkshilfe, Askese, edles Fasten fürs Vaterland, da gibt es schöne Texte im Alten und Neuen Testament. Holen wir einmal die Pfarrkonferenzen heraus, die sollen mithelfen.“

In ähnlicher Weise entwickelt er ein Programm für die Regierungsbeamten, für die ländlichen Gemeindevorsteher, die Fachverbände, Gewerkschaften, Landwirtschaftsschulen und Frauenvereine. Schließlich betont auch Eltzbacher in seiner schon genannten Rede im Zusammenhang mit seiner Forderung auf Schweineabschlachtung:

„Es handelt sich darum, diese Erkenntnis in das Land hineinzutragen.“

Erwähnt werden muß schließlich noch, daß man in der späteren Veröffentlichung der Vorträge die Forderung von Professor Zuntz weggelassen hat, beim Fehlen von Schlächtergesellen die Schweine totzuschlagen und ihre Kadaver zu verscharren.

Die christliche Religion und die evangelische Kanzel werden zur Verkündungsstätte für den „Schweinemord“ jüdischer Professoren, damit diese ihre bewußte Ernährungssabotage möglichst schnell vollenden können. Ein Mißbrauch ohnegleichen, nur deshalb möglich, weil ein demokratischer Pastor im Schlepptau der Juden stand.

Das Innenministerium „veranlaßte“ eine Schrift

In Ergänzung zu diesem Rednerkursus gab das Preußische Ministerium des Innern 1915 eine Schrift heraus, „Die Ernährung im Kriege“, die in gleicher Weise wie der Rednerkursus den Schweinemord propagierte. Es heißt da im Geleitwort:

„Neben die rednerische Unterrichtung, die vom Ministerium des Innern veranlaßt wurde, tritt die in diesem Buch enthaltene kurze zusammenfassende Darstellung. Das gesprochene Wort, das

im Augenblick wohl eindringlicher wirkt, wird doch leicht vergessen. Flugblätter werden bald verloren, die Zeitung ist für die tägliche Unterrichtung über viele Dinge gerade in Kriegszeit mehr bestimmt als für die bleibende Unterweisung über eine einzige Angelegenheit. Es darf gehofft werden, daß dieses Buch in der Ernährungsfrage für die Kriegszeit ein dauernder Ratgeber sein wird."

Auch hier muß der Nachdruck darauf gelegt werden, daß man den Schweinemord offen propagierte, obwohl man mit einer längeren Dauer des Krieges rechnete, wie aus den Einleitungsworten der Schrift hervorgeht:

„Monate um Monate sind vergangen, seitdem das Ringen dieses Weltkrieges begonnen hat, und noch weiß niemand zu sagen, wann es endet."

Einiges aus dieser Schrift

Zum Beweis also, daß diese Schrift in stärkster Weise sich für die Schweineabschlachtung einsetzte, mögen die folgenden Stellen dienen, die im Wortlaut wiedergegeben werden:

„Die Verfütterung von Nahrungsmitteln, die der Mensch unmittelbar brauchen kann, ist im Frieden ganz unbedenklich, im Kriege aber eine schwere Schädigung unseres knapp bemessenen Vorrats an menschlichen Ernährungsmitteln. Von der Menge von Nahrungsmitteln, die ein Schwein frißt, kehrt nur die Hälfte in Gestalt von Fleisch und Fett für die Ernährung des Menschen wieder (S. 16) . . . Nicht nur wegen der Beschlagnahme aller Kornvorräte, sondern auch in Rücksicht auf die Schonung unserer Kartoffelvorräte war es eine unerläßliche Notwendigkeit, auf eine Verringerung unserer Vieh-, vor allem unserer Schweinebestände zu dringen. Eine nach aller Möglichkeit verstärkte Abschlachtung mußte eingeleitet werden (S. 24) . . . Für den Menschen ungenießbare Kartoffeln müssen weiterhin Viehfutter bleiben. Die Verfütterung aber von Speisekartoffeln ist als eine Sünde gegen das Vaterland zu bezeichnen. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß von den in den Kartoffeln enthaltenen Nährwerten bei der Verwendung zu Schweinefutter nur etwa die Hälfte in Gestalt von Fleisch und Fett wiederkehrt. Die Schweinezucht, die menschliche Nahrungsmittel in Kriegszeiten verbraucht, erzeugt nicht, sondern vergeudet Nährwerte. Sie verteuert auch den Haushalt, denn ein Zentner Kartoffeln ist billiger als das durch ihn gewonnene Schweinefleisch.

Die vom Staat angeordnete, mit allem Nachdruck durchgeführte, vermehrte und beschleunigte Abschlachtung von Schweinen ist und bleibt das sicherste Mittel, mit unserem Kartoffel-

vorrat für die menschliche Ernährung durchzuhalten; ein sicheres Mittel als die praktisch undurchführbare, trotzdem vielfach geforderte Kartoffelbeschlagnahme mit der anschließenden Regulierung des Kartoffelverbrauchs (S. 35/36) . . . Ja, wir müssen einen Teil unserer Viehzucht opfern, um uns den Ertrag des Kartoffel- und Roggenbaues erhalten zu können.

Wie schon gesagt, lebte unser Vieh, lebte vor allem der größte Teil der Schweine von Futtermitteln aus dem Auslande. Da die Einfuhr mit Kriegsausbruch versiegte, fraß das Vieh Getreide und Kartoffeln, und zwar, dem tierischen Nahrungsbedarf entsprechend, in ganz gewaltigen Mengen.

War und ist unser Vorrat an Brotkorn und Kartoffeln groß genug, um die Menschen bis über die kommende Ernte hinaus zu ernähren, so ist er nicht ausreichend, um noch das Vieh satt oder gar fett zu machen (S. 38) . . . Nach der Beschlagnahme von Getreide und Mehl können die Millionen von Schweinen nur weiterleben, wenn sie unsere Kartoffeln fressen. Da aber die Kartoffeln für die menschliche Ernährung notwendig sind, muß ein möglichst großer Teil der Schweine verschwinden, d. h. abgeschlachtet werden.

Diese Schlachtungen werden nun nach den erwähnten staatlichen Verordnungen mit allem Nachdruck durchgeführt. In nicht zu ferner Zeit muß sich unser Schweinebestand so verringert haben, daß wir für das Ausreichen unseres Kartoffelvorrates nichts mehr zu besorgen brauchen. Staatsbehörden und Städte arbeiten Hand in Hand, um durch beschleunigte Abschlachtung des Viehs, das wir nicht durch den Krieg hindurch füttern können, Fleisch für die menschliche Ernährung zu sichern.

Es ist schmerzlich für den Landwirt, mit dem sinkenden Viehbestande das Ergebnis jahrzehntelanger fleißiger Arbeit schwinden zu sehen. Es ist schmerzlich für den Städter, während des Krieges mehr und mehr die gewohnte Fleischkost einschränken zu müssen. Wir danken das der Kriegsführung unserer Feinde. Aber wir dürfen uns tröstend (!?) sagen, daß wir gerade den Viehreichtum, den wir jetzt vermindern müssen, zum guten Teil der überseeischen Einfuhr danken, die die Feinde jetzt vernichten wollen.

Durch die beschleunigte und starke Abschlachtung von Schweinen verlieren wir zwar unser Vieh, aber wir gewinnen zunächst Fleisch (??). Der Teil des Fleisches, der frisch für den augenblicklichen Bedarf auf den Markt kommt, wird allerdings kaum größer sein als in normalen Zeiten, denn unter den zur Schlachtung kommenden Schweinen sind viele noch nicht schlacht-

> reife Tiere. Vor allem aber ist das gewonnene Fleisch bestimmt, zu Dauerware verarbeitet zu werden.
>
> Die Schlachtungen in dem angeordneten großen Umfange haben selbstverständlich allein den Zweck, unseren Kartoffelvorrat in denkbar größtem Umfange der menschlichen Ernährung zu sichern (S. 39/40) . . . Das bedeutet eine ganz erhebliche Verminderung des Schweinebestandes. Diese Verminderung muß sich in unserer Fleischversorgung mit der Zeit fühlbar machen (S. 40)."

Auch aus dieser Schrift ist also der einwandfreie Beweis erbracht, daß die Anregungen der jüdischen Professoren beim Preußischen Innenministerium auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Im Gegenteil, man schob einzig und allein die Einschränkung des Fleischgenusses, veranlaßt durch den jüdischen Schweinemord, auf den Feind und „tröstete" sich noch damit, daß es sich bei der Verringerung ja um Überseeviehbestände handle, die man „Gott sei Dank" habe und deshalb verringern könne. Der Höhepunkt geschriebenen Unsinns aber wird erreicht, wenn man sich dazu versteigt, zu behaupten, daß wir zwar dadurch Vieh verlieren . . . „aber wir gewinnen zunächst Fleisch". Das sollte wohl entweder heißen, daß wir uns um die Zukunft nicht kümmern brauchten, denn „kommt Zeit, kommt Rat", oder, daß wir eben so lange Fleisch essen, solange wir welches haben, nach dem Grundsatz: „Nach uns die Sintflut." Daß eine Verarbeitung dieser plötzlich anfallenden Fleischmengen zu Pökelware, Gefrier- oder Räucherfleisch bzw. Konserven und Dauerwurst, mangels Personals, technischer Einrichtungen und Erfahrungen kaum möglich war, interessierte am grünen Tisch nicht. Der „Erfolg" blieb ja auch nicht aus, denn nichthaltbare „Dauerware" mußte später von Gemeinden waggonweise vergraben und als Hundefutter abgegeben werden.

Und in Bayern?

Als Beispiel, daß die geplante Propaganda sofort in stärkstem Umfange einsetzte, sei hier auf einen Lehrkursus für Redner und Rednerinnen über Volksernährung hingewiesen, der im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern am 4. und 5. März 1915 in München stattfand. An dem Kursus beteiligten sich etwa 600 Personen aus allen Gauen Bayerns. Auch hier wurde mehrfach in Reden, die dann gedruckt als „Vorträge über Volksernährung im Kriege" (München 1915) erschienen, auf die Notwendigkeit verwiesen,

> „eine Einschränkung des Schweine- und Jungviehbestandes sowie der nicht milchgebenden Kühe"

vorzunehmen.

Auch ein Fräulein Helene Sumper, die über die
„Mitwirkung der Frau bei der richtigen Volksernährung, Mittel und Wege zu ihrer Belehrung"
sprach, zeigte, wie weit der Einfluß des Eltzbacherschen Buches damals ging. Beweis dafür ist ihr Satz:

„Das Studium des Werkes ‚Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan' von Paul Eltzbacher gibt die interessantesten Aufschlüsse über die wissenschaftliche Seite unseres Themas und ist eine Quelle reicher Belehrung."

Die Sozialdemokratie in vorderster Front

Wie geschickt die ganze Propaganda aufgezogen wurde, dafür ist übrigens Beweis, daß am 12. Februar 1915 der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei seinen Bezirks- und Landesvorständen folgendes mitteilte:

„In der nächsten Zeit sollen im ganzen Reiche Versammlungen stattfinden mit der Aufgabe, in der Bevölkerung das Verständnis zu fördern für die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der Volksernährung während des Krieges . . . Bei den mit dem Preußischen Ministerium des Innern geführten Verhandlungen ist vereinbart, daß die Versammlungen möglichst nach großen zusammengehörenden Bevölkerungskreisen abgegrenzt werden sollen. Wir empfehlen deshalb dringend, Sorge zu tragen, daß in allen größeren Orten Gewerkschaften und Partei selbständig gemeinsam Versammlungen veranstalten. Auf den Besuch der Versammlungen durch Frauen muß besonderer Wert gelegt werden. Als Redner in diesen Versammlungen sollen zunächst die Genossen in Betracht kommen, die an dem in Berlin stattgefundenen Lehrkursus teilgenommen haben."

Aus dem diesem Rundschreiben beigefügten Material wird ersichtlich, daß es sich bei den Veranstaltungen nur um Propaganda für den Schweinemord handelte. Denn es heißt hier:

„Die großen Bestände an Rindern und Schweinen müssen ganz erheblich verringert werden, sollen der menschlichen Nahrung die notwendigen Pflanzennahrungsstoffe in genügender Menge erhalten bleiben."

Bezeichnend ist schließlich, daß man sich in der Schrift besonders auch auf die „Forschungen" von Professor Max Rubner bezog.

Die englische Übersetzung des Eltzbacherschen Buches gegen Deutschland

So groß war übrigens die Bedeutung, die man überall dem Eltzbacherschen Buch zumaß, daß es noch im gleichen Jahre ins Englische übersetzt wurde. Aus dem Vorwort der englischen Ausgabe, die unter dem Titel „Germany's food can it last?" von S. Russel Wells übersetzt und mit einer Einführung von A. D. Waller im Juni 1915 erschien, ist folgende Stelle besonders wichtig:

„Ihre eigenen Experten zeigen, daß, auch wenn nicht ein Teilchen an Nahrungsmitteln die Deutschen von außen erreicht, nicht ein einziger Mann, Frau oder Kind an Hunger sterben muß. So gibt es keine reale, auf Tatsachen gegründete Basis für all das Geschwätz über die Grausamkeit und Unmenschlichkeit des englischen Aushungerungsplanes, wie sich das der deutsche Verstand ausgedacht hat."

Professor Waller, der die Einführung zu diesem Buch in englischer Ausgabe geschrieben hat, hebt besonders hervor

„die Enge der Grenzen, innerhalb deren die Möglichkeit der deutschen Selbsternährung aus eigener Kraft verbleibt; dies ist von ungeheurer Wichtigkeit. Wenn, wie es in dieser Denkschrift von ihren eigenen führenden Experten behauptet wird, Deutschland innerhalb der eigenen Grenzen gerade ausreichend genug für die Gesamtbevölkerung erzeugen kann, bleibt es augenscheinlich der deutschen Regierung überlassen, ob bei der Verteilung des Zureichenden die Ration des Soldaten auf Kosten des Nichtkämpfers vergrößert werden soll.

Der erste, der einen Nutzen haben würde von einer Vermehrung der Nahrungsmittelmengen, dürfte der Soldat sein. Hieraus ergibt sich die Bedeutung der britischen Ratsbeschlüsse (the British Orders in Councel) vom 11. März 1915. Keine deutsche Frau oder Kind kann verhungern (can be starved), es sei denn, daß die deutsche Regierung etwas direkt (dafür) tue."

Und die Wirkung?

Man sieht, daß das Eltzbacher-Buch von England freudig aufgegriffen wurde. Indem man sich als Unschuldsengel aufzuspielen wagte, erklärte man, die Blockade sei ein Geschwätz. Wenn in Deutschland jemand verhungere, sei es die Schuld der Regierung. Ob eine solche Wirkung von Eltzbacher beabsichtigt war, ist schwer zu beweisen, aber nicht unwahrscheinlich, wenn man das Wirken des leiblichen Bruders von Paul Eltzbacher, des „Engländers" J. Ellis Barker, zugrunde legt. Er, der bekanntlich seine Aufgabe seit seiner Übersiedlung nach England im Jahre 1900 in einer systematischen Hetze gegen Deutschland sah. Der Erfolg seiner Hetze blieb bekanntlich nicht aus. Tatsache aber bleibt, daß die Folgen der Denkschrift der genannten meist jüdischen Professoren im In- und Ausland außerordentlich vernichtende für uns waren. Man kann sie schon deshalb nicht als „verdienstvoll" bezeichnen.

Die Warner melden sich

Die einzigen, die sich diesem nach Zahl und Einfluß sehr großen Kreis einigermaßen entgegenstellten, waren die konservativen Abgeordneten und landwirtschaftlichen Kreise, wie Graf Westarp, Freiherr von Wangenheim, Führer des Bundes der Landwirte, v. Oldenburg-Januschau sowie der schon

erwähnte Dr. h. c. Hoesch, Neunkirchen. Sie wandten sich vor allem gegen das übertriebene Ausmaß der Verminderung der Schweinebestände. So sagte Graf Westarp in der Reichstagssitzung am 9. März 1915:

„Es sind gewiß ernste Maßnahmen notwendig, um zu verhindern, daß die Schweine das Kartoffelquantum, das nötig ist, um die menschliche Ernährung bis zum 15. Juli durchzuhalten, verzehren. Aber man darf nicht vergessen, daß in den Schweinen ein wertvoller Bestandteil unseres Volksvermögens verkörpert ist, den man nicht ohne die äußerste Not aus der Welt schaffen darf."

Auch der oben zitierte Abgeordnete Dr. Hoesch wandte sich in seinem schon erwähnten Vortrag in Köln gegen eine zu starke Verminderung der Schweinebestände, ohne sich aber grundsätzlich der Notwendigkeit einer Verminderung zu verschließen:

„Auch mit der Abmessung der Fleischrationen ließe sich trotz aller Unvollkommenheiten, die überwunden werden müssen, zumindest die Erhaltung unseres Viehbestandes zwecks dauernder Sicherung der Fleischernährung durchführen, wenigstens dann, wenn bei den Abschlachtungen Maß gehalten wird und nicht die Grenze der Möglichkeit, wie es jetzt bereits leider — hoffentlich nur vorübergehend — geschehen ist, überschritten wird."

In einem Aufsatz in der „Deutschen Tageszeitung" vom 19. Februar 1915 erließ Freiherr von Wangenheim Warnungen, nicht über das Ziel hinauszuschießen:

„Gewiß haben wir einzelne Landesteile, in welchen die Schweinezucht und -mästung zur Zeit stark eingeschränkt werden muß; in erster Linie diejenigen, welche diesen Betriebszweig ganz auf ausländische Futtermittel gegründet hatten . . . Für diese sei aber sofortige Beschlagnahme aller in Händen des Handels befindlichen Futtermittel zu fordern . . . Es ist gewiß ein Zeichen patriotischer Gesinnung und lebhaften Drängens, dem Vaterland in schweren Zeiten zu nützen, wenn heute sich so viele verpflichtet fühlen, Ratschläge für die Volksernährung zu erteilen; was aber jetzt in Vorträgen und Zeitungsartikeln bezüglich der Einschränkung unseres Viehbestandes, namentlich des Schweinebestandes verlangt wird, schießt doch weit über das Ziel hinaus!"

Ferner verlangte Wangenheim mit als erster die Einführung von Höchstpreisen. Gegen diese Einführung hat sich gerade der noch im einzelnen zu erwähnende Professorenkreis bis zuallerletzt mit allen Mitteln gewandt.

Die Leitsätze der 11 landwirtschaftlichen Hochschullehrer

Im Laufe des Jahres 1916 wurde durch eine Denkschrift von Rabethge, Kleinwanzleben, des bekannten Zuckerrübenzüchters, die Aufmerksamkeit auf das Gebiet der Regelung des Schweinebestandes durch die Preisgestaltung gelenkt. Er setzte sich für eine Senkung der Viehpreise ein, um so eine zwangsweise Abschlachtung zu umgehen. Ähnliche Gedanken finden sich in den Leitsätzen einer Gruppe von landwirtschaftlichen Hochschullehrern vom 10. Februar 1917, in denen es u. a. in einer für den Laien kaum verständlichen Verklausulierung heißt:

„Die tierische Höchsterzeugung kann nicht durch möglichst große Bemessung, sondern durch richtige Abgrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden. Die Schweineschlachtung erschwert am meisten die Verhinderung widerrechtlicher Verfütterung menschlicher Nahrungsmittel. Die Anpassung der Schweinezahl an die dafür verfügbare Futtermenge ist also unter Berücksichtigung des Bedarfs des Abfallfutters besonders wichtig... Auch die Schweinepreise sind zu hoch, die Herabsetzung der jetzt geltenden Preise der Schlachtschweine unter 18 kg um 20 v. H., über 18 kg um 25 v. H. erscheint geboten."

Unterzeichnet sind diese Leitsätze, in denen also im Grunde für eine Verminderung des Schweinebestandes eingetreten wird, von folgenden 11 Hochschullehrern:

Aereboe (Universität Breslau), Brinkmann (Landwirtschaftliche Akademie Bonn), Frölich (Universität Halle), Gisevius (Universität Gießen), Hansen (Universität Königsberg), Hollmann (Landwirtschaftliche Hochschule Berlin), Kirchner (Universität Leipzig), Schnider (Technische Hochschule München), von Seelhorst (Universität Göttingen), Wagner (Landwirtschaftliche Akademie Weihenstephan), Warmbold (Landwirtschaftliche Akademie Hohenheim).

Die Praxis gegen die Leitsätze

Diese Leitsätze wurden von landwirtschaftlich-praktischer Seite abgelehnt. Hierzu äußert sich wieder Dr. h. c. Hoesch, Neunkirchen, in seinem bereits erwähnten Vortrage vom 14. Juni 1917 in der Bürgergesellschaft in Köln:

„Der Ausarbeitung dieses Planes liegt eine besonders unerfreuliche Vorgeschichte zugrunde. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hatte es für richtig befunden, zur Erreichung seiner vorhin angeführten Zwecke sich der ausschlaggebenden Mitarbeit von 11 Professoren landwirtschaftlicher Hochschulen zu versichern. Dem wäre ja an und für sich nichts entgegenzuhalten, wenn es nicht gleichzeitig für ebenso wichtig erachtet worden wäre, das Wort der praktisch erfahrenen und im vollen

Verständnis für die Kriegsaufgaben der Landwirtschaft stehenden Landwirte in den Wind zu schlagen. Und ehe ich hier noch ein weiteres Wort darüber spreche, muß ich entgegen anderen Ausstreuungen feststellen, daß in der Tat die dringlichsten Vorstellungen aber auch aller maßgebenden landwirtschaftlichen Behörden und Organisationen leichthin unbeachtet geblieben sind, und daß diejenigen, welche noch in letzter Stunde glaubten, ein ernstes und warnendes Wort sprechen zu sollen, mit ihren gewissenhaften Ausführungen dem gleichen Schicksal verfielen. Das kann nicht vergessen werden, um so weniger als dem entstandenen Machwerke Mängel anhaften bedenklichster Art, die uns immer wieder an diese Tat des Kriegsernährungsamtes erinnern werden ... Und wenn auch hinter dem Verhalten der landwirtschaftlichen Professoren der Wunsch und der Wille des Kriegsernährungsamtes steht, so müssen diese Herren es doch hinnehmen, wenn sich dauernd an ihre Namen die peinliche Tatsache knüpft, daß sie gegen das Sachverständnis der gesamten deutschen praktischen Landwirtschaft ausgespielt worden sind. Die Erklärungen, die zu einem solchen Verhalten gegeben worden sind, sind alle nichtiger Art gewesen. Vor einem Geschehnis, das entscheidend sein wird für erschreckend lange Jahre unseres landwirtschaftlichen Lebens und Strebens, müssen Gründe in nichts zerfallen, die darauf hinauslaufen, daß sich weder Zeit noch Gelegenheit zu einer Aussprache geboten habe."

Deutlicher konnte sich die Praxis gegen die Alleinherrschaft der Theoretiker nicht äußern. Hinzu kam die ausschlaggebende Besetzung so manch wichtiger Fachbehörden mit Nichtlandwirten, die auch in denjenigen Fällen Entscheidungen zu treffen hatten, die sie selbst fachlich nicht beherrschten, ohne daß sie sich dann aber entsprechende Sachverständige heranzogen. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Schweinemord der Kampf der Theoretiker gegen die landwirtschaftlichen Praktiker. Die Vorstellungen der letzteren blieben unbeachtet. Eine Ausnahme bilden die landwirtschaftlichen Professoren Dr. Skalweit und Dr. Woltmann, die sich einerseits für vorsichtige Anpassung der Schweinebestände, andererseits für eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, und zwar der Futterflächen einsetzten.

Generalstabschef v. Moltke wird eingeschaltet

In Kreisen der Regierung hörte man jedoch auf die vorwiegend jüdischen Professoren Berlins. Teils mittelbar (siehe Denkschrift Sering an den Reichstag vom 13. März 1915, betr. Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln), teils unmittelbar versuchten diese, sich hinter leitende militärische Persönlichkeiten zu stecken, um schon im voraus die noch zu erwartenden Vorschläge der Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ganz

in diesem Fahrwasser schwimmend, interpellierte der Chef des Großen Generalstabes, Generaloberst von Moltke, nach Rücksprache mit Sering, Eltzbacher, Ballod u. a. beim Reichskanzler von Bethmann-Hollweg (Generaloberst Helmuth von Moltke: „Erinnerungen, Briefe, Dokumente", Seite 399):

„Wenn nicht sofort und mit rücksichtsloser Energie eingegriffen wird, werden wir nach Ansicht aller einer Katastrophe entgegengehen. Die in der Anlage beigefügten Richtlinien sind das Ergebnis des gemeinsamen Urteils aller Herren, mit denen ich gesprochen habe. Ew. Exzellenz werden vielleicht der Ansicht sein, daß ich mich hier um Dinge kümmere, die mich nichts angehen. Die Frage der Volksernährung ist aber von so eingehender Bedeutung für die Kriegsführung, daß ich mich verpflichtet fühle, sie zur Sprache zu bringen."

In den in den Anlagen „beigefügten Richtlinien" heißt es zur Frage der Erhaltung unserer Schweinebestände:

„Eingehende Berichte und Rücksprachen mit namhaften Persönlichkeiten der Finanz, Industrie und Volkswirtschaft haben ergeben, daß wir nur noch geringe Vorräte an Brotgetreide in Deutschland haben, und zwar Weizen nur noch für 1 bis 2 Monate, Roggen in so beschränkter Menge, daß er für die beiden letzten Monate des Erntejahres voraussichtlich völlig fehlen wird... Ferner ist der Vorrat menschlicher Nahrungsmittel dadurch zu vergrößern, daß die Verfütterung von Roggen und Kartoffeln mit aller Energie verhindert wird. Jede Verfütterung menschlicher Nahrungsmittel bedeutet eine Verschwendung wertvollen Nationalvermögens. Die riesenhaften Schweinebestände können daher nicht durchgehalten werden... Im einzelnen werden von allen Autoritäten auf dem Gebiet der Volkswirtschaft folgende Maßnahmen für unbedingt nötig erachtet:

1. Sofortige Aufhebung der Höchstpreise für Weizen.
2. Ermächtigung an Kriegsgetreidegesellschaften, höhere Preise als Höchstpreise für Roggen, Weizen und Gerste zu zahlen, und zwar ohne jede Bindung.
   Anweisung an K.-G.-G., alle Getreide-, insbesondere sämtliche Weizenvorräte, soweit es irgend möglich ist, an sich zu bringen.
3. Höchstpreise für Roggen sind vorläufig um 30 Mark zu erhöhen, die der Speisekartoffeln um 30 bis 40 v. H.
4. Schweine sind bis um 50 v. H. des Bestandes durch große Ankäufe der Stadtgemeinden mit Unterstützung des Reiches einzuschlachten und zu konservieren. Kontingentierung nach

der Bevölkerungsziffer. — Die Heeresverwaltung hat sich an dem Ankauf zu beteiligen."

Aus einem späteren Brief Moltkes an einen General, dessen Namen daraus nicht ersichtlich ist, vom 4. 5. 1915 (Generaloberst Helmuth von Moltke: Erinnerungen, Briefe, Dokumente) ist zu entnehmen, daß

„nicht alles, aber doch die Hauptsache dessen, was ich nach eingehender Beratung mit unseren bedeutendsten Nationalökonomen in dieser Denkschrift vorgeschlagen habe, heute — allerdings erst nach Monaten — zur Einführung gekommen ist."

Die Auslandspresse, ein Praktiker-Gelehrter und eine Wahnsinnsforderung Serings

Die Meinungsäußerungen der jüdischen Professoren[1] und Nichtfachleute, nicht die der praktischen Landwirte, wurden als Grundlage für alle weiteren Maßnahmen der Regierung auf ernährungswirtschaftlichem Gebiete genommen. Nach dem nationalliberalen „Hannoverschen Kurier" vom 2. November 1914 schrieb eine schwedische Zeitung:

„Deutschland kann sich selbst ernähren, der einzige schwache Punkt wäre ein gewisser Mangel an Futtermitteln. Die gewaltige Kartoffelernte kann Deutschland auch hier über die größten Schwierigkeiten hinweghelfen."

Aber dieser Hinweis auf die Unterschätzung des Produktionsvermögens der deutschen Landwirtschaft verhallte ebenso wie die Mahnung des landwirtschaftlichen Universitätsprofessors Dr. Woltmann, der als Kartoffelzüchter eben Praktiker war (freikonservative „Dresdner Nachrichten" vom 30. September 1914):

„Unsere Aufgabe ist es, die außerordentlich reichen Viehbestände im Land zu erhalten und gut zu ernähren, wofür kein Halm Stroh unausgenutzt bleiben darf, und wofür das Vorhandensein genügender Futterflächen gesichert werden muß."

---

[1] Wie verjüdelt gerade Eltzbacher und sein Kreis waren, das beweist auch sein Buch „Berufswahl, ein Ratgeber für kriegsbeschädigte Offiziere", in dem er 30 Vorträge herausgab, die in der Zeit vom 23. Februar bis zum 4. März 1916 auf einem Kursus in der Handelshochschule zu Berlin gehalten worden waren. Von „alten Bekannten" sprachen neben Eltzbacher Friedrich Naumann, Zuntz und Kuczynski. Aber auch die übrigen Vortragenden, die man unseren Offizieren vorzusetzen wagte, waren zum größten Teil aus dem Judentum entnommen. Treffen wir doch u. a. den Professor Dr. Lassar-Cohn (Königsberg), die Berliner Kaufleute Oskar Heimann und Dr. Waldschmidt. Der berüchtigte jetzige Emigrant Georg Bernhard schließlich war dazu ausersehen, die Offiziere in das Zeitungswesen einzuführen, und von den übrigen Rednern sind offensichtlich eine ganze Reihe ebenfalls kaum arisch.

Die nachfolgende verhängnisvolle Äußerung des Professors Dr. Sering auf dem Lehrgang für Redner über Kriegsernährung vom 3.—6. Februar 1915 tat ihre Wirkung:

„Sollen die reichlich vorhandenen Kartoffelvorräte bis zur nächsten Ernte reichen, so werden drei Viertel aller in Deutschland vorhandenen Schweine eingeschlachtet werden müssen."

Man stelle sich vor: Von rund 21 Millionen Schweinen sollten nach diesem Vorschlag rund 16 Millionen Tiere abgeschlachtet werden. Über die Unmöglichkeit der schnellen Verwertung, ob durch den Menschen direkt oder durch die Verarbeitung zu Pökel- und Räucherware, zu Konserven usw. machten sich diese Herren keine Gedanken. Das war ja auch keine „Wissenschaft" mehr, sondern „Technik" und unhonorige „Praxis". Erst später mußte man sich notgedrungen mit diesen Dingen befassen, nachdem die „Praxis" die Unmöglichkeit der schnellen Verwertbarkeit bewies (Denkschrift Sering vom 13. März 1915). Nahezu in der gesamten deutschen Presse, angefangen vom sozialdemokratischen „Vorwärts" über die freisinnige „Frankfurter Zeitung" und das ebenso eingestellte „Berliner Tageblatt" bis zur zentrümlichen „Germania" und dem „Reichsboten" drängte alles auf radikale Verringerung der Schweinebestände.

3. Die Schuldigen am Schweinemord

Juden schleichen sich ein

In diesem Zustand der allgemeinen Unübersichtlichkeit, Planlosigkeit und Verwirrung gelang es nun einigen abstrakt denkenden Köpfen, einen sehr starken Einfluß auf Regierung, Presse und Parlament zu nehmen. Die Kunstfertigkeit ihrer statistischen Spielereien bluffte die Öffentlichkeit um so mehr, als sich sonst niemand an verantwortlicher Stelle um ernährungspolitische Fragen kümmerte. Weite Kreise von Wissenschaftlern und Politikern gleicher Art stellten sich hinter sie und hoben so ihre Autorität. So beispielsweise der damalige Bodenreformer und Demokrat Damaschke, Berlin, Universitätsprofessor Dr. Schumacher, Bonn, Geheimer Regierungsrat Herzfeld, Berlin, Professor Dr. med. Hirschfeld (!) und der Zentrumsbeigeordnete und spätere Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln. Zu diesem Personenkreis gehörten Professoren und Politiker, auf die anschließend näher eingegangen wird. — Wesentlich zur Beurteilung erscheint vor allem, daß bei allen Hauptbeteiligten der damaligen Auseinandersetzung auf ernährungswirtschaftlichem Gebiete das jüdische Element absolut überwog, weil der jüdischen Rasse eine derartige abstrakte und theoretische Denkungsweise eigen ist.

Die Denkschrift Eltzbacher und ihre Verfasser

Nachdem in einzelnen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln bereits eine Einleitungspropaganda für den Schweinemord gemacht wurde, erstand die eigentliche Großpropaganda dafür in erster Linie in der Denkschrift des damaligen Rektors der Berliner Handelshochschule und Juden Professor Dr. jur. Paul Eltzbacher „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan", die Anfang 1915 erschien[1]. Ihre Verfasser sind:

---

[1] Friedrich Naumann sagte in einer Besprechung des Eltzbacher-Buches im freisinnigen „Berliner Tageblatt":

„Das Buch ist schon vielfach empfohlen worden, aber in diesem Fall genügt es nicht, wenn nur der eine oder der andere das Buch bestellt. Es gehört in die Hand jedes Lesers, der sich vor Volkswirtschaft, Ernährungslehre und vielen Ziffern nicht fürchtet, denn es ist die Grundlage unserer praktischen Volksarbeit von jetzt an bis zum Kriegsschluß. Es ist das einzige und Beste, was wir auf diesem Gebiete haben."

Von weiteren Besprechungen, die die Denkschrift Eltzbachers in der Presse erfuhr, ist hier vor allem noch eine solche des Zentrumsabgeord-

Aereboe, Friedrich, Prof. Dr., Geheimer Regierungsrat, Direktor des Instituts für Wirtschaftslehre des Landbaues der Universität Breslau.

Ballod, Karl, Dr., Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamtes, ordentlicher Honorarprofessor an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin.

Beyschlag, Franz, Prof. Dr., Geheimer Oberbergrat, Direktor der Geologischen Landesanstalt Berlin.

Caspari, Wilhelm, Prof. Dr., Privatdozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin.

Heyl, Hedwig, Berlin.

Krusch, Paul, Prof. Dr., Abteilungsdirigent an der Geologischen Landesanstalt, Berlin.

Kuczynski, Robert, Dr., Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin-Schöneberg, Jude.

Lehmann, Curt, Prof. Dr., Geheimer Regierungsrat, Direktor des Zootechnischen Instituts der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin.

Lemmermann, Otto, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Agrikulturchemie und Bakteriologie, Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin.

Oppenheimer, Carl, Prof. Dr., Berlin-Grunewald, Jude.

Rubner, Max, Prof. Dr., Geheimer Medizinalrat, Direktor des Physiologischen Instituts der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

---

neten Erzberger (!) im deutschnationalen „Tag" zu nennen, der u. a. sagt:

„Eine hochbedeutsame Denkschrift, deren allseitiges Studium nur dringendst empfohlen werden kann. Wer unbeachtet an dem mit gewohnter deutscher Gründlichkeit verfaßten Sammelwerk, das doch einen einheitlichen Geist verrät, vorübergeht, versündigt sich am Vaterlande."

Ausgerechnet Herr Erzberger fehlte also noch in der Reihe der Befürworter Eltzbachers. Kein Wunder, daß auch die nationalliberale „Kölnische Zeitung" sich warm mit folgenden Worten für das Buch einsetzte:

„Wir empfehlen dringend jedermann, ob Mann oder Frau, das gründliche Studium des Büchleins. Alles, was darin gesagt ist, muß während des Krieges Gemeingut unseres Volkes werden. Es ist ein Mittel zum Siege, so wichtig und wesentlich wie der Mut und die Ausdauer des deutschen Soldaten."

Der freisinnige „Berliner Börsenkurier" nannte das Buch „eine wissenschaftliche Tat". Die Demokratin Helene Lange wieder sagte in der Zeitschrift „Die Frau":

„Das Buch ist in seiner Gründlichkeit und Sorgfalt ein glänzendes Stück wissenschaftlicher Mobilmachung."

v. Rümker, Kurt, Prof. Dr., Geheimer Regierungsrat, Vorsteher des Instituts für Pflanzenproduktionslehre der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin.

Tacke, Bruno, Prof. Dr., Geheimer Regierungsrat, Direktor der Moorversuchsstation in Bremen.

Warmbold, Hermann, Dr., Ökonomierat, Leiter der Abteilung für Wirtschaftsberatung bei der Hauptritterschaftsdirektion in Berlin.

Zuntz, Nathan, Prof. Dr., Geheimer Regierungsrat, Direktor des Tierphysiologischen Instituts der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, Jude.

Broschüre Eltzbacher

Als weiteres Propagandamittel erschien ein Auszug aus dem Eltzbacherschen Buch unter dem Titel: „Ernährung in der Kriegszeit", ein Ratgeber für Behörden, Geistliche, Ärzte, Lehrer und Lehrerinnen, Gewerkschaftsbeamte und Hausfrauen. Dieser Ratgeber wurde von den schon genannten Eltzbacher, Oppenheimer, Rubner, Zuntz und Frau Heyl herausgegeben und erreichte allein eine Auflage von 200 000 Exemplaren. Auch hier wird, wie in der Denkschrift Eltzbachers, ausdrücklich gefordert:

„Unser Tierbestand wird in der nächsten Zeit unzweifelhaft stark vermindert werden. Namentlich wird man einen großen Teil der Schweine schlachten müssen."

Wichtig übrigens, daß sich auch hier der Satz findet:

„Mag der Krieg auch noch so lange dauern ..."

Reden des Rednerkurses

Ein großer Teil der angeführten Namen begegnet uns dann wieder im dritten Werbemittel für den Schweinemord, dem Buch „Volksernährung im Kriege". Dieses Buch, das 1915 erschien, gab die Reden wieder, die bei einem Lehrkursus für Redner (3.—6. Februar 1915) gehalten worden waren, auf den schon oben eingegangen wurde. Auf dem Lehrkursus sprachen u. a.:

Geheimrat Professor Dr. Sering,
Geheimrat Professor Dr. Rubner,
Dr. Kuczynski,
Professor Dr. Eltzbacher,
Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Zuntz,
Professor Dr. Carl Oppenheimer,
Ökonomierat Dr. Warmbold,
Professor Dr. Lemmermann,
D. Friedrich Naumann,
Frau Hedwig Heyl,
Dr. Gertrud Bäumer,

also fast alles Persönlichkeiten, die auch aus der Eltzbacherschen Denkschrift bekannt sind.

Geheime Denkschrift Sering

Einen vierten Hinweis gab schließlich die bis heute noch nicht veröffentlichte Denkschrift, die Sering am 13. März 1915 an den Reichstag einreichte. Sie enthält die Unterschriften von Sering, Ballod, Zuntz, Rubner, Lemmermann, Lehmann, v. Rümker. Es war anscheinend auch schon früher Spezialität des Halbjuden Sering, nur in geheimen Denkschriften zu machen. Denn die „Geheime Denkschrift" Serings über die „Auswirkungen des Erbhofgesetzes" vom Jahre 1934 ist noch in Erinnerung.

In der Nachkriegszeit vielfach bekannte Namen tauchten damals schon an führender Stelle auf. Der größte Teil der am „Schweinemord" Schuldigen konnte somit durch diese vier Großpropagandamittel erfaßt werden. Im nachfolgenden wird im einzelnen noch auf sie eingegangen werden.

Hauptverantwortlich war der Jude Eltzbacher. Seine Abstammung

Die Hauptverantwortung für den Schweinemord trug ganz zweifelsohne Professor Dr. Paul Eltzbacher, der aus einer jüdischen Familie stammte. Seine Eltern waren der jüdische Arzt Dr. Salomon Eltzbacher, der als Alter Herr zeitlebens dem Bonner Korps Saxonia (Kösener Senioren-Konvent) angehört hat, und die Jüdin Anna Hertz. Eltzbacher selbst war mit einer gewissen Emma Grimmenstein verheiratet. Aus seiner jüdischen Abstammung hat er übrigens selbst kein Hehl gemacht. In seinem 1928 erschienenen Buch „Aus der Geschichte meiner Familie" schreibt er:

> „Alle meine Vorfahren sind Juden gewesen. Ich habe mich früh vom Judentum losgelöst, dem schon meine Eltern, meine mütterlichen Großeltern und alle anderen Verwandten, die ich erlebt habe, nur noch ganz äußerlich angehört hatten, aber niemals ist mir der Gedanke gekommen, meine Abstammung zu verleugnen. Die Mißachtung, unter der die Juden zu leiden haben, beruht zu einem nicht geringen Teil darauf, daß sie selbst sich nicht achten. Wie traurig ist es, daß die Angehörigen eines Volkes (!), das auf eine so wunderbare Geschichte zurückblicken kann und das in dem schweren Ringen um die materiellen Güter immer den Funken des Ideals (!) lebendig erhalten hat, sich so oft ihrer Abstammung schämen, ja wohl gar durch Namensänderung eine andere Herkunft vorzutäuschen suchen!"

Interessant ist es, dazu den Lebensweg des jüngeren Bruders zu vergleichen, der an anderer Stelle gebracht wird. An das Lächerliche grenzend, aber bezeichnend für die jüdische Milieu-

theorie ist eine weitere Stelle des genannten Buches, in dem Eltzbacher schreibt:

„Fast alle meine Vorfahren aber, soweit ich von ihnen weiß, waren im niedersächsischen Gebiet zu Hause . . . Diese gleichmäßige geographische Grundlage hat sicher auf das Wesen meiner Familie eingewirkt, denn wenn auch Juden keine Niedersachsen sind (!), so haben meine Vorfahren doch jahrhundertelang unter dem Einfluß einer niedersächsischen Umgebung gestanden. Mein Vater war stolz auf seinen westfälischen Eisenkopf."

Eltzbachers Schweinemordtheorie

In vielfachen Tagesartikeln ist Eltzbacher neben seiner erwähnten Denkschrift ganz offen für die Verminderung des Schweinebestandes eingetreten. So in einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung" des Bundes der Landwirte vom 18. Februar 1915, in dem er unter anderem sagte:

„Die Schweine sind jetzt unsere gefährlichen Feinde . . . Bei dieser Sachlage war es die wichtigste Aufgabe der Volksernährung, alsbald nach Ausbruch des Krieges unseren Schweinebestand erheblich zu vermindern. Die Sachverständigen wiesen rechtzeitig auf diese Notwendigkeit hin. Leider ohne Erfolg."

Als der Preußische Landwirtschaftsminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Februar erklärte, es seien bereits vom 1. Dezember 1914 bis 1. Februar 1915 in Preußen schätzungsweise etwa 4½ Millionen Schweine geschlachtet worden, erklärte Eltzbacher:

„Aus den Darlegungen des Herrn Landwirtschaftsministers geht für uns und für das Ausland (!?) die Tatsache hervor, daß am 1. Dezember 1914, nach fünfmonatiger Kriegsdauer, noch nichts zur Verminderung unseres Schweinebestandes geschehen war . . . Selbst eine erhebliche Verminderung unseres Schweinebestandes ist unbedenklich."

Es ist in diesem Artikel kennzeichnend, daß der Jude Eltzbacher weiter schreibt:

„Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß der Krieg lange dauert und daß in diesem Fall die Haltung der Schweine den englischen Aushungerungsplan fördert (??)."

Obwohl man inzwischen festgestellt hatte, daß Kartoffelüberfluß herrschte und bis zum 15. April 1915 weitere 9 Millionen Schweine abgeschlachtet worden waren, brachte es Eltzbacher fertig, im freisinnigen „Berliner Tageblatt" vom 20. Juli 1915 zwar zuzugeben,

„daß viele unreife Schweine geschlachtet worden sind und daß

hierdurch die an sich sehr hohen Schweinepreise noch eine Steigerung erfahren haben",

trotzdem aber hatte er die Stirn zu behaupten:

„Es sind nicht zuviel Schweine geschlachtet worden."

Daß es Eltzbacher offensichtlich darauf ankam, die Ernährung des deutschen Volkes zu gefährden, kann man auch daraus schließen, daß er in der freisinnigen „Vossischen Zeitung" vom 20. Februar 1915 die Forderung erhob, den Buttergenuß einzuschränken, um schon am nächsten Tage (21. Februar 1915) in der „Deutschen Tageszeitung", dem Organ des Bundes der Landwirte, zu schreiben:

„Sehr verschiedene Nahrungsmittel tragen zu unserer Ernährung bei. Außer dem Brot besonders Kartoffeln, Gemüse, Obst, Zucker, Fleisch, Fische und Milch. Keines dieser Nahrungsmittel ist unentbehrlich. Das gilt auch für das Brot. Brot essen ist keine unbedingte Notwendigkeit, sondern eine Gewohnheit."

Bei einer anderen Gelegenheit schürte und hetzte er gegen die Bauern und verstieg sich zu dem Satz:

„Wenn jetzt in vielen Fällen Unterernährung mit ihren schädlichen Folgen eintritt, so beruht diese nicht auf einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern auf deren ungleichmäßiger Verteilung zwischen Stadt und Land."

Nicht genug damit, daß Eltzbacher hauptverantwortlich für den Schweinemord von 1915 zeichnete, machte er in der freisinnigen „Vossischen Zeitung", Nr. 648, vom Januar 1917 einen erneuten Versuch zu einer Wiederholung des Schweinemordes. Er stellte in diesem Artikel die Behauptung auf:

„Wir haben wieder zuviel Schweine!"

Weiter richtete er einen scharfen Tadel gegen alle diejenigen, die es, unter Vorantritt des Preußischen Landwirtschaftsministers, als eine höchst wichtige Aufgabe bezeichnet hätten, die im Frühjahr so stark zusammengeschmolzene Zahl der Schweine wieder möglichst dem Friedensbestand zu nähern. Da aber dieser „Fehler" nun einmal begangen sei, dürfte er wenigstens nicht noch dadurch vergrößert werden, daß wir aus Rumänien Schweinefutter und Mais zur Ausmästung der „zu großen" Schweinebestände einführten. Lieber sollte man diese Tiere in halbgemästetem Zustande dem Schlachtmesser opfern. Schließlich unternahm Eltzbacher sogar einen Angriff auf den Rindviehbestand.

Der „Völkerrechtler" Eltzbacher

Es kann zur Charakteristik von Eltzbacher dienen, daß er 1916 unter dem Titel „Totes und lebendes Völkerrecht" eine kleine Schrift erscheinen ließ, in der er u. a. ausführte, es zeige

sich ein Umschwung der allgemeinen Rechtsüberzeugung darin, daß auch die Zivilbevölkerung direkt in den Krieg einbezogen werde. Der berechtigte Zweck des Krieges sei es geworden,

> „die feindliche Volkskraft als die letzte Grundlage des kriegerischen Widerstandes zu brechen“.

Zu diesem Zweck sei jedes Mittel erlaubt, auch

> „die Lähmung der seelischen Kräfte“.

Daher dürfe man über Fliegerangriffe gegen offene Städte, wie etwa den Überfall auf die Stadt Karlsruhe, nicht in dem Sinne sprechen, als läge das außerhalb des Kriegsrechtes, weil davon die harmlose Bevölkerung, speziell Frauen und Kinder, betroffen würden.

> „Darin läge eben der Fortschritt (!!) der völkerrechtlichen Anschauungen, daß jetzt nicht bloß Heer gegen Heer, sondern auch Volk gegen Volk kämpfe.“

Mit Recht schrieb damals (1916) eine deutsche Zeitung, man dürfe sich nicht mehr wundern, wenn die Deutschen auf Grund solcher Ansichten mit immer größerem Erfolg als rücksichtslose Gewaltmenschen, als Barbaren und Hunnen verschrien würden. Einen Artikel in der „Post“ vom 25. Mai 1917 schloß Eltzbacher mit dem vielsagenden Satz:

> „Seit selbst die Frauen in die Heimarmee eingegliedert sind, müssen wir uns mit der Tatsache vertraut machen, daß man in künftigen Kriegen versuchen wird, auch die Frauen in ihrer Art (!?) kampfunfähig zu machen.“

Und in dem gleichen Artikel heißt es:

> „Von den einmal erkannten Möglichkeiten der Kriegführung wird im Notfall jeder Staat Gebrauch machen, mag es sich nun darum handeln, sein Dasein zu verteidigen oder auch nur seinem Machtwillen Geltung zu verschaffen.“

Die genannte Schrift und der Artikel sind also nichts anderes als eine Aktivlegitimation für das rücksichtslose Vorgehen unserer Feinde im Krieg, da ja Deutschland niemals solche Mittel angewandt hatte, sie also nicht zu verteidigen brauchte. Unter diesen Gesichtspunkten wird es vielleicht verständlich, daß bei einer scharfen Abrechnung des Preußischen Landwirtschaftsministers Freiherrn von Schorlemer (3. März 1917) mit Eltzbacher der Sitzungsbericht hierzu bemerkt, es sei dabei ausgerechnet „Unruhe links“ festzustellen gewesen, ebenso bezeichnend wie Eltzbacher einmal den sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann im deutschnationalen „Tag“ vom 12. Juni 1917 einen Mann mit „vortrefflichen Eigenschaften“ genannt hat. In einem Artikel schließlich in den nationalliberalen „Münchener Neuesten

Nachrichten“ vom 5. August 1917 erzählte Eltzbacher eine Fabel von Hunden und Katzen, nach der die Hunde mit den Katzen Krieg geführt hätten, wobei er den Deutschen die Ehrenrolle der Hunde zuerkannte. Auch ein anderer Jude, und zwar Bamberger, sagte bekanntlich einmal:

„Hunde sind wir ja doch.“

Von den Deutschnationalen zu den Kommunisten

Während sich nach dem Krieg Eltzbacher zuerst der Deutschnationalen Partei (!!) anschloß, enthüllte er endlich 1919 sein wahres Gesicht. Er veröffentlichte ein Buch „Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft“, in dem er ebenso wie in mehreren Artikeln im deutschnationalen „Tag“ verlangte, Deutschland müsse sich

„ganz ehrlich auf den Boden des Bolschewismus stellen, das Rätesystem einführen und ohne Entschädigung sozialisieren“.

Den gleichen Gedanken drückte er in einem Brief an den Bürgermeister von Berlin-Grunewald aus, in dem er sagte:

„Die Deutschnationale Volkspartei hat mich, weil ich in der gegenwärtigen verzweifelten Lage des Reiches den Kommunismus für das einzige Mittel der Rettung halte, und weil ich dies vor allem in meiner Schrift „Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft“ offen ausgesprochen habe, der Parteizugehörigkeit für verlustig erklärt. Damit sind die Hoffnungen, die ich vom nationalen Standpunkt auf die Deutschnationale Volkspartei gesetzt habe (?!), endgültig zuschanden geworden.“

In diesem Sinne hat sich dann Eltzbacher weiter betätigt und hat dadurch gezeigt, daß letzten Endes seine ganze unverantwortliche Kriegsernährungspolitik wohl schon aus dem gleichen Bestreben erfolgte, Deutschland dem internationalen Judentum auszuliefern. Mit seinem genannten Buch hat Eltzbacher allem Unsinn, der von geschäftigen Vielschreibern seit 1914 zusammengetragen wurde, die Krone aufgesetzt. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß dieser Bolschewistenfreund bereits 1900 ein Buch „Der Anarchismus“ schrieb, das 1906 in russischer Sprache herauskam und 1922 (!), also nach der Aufrichtung der Bolschewistenherrschaft in Rußland, in einer neuen russischen Auflage herauskommen konnte. Dieses Buch ist natürlich ganz „objektiv“ gehalten, und so findet sich nicht eine einzige Stellungnahme gegen die anarchistischen Wühlereien, so daß die Veröffentlichung nur zu einer Weiterverbreitung dieser Ideen beitrug. Der spätere Schritt Eltzbachers zu der Propagierung der Räteherrschaft in Deutschland vom Jahre 1919 ist danach nicht mehr gar so seltsam. Man vergleiche nur einmal die Schlußsätze dieses Werkes, um zu wissen, was man von seiner „objektiven“ Darstellung zu halten hat:

„Eines müssen wir jedenfalls gegenüber dem Anarchismus tun, nämlich seine Lehren mit Mut, Ruhe und Unbefangenheit prüfen ... Ob es außerdem geboten ist, dem Anarchismus oder doch der einen oder anderen seiner Arten mit besonderen Machtmitteln entgegenzutreten, ob namentlich das zur Verwirklichung anarchistischer Lehren begangene Verbrechen schwereres Unrecht ist als irgendein politisches oder gar gemeines Verbrechen, darüber haben die Gesetzgeber eines jeden Landes im Hinblick auf die in ihm gegebenen besonderen Bedingungen zu befinden."

Der „Fachgelehrte" Eltzbacher

Es ist hier besonders erwähnenswert, daß Eltzbacher Rechtswissenschaft studierte, später Professor der Rechte an der Handelshochschule Berlin gewesen ist und sich bis zu Kriegsbeginn mit Fragen der Landwirtschaft und der Ernährung überhaupt nicht befaßt hatte, also als völliger Dilettant in diese lebenswichtigen Fragen unseres Volkes eingriff. Kein Wunder, denn er war Jude und als solcher mit einem Konjunkturinstinkt ausgestattet, der ihm jede Anpassungsfähigkeit an die „gegebene Sachlage" ermöglichte. Und die maßgebenden Regierungskreise fielen darauf herein.

Der leibliche Bruder Eltzbachers, der „Engländer" J. Ellis Barker

Daß auch Eltzbacher, der im Oktober 1928 starb, nur ein Glied in der Kette des internationalen Judentums ist, das sich in Deutschland deutsch, in England englisch gebärdet, geht aus dem Fall Eltzbacher = Ellis Barker hervor. Wir erleben hier nämlich, genau wie an den bekannten Beispielen der Gebrüder Warburg oder Rothschild, daß zwei jüdische Brüder für verschiedene Völker tätig zu sein vorgeben, in Wahrheit jedoch nur den Kampf für das Judentum führen. Schon im zentrümlichen „Bayrischen Kurier" vom 28. August 1916 wurde unter der Überschrift „Die beiden Herren Eltzbacher" darauf hingewiesen, daß zur gleichen Zeit zwei Träger desselben Namens am Werke waren. Eine eingehende Nachprüfung ergab nun die erstaunliche Feststellung, daß der englische Kriegshetzer und Todfeind Deutschlands, J. Ellis Barker, der 2 Jahre jüngere leibliche Bruder des Juden Paul Eltzbacher war[1]. Aber noch wesentlich interessanter ist, daß die schon erwähnte Denkschrift des Professors Paul Eltzbacher „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan", die bekanntlich 1915 in Deutschland erschien, im gleichen Jahr unter dem Titel: „Germany's food can it last?" ins Englische übersetzt wurde (Näheres siehe Teil 2: „Die Propaganda für und gegen den Schweinemord"). Inwieweit bei der Herausgabe dieser Denkschrift in

[1] Weitere Einzelheiten über diesen Fall in der Anlage 2.

England ein Hand-in-Hand-Arbeiten der Brüder Eltzbacher - Ellis Barker zur Untergrabung der Ernährungssicherheit Deutschlands erfolgte, läßt sich zwar nicht beweisen, dürfte aber bei der ganzen Einstellung der beiden Brüder nicht ganz von der Hand zu weisen sein. Denn zur gleichen Zeit, als Paul Eltzbacher sein für Deutschland so außerordentlich gefährliches Buch über „Totes und lebendiges Völkerrecht" erscheinen und mit Deutschlands Schweinebestand aufräumen ließ, schrieb seine brüderliche Liebe, J. Ellis Barker, wüste Hetzartikel gegen sein Geburtsland, vergiftete die englische Presse und strafte alle jene Lügen, die von einem Aufgehen der Juden im fremden Volke wissen wollten. Die Kenntnis dieser Tatsache wird uns auch der Person Paul Eltzbachers gegenüber eine andere Stellung gewinnen lassen.

Bis zum heutigen Tage hat übrigens keiner der beiden Brüder das Geheimnis gelüftet, das über ihrer Verwandtschaft schwebte. Selbst in Eltzbachers „Familiengeschichte" ist dieser Fall peinlich vertuscht. Auch die sonst so tiefgründige „Wissenschaft" hat den Schleier nicht beiseite gezogen. Betrachtet man unter dem Blickpunkt der geschilderten Tatsachen die Rolle, die Eltzbacher mit seiner Denkschrift und auch sonst in der Geschichte der deutschen Kriegsernährung gespielt hat, dann wird man wohl den Schweinemord mit etwas anderen Augen ansehen müssen, als es zumeist früher geschah.

Der jüdische Statistiker Kuczynski

Ein weiterer Verantwortlicher am Schweinemord war Dr. Robert René Kuczynski, der ebenfalls jüdischer Herkunft und am 12. August 1876 zu Berlin geboren ist. Sein Vater war der Bankier Wilhelm Kuczynski, geb. zu Posen, und seine Mutter eine Luzie Lipka-Brandeis aus Paris[1]. Er war ursprünglich an verschiedenen statistischen Ämtern, 1900 auch am Census Office in Washington und seit der Vorkriegszeit als Direktor des Städtischen Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg tätig. Jetzt lebt er als Emigrant in London, nachdem er im Jahre 1934 auf Grund des Paragraphen 2 a des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen worden war. Mit anderen Worten: Er hat sich nach Auskunft der Stadtverwaltung Schöneberg als Kommunist im staatsfeindlichen Sinne betätigt.

Kuczynski schreibt bewußt die Unwahrheit

Daß Kuczynski ebenfalls lebhafte Propaganda für den Schweinemord betrieben hat, ging ja schon aus seinem bereits zitierten Vortrag im Rahmen des Rednerkursus im Preußischen Abgeordnetenhaus hervor. Auch in zahlreichen anderen Zeitungsartikeln hat er den Schweinemord propagiert, so in einem Artikel

[1] Interessant ist, daß Robert René K. nach seinem Geburtsschein René Abraham getauft wurde. Die Großeltern väterlicherseits waren der Posener Kaufmann Abraham Nachem K. und Emilie Cohn.

in „Die Hilfe“ (freisinnig) vom 29. April 1915 „Die Kartoffeln im Kriege“, in einem Artikel vom 16. April 1915 in der freisinnigen „Vossischen Zeitung“ und in einem dritten Artikel im freisinnigen „Berliner Tageblatt“ vom 7. April 1915 „Die Überraschungen der Schweinezählung“. Hier ist schließlich ein Aufsatz zu nennen, dessen Überschrift „Krieg dem Schwein“ lautete und dessen erster Satz ebenso bezeichnend war:

„Das Schwein ist in diesem Kriege unser 9. Feind.“

Trotz der geschilderten Tatsachen brachte Kuczynski es fertig, in einem Artikel der freisinnigen „Vossischen Zeitung“ 1916 zu behaupten:

„Der Schweinemord im ersten Kriegswinter ist eine Fabel.“

Darüber hinaus vertrat er die Ansicht, daß man über die in diesem Winter zu schlachtenden 6—7 Millionen Schweine noch hinausgehen müsse, und sagte wörtlich:

„Wenn in diesem Winter nur 1 Million Schweine mehr geschlachtet würden, als jetzt vorgesehen ist, also immer erst soviel wie in dem vorigen Winter, so könnte die wöchentliche Fleischration um 100 g erhöht werden (?!).“

Der Jude Kuczynski widerspricht sich in jedem seiner Artikel, er schreibt wahrscheinlich um des Honorars wegen, er lügt, um sich zu rechtfertigen. Ihn kümmerte es nicht, um wieviel Gramm in Wirklichkeit nach dem 2. Schweinemord die wöchentliche Fleischration „vermindert“ werden mußte. Überall begründete er seine Ansicht bekanntlich damit, eine große Kartoffelnot stände bevor. Das Schwein sei der 9. Feind der Deutschen. Mit Recht stellte im Juni 1915 die „Deutsche Tageszeitung“ fest, daß von Händlern und Landwirten übereinstimmend vorausgesehen war, daß eine ungeheure Menge von Kartoffeln vorhanden sein werde, und nannte die Zeitungsartikel von Kuczynski

„eine große Blamage und einen noch größeren Jammer“.

Hunderttausende von Zentnern Kartoffeln seien in den Kommunen verdorben. Die Gemeinden, welche den Herren Kuczynski und Eltzbacher gefolgt seien, müßten bluten, während gerade Kuczynski die beschleunigte Beschlagnahme der Kartoffeln verlangte, damit nicht Hunderttausende umsonst

„geblutet hätten“.

Wobei Herr Kuczynski mit seinen damals 38½ Jahren sich nicht unter den „Blutenden“ befand, obwohl man während des Krieges in diesem Alter normalerweise k.v. war. Oder war der jüdische Statistiker infolge weitschauender Voraussicht des nahenden Schweinemordes als „dafür in Frage kommende Autorität“ unabkömmlich? Auch Herr Eltzbacher gehörte zu jener Gruppe von „unentbehrlichen und unersetzlichen Fachleuten“.

Die Anhänger des Verzichtfriedens

Wenn somit an der Verantwortung von Kuczynski für den Schweinemord in keiner Weise mehr gezweifelt werden kann, so ist gerade sein sonstiges Verhalten ein Beweis, daß seine Forderungen nach der Schweineabschlachtung nicht auf einem Irrtum, sondern auf einer bewußten Irreführung der öffentlichen Meinung beruhen. Als Anhänger des Verzichtfriedens hat er am 2. Juli 1917 in der von dem Juden und Organisator „der Kriegswirtschaft" Walter Rathenau gegründeten „Deutschen Gesellschaft 1914" zu Berlin einen Vortrag über „Unsere Finanzen nach dem Kriege" gehalten, der später als Schrift erschien. Zugleich hat er im freisinnigen „Berliner Tageblatt" vom 31. August 1917 seine Gedankengänge in einem Artikel wiedergegeben. Der Zweck seiner Ausführungen war es, nachzuweisen, daß wir keine Kriegsentschädigung brauchten. Im ganzen hatte nach ihm das Volk mit einer jährlichen Gesamtbelastung von rund 13 bis 15 Milliarden zu rechnen. Bereits 1917 also verkündete Kuczynski als Vorschlag für die Aufbringung dieser Milliarden folgenden bezeichnenden Satz:

> „Nach dem Kriege wird der Deutsche, selbst wenn die öffentlichen Schulden etwa durch eine einmalige Vermögensabgabe sofort um ein Drittel verringert werden, durchschnittlich ein Viertel seines Einkommens an Reich, Staat und Gemeinde zu zahlen haben!"

Er schlug zunächst eine einmalige Vermögensabgabe von 30 v. H. vor, falls die Kriegskosten 125 Milliarden betragen würden. Daneben vertrat er eine Vermögenszuwachssteuer von 10 v. H., eine Erbschaftssteuer und eine Einkommenssteuer von 6 bis 40 v. H. Es ist also wichtig, festzustellen, daß schon 1917 Scheidemann, Erzberger und Kuczynski einen Verzichtfrieden verkündeten, der ein völliges Aufsaugen des Vermögens durch Steuern mit sich bringen sollte und der Entente Berechnungen zur Aussaugung des deutschen Volkes an die Hand gab.

Der Landesverräter Kuczynski entpuppt sich

Nach dem Kriege lüftete dann Kuczynski völlig seine Maske. Er sprach in SPD.-Versammlungen und trat in Beziehungen zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei, gab eine „Finanzpolitische Korrespondenz" und eine „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz" heraus, die in der „Vorwärts"-Buchdruckerei in Berlin in deutscher und französischer Sprache erschien, und verlegte hier auch weitere Schriften. In seiner „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" schrieb z. B. 1923 der französische Abgeordnete Paul Reynaud, daß in Deutschland

> „in kaum einem Haus auch nur eine Fensterscheibe im Krieg zerbrochen worden ist".

Das wagte Kuczynski dem deutschen Volke vorzusetzen, ebenso wie die Behauptung des gleichen Franzosen, daß Deutschland noch nicht einen Franken für den Wiederaufbau erstattet habe. Dieses Hand-in-Hand-Spielen zeigte sich weiter darin, daß Kuczynski in seiner Schrift „Ein Ausweg“ den Gesetzesvorschlag zu einer Vermögensabgabe unterbreitete, der von dem genannten französischen Abgeordneten alsbald in Reden verwertet wurde. Ende Mai 1922 aber brachte es Kuczynski sogar fertig, in einer Pariser Volksversammlung über die Frage der Reparationen zu reden. Er gab dabei Frankreich den Rat, es solle doch

„eine Beteiligung an Deutschlands Sachwerten fordern, also eine Hingabe von Aktien deutscher Unternehmungen, von Hypotheken deutscher Häuser, deutscher Landgüter usw.“.

Dieser Rat, so erzählte er selbst, habe am 13. Juni 1922 in einer Versammlung des deutschen Friedenskartells in Berlin

„in allen Lagern — von den Linkssozialisten bis zum Bloc national — Freunde gefunden“.

Außerdem vertrat er in der Berliner Versammlung

„die Notwendigkeit einer Solidarität des internationalen Proletariats“

und sagte:

„Der deutsche Arbeiter sollte nie aus dem Auge verlieren, daß alle materiellen Opfer, die er nach Kriegsende der Entente hat bringen müssen, ein Kinderspiel sind gegenüber der Ausbeutung, die er durch deutsche Landwirte, deutsche Industrielle und deutsche Kaufleute erlitten hat . . . Die Parole darf also nicht lauten: Eine Einheitsfront von Deutschland gegen Frankreich, von Frankreich gegen Deutschland, sondern: Der deutsche Arbeiter mit dem französischen Arbeiter gegen den deutschen und den französischen Kapitalisten.“

Er behauptete damals noch, die französische Regierung wolle den Vorschlag einer Beteiligung an deutschen Sachwerten nicht annehmen. Poincaré aber hatte in Wahrheit diesen Vorschlag sofort aufgenommen, was umgehend eine maßlose Entwertung der deutschen Mark zur Folge hatte. Kuczynski forderte damals weiter, Deutschland könne, wenn seine Kapitalisten nur wollten, leicht weitere Millionen abführen

„für die schwer geprüften französischen Arbeiter“.

In einem fast in die gesamte sozialdemokratische Presse übergegangenen Aufsatz „Radikale Lösung“ forderte er sogar schon 1921 für die Dauer der Reparationsverpflichtungen die Enteignung des gesamten Privatvermögens und die Einsetzung des Staates

zum Universalerben aller seiner Bürger. Alle inländischen Schuldverpflichtungen sollten annulliert, die damals gültigen Geldzeichen außer Kurs gesetzt, Grund und Boden, Fabriken, Häuser usw. in das Eigentum des Reiches überführt werden. 1923 nannte er in einem Artikel der kommunistischen „Weltbühne" einen französischen Vorschlag, der Deutschland in den nächsten 2 Jahren die Leistung von 4 Milliarden Goldmark zumutete, ein 2jähriges „Moratorium" und warnte an dieser Stelle, den Vorschlag Poincarés zu ignorieren wie seinerzeit leider die 14 Punkte Wilsons (!!). 1924 schließlich lieferte der gleiche saubere Herr dem sozialdemokratischen „Vorwärts" Material, womit er die Zahlenbeweise der „Berliner Börsen-Zeitung" diskreditierte, die dem Ausland einen Begriff von den ungeheuren Lasten des Versailler Diktates beizubringen suchte. Er gab diesem neuen Dolchstoß die Überschrift „Mehr Ehrlichkeit". Die angegriffene Zeitung schrieb damals mit Recht einen Satz, der das Problem der Person dieses Schweinemörders auf einen Nenner bringt:

> „Die Hochverratsgesetze reichen leider nicht. Wir brauchen ein Gesetz gegen die leichtfertige Verletzung vaterländischer Interessen."

Das ist „Herr" Kuczynski.

Der Halbjude Sering

Die Persönlichkeit von Geheimrat Professor Dr. Max Sering als Nationalökonom und Agrarpolitiker der Universität Berlin ist zur Genüge bekannt. Seit einigen Jahren ist er emeritiert, und heute lebt er 79jährig (geb. 18. Januar 1857) in Berlin im Ruhestand. Daß Sering sich ebenfalls für den Schweinemord ausgesprochen hat, geht aus dem schon genannten Vortrag hervor, den er während des Lehrkursus für Redner im Abgeordnetenhaus hielt. Nach dem Bericht der damals alldeutschen „Deutschen Zeitung" vom 4. Februar 1915 führte er dabei u. a. aus:

> „Sollen die reichlich genug vorhandenen Kartoffelvorräte bis zur nächsten Ernte reichen, so werden drei Viertel der in Deutschland vorhandenen Schweine eingeschlachtet werden müssen, also etwa 16 Millionen Tiere. Diese Schlachtung muß rasch erfolgen, damit nicht in der Zwischenzeit allzu viel Kartoffeln verbraucht werden."

Sering hat diese Äußerungen, als die ganze Sache schief gegangen war, vergeblich zu bestreiten gesucht. Nach einem Artikel der „Täglichen Rundschau" stieß er sogar schon am 6. Oktober 1914 in der gleichen Richtung vor:

> „Die Schweinebestände sind nicht zu halten, ist doch unsere Schweinefleischproduktion zu einem Viertel bis einem Drittel ein Veredelungsgewerbe geworden, das auf der Zufuhr russischer Futtergerste beruhte. Es trägt auch wenig auf, wenn

die Bestände erheblich gelichtet werden. Sie sind ungewöhnlich groß."

Im gleichen Artikel zitierte er übrigens den schon mehrfach erwähnten Physiologen Rubner, zu dem er also schon damals Beziehungen besaß. In der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses vom 23. Juni 1915 nahm übrigens der Abgeordnete Dr. Hoesch Bezug auf die Berechnungen verschiedener Wissenschaftler betreffend Kartoffelvorräte und sagte dabei wörtlich:

„So hat es geschehen können, daß zwei Maßregeln ergriffen worden sind, die nicht zum Segen des Ganzen ausschlugen, nämlich eine zu weitgehende Sicherstellung der vorhandenen Kartoffelvorräte für den Konsum und eine zu weitgehende Abschlachtung unserer Schweinebestände."

Die geheimen Denkschriften Serings

Diese Bemerkung veranlaßte Professor Sering zu einem Artikel in der freisinnigen „Vossischen Zeitung" vom 1. Juli 1915 „Professoren und Nahrungspolitik", in dem er zu der Frage der Denkschriften selbst Stellung nahm und ausführte:

„Die Bemerkung (von Dr. Hoesch, d. Verf.) zielt auf eine vertrauliche Eingabe ab, die ich in Gemeinschaft mit einem anderen Nationalökonomen, zwei Physiologen und drei Landwirten unterm 1. März d. J. den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses vorgelegt habe."

Sering erwähnt in dem Artikel weiter eine „ältere Eingabe" und gibt zu,

„unter dem 13. März in einer ausführlichen Denkschrift den Behörden und allen damals in Berlin vorhandenen Reichstagsabgeordneten"

eine Prüfung eingereicht zu haben, die der

„Unsicherheit aller Unterlagen für unsere Ernährungspolitik im Kriege"

zum Opfer gefallen sei. Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß Sering in erster Linie mit für den Schweinemord verantwortlich zu machen ist. Die Denkschrift, die Sering am 13. März 1915 einreichte, zeigte folgende Unterschriften: Sering, Ballod, Zuntz, Rubner, Lemmermann, Lehmann, von Rümker.

Sering, Moltke und Bethmann-Hollweg

Schon im Januar 1915 war übrigens Sering, wie schon im Kapitel 2 erwähnt, an den Generaloberst von Moltke herangetreten, um ihn für den Schweinemord zu bearbeiten und um durch ihn auf den Reichskanzler Bethmann-Hollweg einzuwirken. Moltke schreibt in einem Brief vom 10. Januar 1915

an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg („Erinnerungen, Briefe und Dokumente“, Stuttgart 1922, S. 399 und folgende) unter anderem:

„Ich bin in betreff der Nahrungsversorgung unseres Volkes mit den verschiedensten Autoritäten: Geheimrat Sering, Professor Eltzbacher, Professor Ballod u. a. in Verbindung getreten, außerdem sind zu mir gekommen, ohne gerufen zu sein: Herr von Wangenheim, Klein-Spiegel, ferner Vertreter der Großindustrie, Herr Stinnes, Mühlheim, Geheimrat Hugenberg, Essen, sowie viele Private, alle von der gleichen Sorge um das Land getrieben.

Wenn nicht sofort, und zwar mit rücksichtsloser Energie eingegriffen wird, werden wir, nach Ansicht aller, einer Katastrophe entgegengehen. — Die in der Anlage beigefügten Richtlinien sind das Ergebnis des gemeinsamen Urteils aller Herren, mit denen ich gesprochen habe.“

Aus den „beigefügten Richtlinien“ aber geht, wie das bereits im Kapitel 2 angeführte Zitat beweist, einwandfrei hervor, daß es sich um den Schweinemord handelte.

Auch Sering gibt zu, daß er mehrfach mit Moltke über diese Dinge gesprochen hat. Er schreibt nämlich in einem Brief vom 6. August 1918 (Moltke, Erinnerungen, a. a. O., S. 404):

„Der von mir hochverehrte Mann hat mich mehrfach zu Beratungen über diesen Gegenstand herangezogen, und es erscheint mir als ein Gebot der Gerechtigkeit und historischen Wahrheit, sein Verdienst der Vergessenheit zu entziehen. Wir haben es nach meiner Überzeugung nur seinem entschlossenen und wie immer selbstlosen Eintreten zu verdanken, daß nicht schon im ersten Jahre des Krieges eine Hungersnot ausbrach.“

Die jüdische Abstammung Serings

Wie bei vielen anderen „Schweinemördern“ ist bekanntlich auch bei Sering jüdisches Blut festgestellt worden. Das Blut seiner jüdischen Mutter Florentine Friedländer[1] äußerte sich dann noch einmal, als er in einer Denkschrift 1934 gegen das Erbhofgesetz auftrat. Erwähnenswert erscheint noch, daß er der konservativen Partei nahestand, was ihn nicht hinderte, Vorträge im nationalliberalen „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ zu halten, in dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften und Männer wie Giesberts und Stegerwald saßen. Soviel über Sering und den Schweinemord.

---

[1] Florentine Friedländer, geb. 1825 in Fillehne, getauft erst 1853 in Berlin, ist die Tochter des jüdischen Lehrers Abraham Salomon Friedländer.

Der jüdische Physiologe Zuntz bläst ins gleiche Horn

Daß Professor Dr. Nathan Zuntz ebenfalls zu den Propagandisten des Schweinemords gehört hat, wurde im Zusammenhang mit dem Lehrkursus im Preußischen Abgeordnetenhaus bereits erwiesen. Sogar schon am 8. Dezember 1914 trat Zuntz auf der Sitzung des Vereinsausschusses der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg zu Berlin im Landeshause für den Schweinemord ein. In seinem Vortrag „Fütterungsfragen" sagte er dort u. a.:

„Die erste Maßnahme, die wir treffen müssen, ist die Reduktion unseres Viehbestandes. Wenn wir nun fragen, welche Gruppe von Tieren am meisten zu reduzieren sind (!), so kann es kein Zweifel sein, daß es die Schweine sind, weil sie erstens am meisten Nahrungskonkurrenten des Menschen sind, weil wir, ohne auch für den Menschen geeignete Nahrungsmittel zu verfüttern, eine Schweinemast in so großem Umfange wie bisher nicht durchführen können... Deshalb müssen wir vor allem den Schweinebestand vermindern. Ich möchte keine Zahlen nennen, in welchem Maße. Ich möchte nur erwähnen, daß aus den Untersuchungen, die ich in Gemeinschaft mit mehreren Kollegen und unter Mitwirkung der ausgezeichneten Statistiker, der Herren Ballod und Kuczynski, durchgeführt habe, hervorgeht, daß wir nach der Menge der fehlenden Stoffe etwa 8—9 Millionen Schweine weniger in Deutschland werden aufmästen können, und daß es außerdem wohl noch nötig sein wird, die Milchproduktion um vielleicht 10 v. H. des bisherigen Wertes einzuschränken."

Diese Forderung unterbaute Zuntz des weiteren in seinem Vortrag. Daß man gerade auf dieser Sitzung die Forderung nach einer Schweineabschlachtung stellte, aus dem Glauben heraus, daß der Krieg lange dauern würde, werden wir weiter unten sehen. Auch an anderen Stellen sprach Zuntz im gleichen Sinne. So im April 1915 auf dem Kriegsärztlichen Abend, auf dem nach einem Bericht der freisinnigen „Vossischen Zeitung" vom 28. April 1915 Professor Zuntz sich darüber beklagte, daß sein Vorschlag zwecks Abschlachtung der Schweine nicht befolgt worden wäre (???). Zuntz stand in engster Verbindung mit Kuczynski, mit dem zusammen er in Mayrs Allgemeinem Statistischen Archiv 1915 eine Arbeit über „Deutschlands Nahrungs- und Futtermittel" schrieb und mit dem zusammen er eine Schrift herausgab über „Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Kriege". Auch die Arbeit im Statistischen Archiv gipfelte in der Forderung von Zuntz-Kuczynski:

„Es ergibt sich die Notwendigkeit einer erheblichen Einschränkung unseres Viehbestandes bei längerer Dauer."

Die zweite Arbeit über „Unsere bisherige und künftige Ernährung im Kriege“ diente den gleichen Zwecken. Es ist interessant, daß eine Besprechung im Statistischen Archiv 1915 warnend bemerkte, daß

„die von Kuczynski und Zuntz betätigte Kritik an einzelnen Wirkungen der getroffenen Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiet der Volksernährung im Auslande zu herabsetzenden Urteilen über die Erfolge der deutschen Verwaltung auf diesem Gebiet führen und dort die Hoffnung auf die endliche Aushungerung Deutschlands verstärken“

könnte.

Zuntz „verscharrt“ Schweine

Auch mit der mehrfach genannten Frau Hedwig Heyl verfaßte Zuntz gemeinsam eine Flugschrift: „Die fettarme Küche.“ Es muß hier festgehalten werden, daß der schon erwähnte groteske Vorschlag, man solle unter Umständen die überflüssigen Schweine totschlagen und verscharren, von Zuntz stammte, wie Sanitätsrat Dr. Stille („Deutsch-Völkische Blätter“ vom 2. Juni 1915) unwidersprochen feststellte. Am 23. Februar 1917 hielt Zuntz einen Vortrag im Lehrgang für praktische Landwirte und Verwaltungsbeamte an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin, den er unter dem Titel „Gesichtspunkte zur Anpassung des Landwirtes an die Kriegslage“ herausgab. Selbst 1917 trat er danach erneut für weitere Schweineabschlachtung ein und sagte hier z. B.:

„Die Zweckmäßigkeit der Anpassung des Viehbestandes an die zur Mästung verfügbaren Futtermengen gilt in noch höherem Maße für die Schweinehaltung und kann ja um so sorgloser durchgeführt werden, als wir ja in sehr kurzer Zeit imstande sind, ein Defizit von Schweinen durch Nachzucht auszugleichen.“

Zuntz' Abstammung und Lebenslauf

Über das Leben von Zuntz, der ebenfalls jüdischer Herkunft war, ist kurz noch folgendes anzugeben: Am 6. Oktober 1847 in Bonn geboren, studierte er Medizin (!) und habilitierte sich 1871 für das Fach der Physiologie an der Universität Bonn. Bereits mit 27 Jahren wurde er zum außerordentlichen Universitätsprofessor und zum Prosektor der Anatomie ernannt, übte aber gleichzeitig eine ärztliche Praxis aus. Nachdem er einige Jahre an der landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf einen Lehrstuhl für Physiologie innegehabt hatte, folgte Zuntz im Jahre 1888 einem Ruf als ordentlicher Professor an die neu gegründete Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, der er bis zu seinem Tode am 12. März 1922 (75jährig) angehörte. Hier war ihm zugleich das Physiologische Institut der Berliner Tierärztlichen Hochschule unterstellt. Im allgemeinen haben ihm seine

Arbeiten über Muskeltätigkeit und die Entwicklung klimatischer Faktoren auf den Organismus, seine Beschäftigung mit der Bedeutung des Sportes sowie die Wirkung des Hochgebirges und heißer wie kalter Klimata auf den Organismus, sein Studium der Einflüsse der Temperatur, der Feuchtigkeit, des Luftdruckes und der Beleuchtung keine Berechtigung verschafft, sich in die wichtige Frage der Schweineabschlachtung einzuschalten. Auch das von ihm entdeckte Verfahren durch Zusatz von Hornsubstanz zur Nahrung sowohl die Wollproduktion der Schafe als auch das Wachstum der Menschenhaare zu steigern, hat kaum seine besondere landwirtschaftliche Befähigung erwiesen. Seine Artikel erschienen vor allem in der freisinnigen „Vossischen Zeitung“ der Juden Ullstein. Erwähnenswert ist aber außerdem, daß der Inhaber des Lehrstuhls für „Tierphysiologie“ zu den Lebensmittelverhandlungen mit der Entente 1919/20 von der deutschen Regierung als Sachverständiger befragt wurde. Der „Fachmann“ Zuntz mußte mangels fachlicher Ausbildung in Schweinefragen versagen und wurde deshalb auch nur zum Nachbeter, als Jude aber aus berechnender Konjunktur.

Rubner und sein Lebenslauf

Der schon genannte Professor Dr. Max Rubner ist geboren am 2. Juni 1854 zu München. Er studierte Medizin und wurde 1891 als Ordinarius für Hygiene an die Berliner Universität berufen. Später wurde er Geheimer Medizinalrat und übernahm den Lehrstuhl für Physiologie an der gleichen Universität, nachdem er wahrscheinlich als Nachfolger auf dem Lehrstuhl des weltberühmten Bakteriologen und Hygienikers Koch vor der wissenschaftlichen Welt nicht bestehen konnte, wie spätere Urteile von Stille, Hinthede und Claaßen beweisen werden. Seit 1919 war er ständiger Sekretär der Mathematisch-Physikalischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften und stellvertretender Vorsitzender des Reichsgesundheitsrates. Er war außerdem Direktor des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie“.

Rubner in seinen Vorschlägen nur Nachbeter Eltzbachers

Außer den schon angeführten Stellen, die seine Teilnahme am Schweinemord beweisen, kann hier auf seinen Vortrag in der Aula der Technischen Hochschule zu Dresden am 3. März 1915 verwiesen werden, in dem er u. a. nach einem Bericht der freikonservativen „Dresdner Nachrichten“ vom 4. März 1915 ausführte:

„Es sei dringend notwendig, alle Schweine abzuschlachten, soweit sie nicht von Abfallstoffen ernährt werden können. Es sei ein verhängnisvoller Fehler gewesen, daß die Regierung sich nicht von Anfang an zu solchen Maßnahmen hatte ent-

schließen können. Bereits im August (!!) seien wohlüberlegte Vorschläge in dieser Richtung gemacht worden."

Es heißt dann weiter:

„Zum Schluß seines Vortrags betonte Geh. Rat Rubner nochmals ausdrücklich, daß wir in der Lage seien, die nächste Ernte zu erreichen. Dabei sei aber Voraussetzung, daß die Regierung die Schweine abschlachten lasse."

Einen Artikel „Tierfutterbereitung" begann Rubner folgendermaßen:

„Zum Schutz der Nahrungsvorräte des Menschen wird gegenwärtig jener Anteil der Schweine abgeschlachtet, welcher nur mit Nahrungsmitteln durchzuhalten wäre, die für Menschen selbst verwertet werden können; bei der Aufzucht von Schweinen erhalten wir im Fleisch und Speck nur zwischen einem Drittel bis höchstens der Hälfte des verfütterten Materials wieder."

Im Jahre 1916 gab Rubner eine Schrift heraus „Deutschlands Volksernährung im Kriege", in der er auf die Frage der Schweineabschlachtung näher einging. Auch er gab natürlich zu, daß die Vorschläge zur Schweineabschlachtung

„mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines lange dauernden Krieges"

gemacht wurden. Er schrieb hier weiter:

„Alle Sachverständigen waren sich darüber einig, daß der volle Tierbestand trotz aller Hilfsmittel unter keinen Umständen dauernd zu erhalten war. Es blieb voraussichtlich kein anderer Ausweg, als unter Wahrung der Zuchttiere (was nicht geschah, d. Verf.) den Viehbestand so weit zu kürzen, daß er keinen für die Menschen brauchbaren und erforderlichen Nährstoff verbraucht... Logischerweise mußte die nötige Reduktion des Tierbestandes also bei jenem Teil des Schweinebestandes vorgenommen werden, der bisher nur mit ausländischem Mastfutter erhalten war (was aber nicht geschah, d. Verf.) und auch im Frieden reichlich mit Nahrungsmitteln, die auch für den Menschen verwendbar sind, ernährt wurde... Der hohe Schweinebestand, der zur Kartoffelknappheit zu führen drohte, wurde vermindert, so kam man mit einem kleinen Kartoffelüberschuß zur neuen Ernte... Ende März und April begannen plötzlich Massenschlachtungen des Viehs, dann bald darauf der empfindliche Fleischmangel, der durch den Umfang, mit der (!) er auf die Städte hereinbrach, überraschte. Die Minderung des Fleischverbrauchs betrug in einzelnen Großstädten vorübergehend neun Zehntel des Bedarfs pro Kopf der Bevölkerung."

Trotzdem R u b n e r also diesen Fleischmangel und unangenehmste Preistreibereien zugeben mußte, hatte er die Stirn, zu behaupten:

„Mit der Verringerung des Schweinebestandes 1915 hat aber diese Erscheinung nichts zu tun."

Wie weltfremd R u b n e r zumindest gewesen sein muß, besagte ein anderer Satz in diesem Buch, in dem er sich 1916 dahin äußerte:

„Ich glaube zwar nicht, daß tatsächlich sehr weite Kreise erheblich gelitten haben, oder daß man allgemein von einer großstädtischen Unterernährung sprechen kann."

Daß zwar an den Folgen der Blockade der Feinde, des Schweinemordes und sonstiger jüdischer Ernährungssabotage bis 1920 750 000 Deutsche verhungerten, konnte Rubner damals noch nicht wissen, ist aber eine Ohrfeige auf seine Äußerung.

Rubner verteidigt den Schweinemord und spricht gegen jeden Fleischgenuß

Auf einer Hauptversammlung der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" am 29. April 1916, also nach dem 1. Schweinemord, sagte Rubner in seinem Vortrag „Deutschlands Volksernährung währen der Kriegszeit" u. a.:

„Im Februar und März 1915 folgten der Kartoffelknappheit die ersten Anläufe zur Preistreiberei; nachdem der Schweinebestand vermindert war, erreichte man mit geringen Kartoffelüberschüssen eben noch die neue Ernte... Die Menschen können, wenn es sein muß, auch ohne Brot leben... Es hätte von vornherein klar sein müssen, daß mit den vorhandenen Nahrungsmitteln der Viehbestand nicht so weit durchgehalten werden konnte, daß alle Tiere die neue Futterperiode erreichten. Nicht nur das Getreide, sondern wahrscheinlich ein erheblicher Teil der Kartoffeln und anderer Nahrungsmittel sind größtenteils nutzlos an die Tiere verfüttert worden."

Auf der gleichen Hauptversammlung sagte dann Rubner noch:

„Vom physiologischen Standpunkt aus betrachtet, ergibt sich, daß das deutsche Volk in der Kriegszeit zweifellos an Gewicht abgenommen hat. Jedenfalls aber ist die Nahrungsmittelmenge, die vorhanden ist, genügend für das bis zum Überdruß gebrauchte Wort durchhalten."

In dem gleichen Vortrag stimmte Rubner der Ansicht des Geheimrats T h i e l zu,

„daß durch die Erhaltung eines zu großen Viehbestandes ein erheblicher Teil von Kartoffeln und anderen Futtermitteln nutzlos geopfert worden ist".

Mit Genugtuung zitierte das „Berliner Tageblatt“ vom 30. April 1916:

„Er wagte auch, einmal die ewigen Klagen über das Hamstern auf ihren in Wahrheit minimalen Wert zurückzuführen“ und sprach von einer

„Hochspannung des Mißtrauens der Konsumenten“.

In einer jüdisch anmutenden Weise berechnete Rubner in seiner Rede auf der Jahrestagung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen in Leipzig im Juni 1916, daß eine Frau, die 4 Stunden wegen 100 g Butter anstünde, im ganzen 44 g heimbringe. Er fügte hinzu,

„daß diese Frau, wenn sie, statt 4 Stunden vor dem Butterladen zu stehen, 6 Stunden im Bett geblieben wäre, Fett eingespart hätte, weil beim Ruhen der Stoffwechsel besonders gering sei“.

Ähnlich jüdisch witzelnd sagte er in seiner Rede auf dem Kriegsärztlichen Abend:

„Nicht so wichtig ist die Fleischzufuhr. Das bißchen Fleisch, was wir jetzt mit Karte erhalten, könnten wir wohl recht gut entbehren.“

Rubner und die Entente. Geänderte Ansichten

Rubner war schließlich auch Mitglied der Lebensmittel-Verhandlungskommission 1919/20 in Brüssel nach dem Krieg. Hier war bekanntlich auch Zuntz zugezogen, also wieder zwei Schweinemörder Hand in Hand. In einer Unterredung, die er dem Vertreter der „Berliner Neuen Zeitung“ gewährte, erklärte er, daß uns Getreide, aber kein Fleisch von der Entente bewilligt worden sei, und fügte hinzu:

„Allen denen, die daraufhin den Fleischtopf in weite Ferne gleiten sehen, sei aber zum Trost gesagt, daß mit der aus dem Brot entfernten Kleie und Kartoffeln unsere Schweine in einigen Monaten so schön und rund aufgefüttert werden könnten, daß die Getreidezufuhr auch einer indirekten Fleischzufuhr gleichkommt. Am allerfreudigsten begrüßen wir die an uns gelangenden Fettmengen. Sie werden in amerikanischem Schmalz und Speck bestehen.“

Auch nach einem anderen Vortrag, den Rubner 1920 hielt, hatte er seine Anschauungen gegenüber 1915 und 1916 wesentlich geändert. Er betonte hier nämlich u. a., daß die Kriegszumessung an Lebensmitteln nicht ausreichte, um die Bevölkerung zu erhalten, und sprach sich jetzt gegen eine Herabsetzung des deutschen Nutzviehbestandes aus. Das nennt man dann „objektive Wissenschaft“, nachdem man 1916 das Gegenteil behauptete.

Eine große Anzahl von Fachleuten ist gegen Rubner aufgetreten. So fand ein Artikel, den Rubner am 1. Oktober 1914 in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichte, eine außerordentlich scharfe Erwiderung durch einen Sanitätsrat Dr. Stille, der in den „Deutsch-Völkischen Blättern“ vom 2. Juni 1915 unter dem Titel „Ein Professor als Volksberater“ die Auffassungen Rubners „optimistisch“ nannte und behauptete, daß Rubners Aufsatz

Rubner im Urteil seiner Kollegen

„förmlich von falschen Behauptungen strotzte“.

Dr. Stille schloß seine Ausführungen mit folgenden bezeichnenden Sätzen:

„Welche verkehrten Ansichten der Herr Professor der Physiologie über Volksernährungsfragen hat, würde von geringem Belang sein, wenn dieser Herr nicht so oft und laut seine Stimme erhöbe an Stellen, von denen sie weithin nach oben und unten vernommen wird, und wenn man nicht annehmen müßte, daß die Regierung durch diese Äußerungen beeinflußt worden ist. Der von uns nach einigen Richtungen hin etwas näher beleuchtete Aufsatz Rubners in der ‚Deutschen Medizinischen Wochenschrift‘ müßte eigentlich genügen, um zu beweisen, daß dieser Mann nicht berufen ist, als Berater unseres Volkes zu wirken!“

Ferner erteilte der dänische Arzt M. Hinthede in seinem Buch „Moderne Ernährung“ (über das sich im übrigen sehr streiten läßt) dem Geheimrat Rubner eine gründliche Abfuhr. Auch ein Dr. Walter Claaßen ließ sich in der Zeitschrift „Reichslandbund“ vom 30. Januar 1926 über Rubners Arbeiten zur Ernährung vernichtend aus, indem er schrieb:

„Diese Schriften zeigen, wie wenig begründeten Anspruch der Geheimrat Rubner auf Autorität hat. In diesen Schriften spielen Gesichtspunkte eine hervorragende Rolle, die mit dem speziellen Fache Rubners eigentlich gar nichts zu tun haben. Auch in seinen Schriften spielt der Instinkt eine größere Rolle als Wissenschaft und Erfahrung.“

Dr. Claaßen bewies übrigens in dem gleichen Aufsatz, daß sich Rubner mehrfach widersprochen hat, und sagte:

„Alles in allem, dieser Mann, der den in bekannten Kreisen leider mit Erfolg gekrönten Anspruch auf unbestreitbare Autorität in Volksernährungsfragen macht, ist ein Experimentator, aber kein Denker. Es wäre wohl endlich am Platze, uns von Autoritäten, die die Begrenztheit ihres Könnens selbst so deutlich erwiesen haben, fernzuhalten.“

Kommentar ist hier überflüssig.

Rubners Beziehungen zum Reichsernährungsministerium

Rubner war nach dem Kriege Ordentliches Mitglied des Militärischen Senats der Reichswehr. Im Jahre 1930 gab er eine Schrift „Deutschlands Volksernährung“ heraus, die als Heft 9 in der Reihe „Die Volksernährung“, Veröffentlichungen aus dem Tätigkeitsbereich des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, erschien. Die Schrift wurde vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, unterm 14. Mai 1930 der Presse warm empfohlen. Vom Ministerium wurde zugleich ein empfehlender Waschzettel beigelegt, in dem von Rubners Schrift gesagt wurde, daß sie,

> „gestützt auf 50jährige Erfahrung, in kurzer klarer Weise zu allen zeitgemäßen Ernährungsfragen Stellung nimmt und erkennen läßt, was wirklich durch Wissenschaft und Erfahrung gesichert ist“.

Rubner behauptet hier u. a.:

> „Die Eßkultur der Römer verbreitete sich auch in Deutschland . . . Rasseunterschiede in der Ernährung sind nicht vorhanden.“

Im übrigen beweist diese Empfehlung, daß Rubner in der Systemzeit zum Ernährungsministerium in guten Beziehungen stand. Im Rahmen der genannten Schriftenreihe schrieb auch Kuczynski über „Deutschlands Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln“ (Heft 7, 4 Teile). Schließlich wurde auch das Heft 5: „Die Verwertung des Roggens in ernährungsphysiologischer und landwirtschaftlicher Hinsicht“ von Rubner selbst 1925 herausgegeben.

Rubners Ruf

Zum Tode Rubners im Jahre 1932 schrieb der Scherl-Bilderdienst unter der Überschrift:

> „Professor Max Rubner — ein Großer der Wissenschaft gestorben“

folgendes:

> „. . . Rubners Studien über Volksernährung sind während der Kriegs- und Nachkriegszeit geradezu grundlegend für die Beschreitung neuer Wege auf diesem Gebiet gewesen . . . Mit Rubner verliert die deutsche Wissenschaft einen ihrer markantesten und bedeutendsten Köpfe.“

Wobei man sich erlauben kann, auf Grund der zitierten Fachleute anderer Meinung zu sein, denn, um nochmal mit Scherls Bilderdienst zu reden, ein Mann, der

> „. . . Arbeiten über die Hygiene der Kleidung, deren Mängel und Auswüchse, die vielfach äußerst sarkastisch gehalten waren“,

schrieb und Arbeiten über

„. . . Wohnungsreform, Rauch- und Rußgehalt der Luft, klimatische Fragen, Wasserhygiene und Desinfektionsmethoden"

verfaßte, ist wahrlich nicht geeignet, über Schweineabschlachtungen zu schreiben, auch wenn es unter dem bekannten Deckmantel sogen. „Wissenschaftlichkeit" geschieht. Das war Herr Rubner.

Der „Arier" Ballod bestreitet einen „Schweinemord"

Unterschrieben hat die von Sering unter dem 13. März 1915 eingereichte Denkschrift, wie wir sahen, auch Professor Dr. Karl Ballod, damals Honorarprofessor an der Universität Berlin. Ballod, der am 20. Juni 1864 in Kokenhausen (Livland) als Sohn des Landwirts Michael Ballod und der Anna Ergle geboren ist (verheiratet war Ballod mit der Adele von Hugo, Tochter des Rentiers Karl Richard Strubell), soll arisch sein. Seine Handlungsweise während seines ganzen Lebens aber war rein jüdisch. Schon im Jahre 1916 fühlte sich Ballod veranlaßt, in den Jahrbüchern von Schmoller, dessen Schüler er war, einen Aufsatz „Die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands im 1. und 2. Kriegsjahre" zu veröffentlichen, in dem er in schärfster Weise Angriffe der agrarischen Presse gegen die Professoren wegen des Schweinemordes zu „widerlegen" suchte.

Er bestritt nachdrücklich eine

„gefahrdrohende Verringerung des Schweinebestandes",

gab aber zu, daß

„die Forderung der Abschlachtung eines Teiles des Schweinebestandes erhoben worden wäre, zumal Bedenken obwalteten, ob die Kartoffeln sonst für menschliche Ernährungszwecke ausreichen würden".

Daraufhin sei

„eine förmliche Hetzjagd gegen die Professoren, eine Legendenbildung um das brave, von den bösen Theoretikern hingemordete Borstentier"

entstanden. Vor allem die Vertreter der Landwirtschaft hätten aus eigennützigen Interessen in dieselbe Kerbe gehauen.

„So wurden denn", fährt Ballod fort, „die Theoretiker, Wissenschaftler und Professoren seit dem Frühjahr 1915 fast in der ganzen Tagespresse unausgesetzt totgeschlagen . . . Für das Verderben eines Teils der eingeschlachteten Schweinebestände die Wissenschaftler verantwortlich zu machen, war eine große Ungerechtigkeit."

Er stellte weiter die unwahre Behauptung auf:

„Im Deutschen Reiche dürften in den 4 entsprechenden Monaten des Kriegswinters 1914/15 nicht 8 (amtliche Zahl),

sondern nur 1,2 Millionen Schweine mehr geschlachtet worden sein als im Frieden."

Den Beleidigten spielen und dann noch zur Notlüge greifen, ist allerdings keine „wissenschaftlich-objektive" Verteidigung. Im übrigen aber hatte Ballod auch 1916 noch immer nichts zugelernt, denn er trat erneut für Schweineabschlachtungen ein:

„Die Schweinefleischproduktion wird sich erhöhen lassen, wenn erhebliche Futtergetreidemengen aus dem Ausland hereinkommen, sowie durch Abschlachtung eines Teils des Schweinebestandes... Verringert man den Schweinebestand auf die Hälfte, so lasse sich rund eine halbe Million Tonnen aus der Verringerung des Schweinekapitals gewinnen ... Immerhin dürften so unter Voraussetzung der Verringerung des Schweinebestandes auf die Hälfte, des Rinderbestandes um 10 bis 15 v. H. etwa 2500 Millionen kg Fleisch im Inlande aus inländischen Vorräten zu beschaffen sein, d. h. etwa zwei Drittel des Friedenskonsums. Mit zwei Drittel des im Frieden gewohnten Fleischkonsums läßt sich schließlich leben."

Daneben stellte Ballod für Deutschland politisch außerordentlich schädliche Berechnungen an, wonach das deutsche Heer

„ganz überwiegend von den Vorräten, insbesondere dem Viehbestande des Feindes gelebt hat".

Die Deckung des Bedarfs der Armee aus dem Feindesland berechnete er auf etwa 6 v. H. des Gesamtbedarfs unserer Volkswirtschaft an Brot- und Kartoffelverbrauch, und auf 12 bis 14 v. H. an Fleischkonsum. In diesem Zusammenhang schrieb er weiter den Satz:

„Zwar ist auch ein Teil von Ostpreußen verwüstet, die dortigen Viehbestände haben schwer gelitten, aber der Ausfall Ostpreußens ist durch die von uns requirierten belgischen, nordfranzösischen, polnischen Viehbestände um ein Mehrfaches überkompensiert."

Der Wunsch, den Ballod am Schluß dieser Abhandlung aussprach:

„Nach eingetretenem Frieden wird es eine unserer Hauptaufgaben sein, die fraglichen Zusammenhänge in ihrer ganzen Fülle und Wahrheit zu entschleiern",

geht ja nunmehr, allerdings erst 18 Jahre später, in Erfüllung.

Der frühere Theologe Ballod mit dem politischen Januskopf

Zur Erfüllung dieses Wunsches muß besonders auf das Verhalten Ballods nach dem Kriege näher eingegangen werden. Ballod trat zur unabhängigen sozialdemokratischen Partei über und schrieb vor allem im Organ der gleichen Partei, in der „Freiheit", deren Hauptschriftleiter er war. In einem dieser Artikel sagte er, daß er schon immer „sozialistisch gesinnt"

(30. April 1919) gewesen sei. Als Ballod später, im Jahre 1925, in Riga zum Dekan der Juristisch-Ökonomischen Fakultät ernannt wurde, stellte der „Baltische Pressedienst“ unwidersprochen fest:

„Herr Ballod ist bekanntlich ein Schüler Schmollers und war länger als ein Jahrzehnt Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamtes und Extraordinarius an der Berliner Universität. Durch all die Zeit hat er sich als konservativ gefärbte, fast agrarische Staatsstütze gegeben. Nach der Novemberrevolution stellte sich dann heraus, daß Herr Professor Ballod zeit seines Lebens dem Kommunismus nahegestanden hat.“

Schon im Jahre 1898 ließ er nämlich in einer Schrift, die er unter dem Pseudonym „Atlantikus“ herausgab, einen Blick in seinen kommunistischen Zukunftsstaat tun. 1919 gab er diese Schrift über die Produktionsbedingungen in einem sozialistischen Zukunftsstaat in breiterer Bearbeitung als zeitgemäßen Leitfaden für die marxistische „Staats“gründung neu heraus. Schließlich war Ballod unbesoldeter USPD.-Stadtrat in Berlin. 1919 wurde ausgerechnet ihm vom Berliner Magistrat die Leitung der Fettstelle Groß-Berlin und der Nährmittelabteilung übertragen, ebenso wie ihm sämtliche Brotversorgungskommissionen unterstellt wurden. Die Schrift über den Zukunftsstaat, zu deren erster Auflage der bekannte jüdisch-russische Marxist Kautsky nach Ballods eigenen späteren Mitteilungen ein

„empfehlendes, umfangreiches Vorwort“

schrieb, fand ausgerechnet in Pastor Naumanns freisinniger Zeitschrift „Die Hilfe“ und in der freisinnig-jüdischen „Frankfurter Zeitung“ günstige Besprechungen, während die Aufnahme in der marxistischen Tagespresse selbst

„eine niederschmetternde“

war. Da Ballod vorsichtshalber anonym geschrieben hatte, konnte er sich ungehindert im Dezember 1899 an der Universität Berlin habilitieren. Von Haus aus Theologe — 1893 bis 1895 war er protestantischer Geistlicher in Slatoust (Ural) — wählte Ballod anschließend die Nationalökonomie, die er u. a. bei Adolf Wagner und dem Halbjuden Sering studiert hatte. In bewußter Irreführung über seine wahre Gesinnung habilitierte er sich mit Arbeiten über die

„Lebensfähigkeit der ländlichen und städtischen Bevölkerung“

und über

„Die mittlere Lebensdauer in Stadt und Land“,

nachdem er nach seiner eigenen Aussage

„im Sommer 1898 in Erfahrung gebracht hatte, daß seine Habilitation als Privatdozent in Berlin nicht ungern gesehen würde“.

Die Habilitationsarbeiten, in denen Ballod auf die Überlegenheit der Landbevölkerung in gesundheitlicher und volkspolitischer Hinsicht und auf die Gefahren der Verstädterung hinwies, brachten ihn in den Ruf eines konservativen Politikers. Kein Wunder, daß er schon 1904 Dezernent im Preußischen Statistischen Landesamt werden konnte, daß er 1908/09 im Auftrage des Reichsschatzamts 2 Bände über fremde Finanzen herausgab, während er zur gleichen Zeit (1907) in einer, nur in russischer Sprache erschienenen Broschüre (!) weiter marxistische Gedanken im Sinne Kautskys vertrat. Auf Adolf Wagners Empfehlung, der ihn außerordentlich förderte, hielt Ballod 1915 und 1917 an der Berliner Universität große finanzpolitische Vorlesungen. Ja selbst ins Kriegsamt gelangte Ballod später als Referent für den U-Boot-Krieg, der gleiche Ballod also, der der anonyme Verfasser des marxistischen „Zukunftsstaates" war! Die ganze Einstellung des Verfassers mag ein einziger Satz aus dieser Schrift beleuchten:

> „Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit läßt sich bei zweckmäßiger Organisation in rationelle Großbetriebe um rund das Vierfache erhöhen."

Es sollte ein Netz von staatlichen Großgütern mit straffer Staatsverwaltung geschaffen werden, aber nicht nur da, wo bisher schon der Großbetrieb in Form des privaten Latifundienbesitzes herrschte, sondern auch dort, wo bisher der kleine Betrieb noch in Blüte stand. Wie er über die Frage des Kleinbetriebes dachte, bewies auch einer seiner Artikel in der unabhängigen „Freiheit", in dem er die Kleinsiedlungen bekämpfte. Die Schaffung von 400 000 neuen Kleinbauern sei keine Konzession an den Sozialismus, sondern eine solche an den Individualismus, vielleicht sogar an den Konservativismus, weil bisherige Proletarier dadurch zu Bauern würden und nun die Politik der Bauern mitmachten, ein typisch marxistischer Gedankengang.

„Der Zukunftsstaat", ein marxistisches Machwerk, schon 1898

In der mehrfach genannten Schrift „Der Zukunftsstaat", die auch in verschiedenen russischen Übersetzungen herauskam, meinte Ballod also

> „daß die kleinen landwirtschaftlichen Grundstücke bis zu 2 ha Fläche gar nicht verstaatlicht zu werden brauchten, sondern ihren Besitzern als Gartengrundstücke belassen werden können. Der Staat spart dadurch die unendlichen Scherereien mit 3 Millionen ‚antikollektivistischer' Bauernschädel und verliert doch nur eine Fläche von noch nicht 1½ Millionen ha. Auch den größeren Bauern müßten natürlich angemessene Gartengrundstücke bis zu 1 ja 2 ha Fläche belassen werden! 1 bis 2 Millionen ha Fläche würden da ausreichen. (Das gesamte übrige

Land soll zu staatlichen Großbetrieben mit den technisch vollkommensten Einrichtungen zusammengefaßt bzw. umgewandelt werden.)"

Aus der genannten Schrift Ballods müssen hier zur Beleuchtung der Person des Verfassers noch einige besonders bezeichnende Sätze festgehalten werden:

„Ich kann meine Gesamtauffassung dahin formulieren: In den wesentlichsten Punkten hat Marx recht behalten (S. 12) ... Man müßte die Bundesstaaten geradezu erfinden, wenn sie nicht bereits vorhanden wären (S. 128) . . . Die volle Sozialisierung der gesamten Produktion erst schafft die Sicherheit der Existenz für alle (S. 238) . . . Der sozialistische Staat hätte keinen Krieg zu führen brauchen (S. 3)."

Ballod 1916 gegen Ballod 1919

Während im allgemeinen alle Schweinemörder und Ballod selbst 1916 mit der Behauptung („mit zwei Drittel des im Frieden gewohnten Fleischkonsums läßt sich schließlich leben") operierten, daß der durchschnittliche Verbrauch des Deutschen an Fleisch usw. schon im Frieden zu hoch lag, sagte derselbe Ballod in seiner Schrift „Der Zukunftsstaat", allerdings erst in der nach dem Kriege (1919) herausgebrachten Auflage:

„Das Ziel der anzustrebenden Produktionssteigerung ist eine gute, um nicht zu sagen reichliche Ernährung des deutschen Volkes, die jedenfalls bei den wertvollsten tierischen Produkten Fleisch, Milch, Butter, Käse, Eier um etwa ein Drittel über den früheren Friedensverbrauch hinauszugehen hätte. Der Vorkriegsverbrauch war reichlich bloß bei den wohlhabenden Bevölkerungsschichten, die Ärmeren haben oft genug gedarbt und entbehrt."

Während man im Krieg von den Schweinemördern aus ganz genaue Berechnungen über den Verlust durch Tierfütterung ins Feld führte, sagt Ballod:

„Alle Schwierigkeiten und Fragen darüber, wieviel Eiweiß, Fett, Kohlehydrathe zur Produktion eines schlachtreifen Schweines von einem bestimmten Gewicht im Mittel erforderlich ist und wieviel von diesen Stoffen zur Aufzucht eines schlachtreifen zirka 3jährigen Ochsen von z. B. 15 Zentner gehört, sind noch nicht erledigt (S. 66)."

Die ganze Ballodsche Utopie aber wird in dem Satz deutlich:

„Der 8. Teil von dem Betrage, den uns der Weltkrieg gekostet hat, würde ausreichen, um Deutschland in ein Paradies umzuwandeln, dessen Bevölkerung keine Not, keine Nahrungssorgen mehr kennenzulernen brauchte, weil sie, unabhängig von der Gunst oder Ungunst des Auslandes, auf dem eigenen

Boden mehr als reichliche Nahrungsmengen mit einer auf ein Viertel reduzierten landwirtschaftlichen Arbeitsleistung erzeugen könnte (S. 125)."

Ballod als Landesverräter und Sowjetfreund

Ballod, der u. a. die Novemberrevolte eine

"siegreiche deutsche Revolution"

nannte (unabhängige „Freiheit", 20. März 1919), der ebenda den Weltkrieg als

„Kampf um Kränze blutigen Ruhms, um die Weltherrschaft für die deutschen Fürsten und Weltausbeutung für die deutschen Kapitalisten"

zu bezeichnen wagte und die Ansicht vertrat, daß die Weltkoalition gegen Deutschland

„durch die wahnsinnige Überhebung seiner Führenden hervorgerufen"

worden sei, schädigte auch in seinen sonstigen Theorien, die er in der „Freiheit" entwickelte, Deutschland, wo es nur ging. Von den Forderungen der Entente wurden einige von ihm als

„ohne Schwierigkeiten erfüllbar"

bezeichnet. Offensichtlich ganz bewußt, versuchte er zu seinem Teil unser Volk über die Schwere der uns auferlegten Bedingungen von Versailles hinwegzutäuschen, indem er u. a. den bezeichnenden Satz von sich gab:

„Für ein bürgerliches, individuelles, kapitalistisches Deutschland bedeutet dieser Friede den Tod ... Ganz anders steht ein sozialistisches Deutschland da."

Ballod entwickelte seine Theorie, wonach es einem „sozialistischen" Deutschland leicht gelingen müßte, der Entente alles zu liefern, was sie begehrte, und noch genug für sich zurückzubehalten. Der geforderte Bau von 200 000 t Schiffsraum für die Entente pro Jahr wurde von ihm als „Bagatellsache" dargestellt, indem er unsere Schiffserzeugung, die im Frieden noch keine 500 000 t pro Jahr betrug, in Gedanken auf 1 Million t pro Jahr steigerte. Die Kohlenlieferung an Frankreich von 7 Millionen t pro Jahr, die wir trotz des Verlustes des Saargebietes und Oberschlesiens leisten sollten, wurde von Ballod schmackhaft gemacht, indem er am Schreibtisch 2 bis 3 Millionen Pferdestärken aus den Wasserkräften Deutschlands „mobilisierte". Auch die Landwirtschaft brachte er in Gedanken zu so fabelhafter Produktivität, daß wir kein Körnchen Getreide mehr einzuführen brauchten, wobei ihm die Abgabe riesiger Landwirtschaftsflächen im Osten an Polen und die Auslieferung eines großen Teils unseres Viehbestandes an die Entente keine Kopfschmerzen machten. Ballod war übrigens

vom 3. Mai bis 12. Juli 1920 als „Sachverständiger“ für Finanzangelegenheiten Mitglied der Lettischen Friedenskonferenz 3 Monate in Moskau. Er schrieb nach seiner Moskauer Reise in der unabhängigen „Freiheit“ einen Artikel, in dem er darauf hinwies, daß die ausgearbeiteten grandiosen Projekte für eine rationelle Planwirtschaft den Kern zu einer künftigen wirtschaftlichen Blüte Sowjetrußlands in sich bergen. Seine probolschewistische Propaganda kam weiter in einem Artikel „Kann Räterußland Deutschland helfen?“ zum Ausdruck, den er schloß:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sowjetregierung einer rein sozialistischen Regierung in Deutschland den Vorzug in der Beziehung von Nahrungsmitteln einräumen würde, desgleichen betreffs Bezug von Flachs und anderen Rohstoffen.“

Auf Grund seines Aufenthaltes in Moskau schrieb Ballod übrigens auch eine selbständige Schrift „Sowjet-Rußland“ (1920), in der er sich im allgemeinen für die Rätediktatur begeisterte.

Ballod enthüllt

Aus seinen zahlreichen Artikeln ist hier noch einer zu erwähnen, den er ebenfalls in der unabhängigen „Freiheit“ am 30. April 1919 schrieb. Hier bekannte Ballod,

„daß sich allein unter den Mitgliedern der (am 5. Dezember 1918 auf Drängen der „Unabhängigen“ eingesetzten) Sozialisierungskommission[1] 4 unter dem alten Regiment zu Professoren ernannte, sozialistisch gesinnte Mitglieder befanden“,

darunter er selbst. Im gleichen Zusammenhang nannte er Professor Rubner den

„bedeutendsten lebenden deutschen Hygieniker“

und äußerte sich noch einmal in nachstehenden Sätzen über den Schweinemord, als er schrieb:

„Als der Krieg ausbrach, war es eine Anzahl von Nationalökonomen, Physiologen, Landwirtschaftswissenschaftlern, die sofort zur Beratung zusammentraten über die Frage, was mit Bezug auf die deutsche Volksernährung zu tun sei, wenn der Krieg länger dauerte. Diesen Professorenberatungen entsprangen eine Reihe von kleinen und größeren vertraulichen und nicht vertraulichen Denkschriften.“

Daneben hätten

„persönliche Vorstellungen an den leitenden Stellen“

[1] Prof. Ballod, Karl Kautsky (Jude), Walter Rathenau (Jude), Dr. Hilferding (Jude und Freimaurer), Professor Ernst Franke, Dr. Lederer (Jude?), Dr. Vogelstein (Jude), Heinrich Cunow und Otto Hue.

einen gewissen Erfolg gehabt. Ausdrücklich nannte Ballod auch seine Schrift „Die deutsche Ernährung im Kriege und Frieden“, das Buch von Eltzbacher und die Denkschrift von Zuntz-Kuczynski in Mayr's Allgemeinem Statistischen Archiv, 1915. Ballod fuhr fort:

> „In den genannten Denkschriften war u. a. unter Hinweis auf die große Futtermitteleinfuhr in dem Kriege die Einschränkung der Viehhaltung gefordert worden. Insbesondere war darauf hingewiesen, daß das Schwein in Bezug auf die Ernährung ein Konkurrent des Menschen sei, da es dieselben Nahrungsmittel, Getreide und Kartoffeln verzehre, die der Mensch direkt essen könne . . . Darob großes Wutgeheul in der agrarischen Presse, das sich zum Paroxysmus steigerte, als durch verfehlte Maßnahmen von Bürokraten beim Einkauf und Einlagerung von Fleisch einige tausend Zentner Schweinefleisch und im Frühjahr 1915 vielleicht ½ Million Tonnen Kartoffeln Verlust waren. Hochgeborene Grafen schwindelten von einer durch unwissende Professoren herbeigeführten Bartholomäusnacht der braven Borstentiere.“

Interessant in diesem Artikel ist schließlich noch das Eingeständnis Ballods:

> „Ältere Professoren der Nationalökonomie haben in Denkschriften aufs entschiedenste vor dem Bruch mit Amerika (durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg) gewarnt“

sowie das Zugeständnis Ballods in einem anderen Artikel der unabhängigen „Freiheit“ vom 16. Juni 1922, daß er gemeinsam mit Sering in den Kriegsjahren Seminarübungen abgehalten habe. Der Kreis der Schweinemörder schließt sich also immer wieder. Es sind immer wieder dieselben.

Ballod und die Juden

Ballod war auch Vorsitzender des „Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung“, in dem u. a. die Zentrumsabgeordneten Erzberger und Fehrenbach, die SPD.-Abgeordneten Noske und Cohen-Reuß (Jude) sowie der Demokrat Gothein saßen. In der Schriftenreihe des Komitees erschien als 2. Heft eine Arbeit Ballods „Palästina als jüdisches Ansiedlungsgebiet“. Hier sprach er u. a. davon, daß die einwandernden jüdischen Massen in der Türkei

> „beim Aufbau nach den Zerstörungen des Krieges das wichtigste Kulturelement vorstellen würden“.

Vor allem die intelligenten Kräfte des Judentums würden eine Menge „Kulturpioniere“ für den wirtschaftlichen Neubau der

Türkei abgeben. Man müßte einer jüdischen Kompanie allerdings das Recht auf Enteignung zu einem angemessenen Preise verleihen. (Offenbar, damit sie nachher um so mehr Bodenspekulation treiben kann!) Warum setzt sich, so fragt man sich, der „Arier" Ballod so für die Juden ein? War er vielleicht doch selbst einer von ihnen?

Die amerikanischen Professoren, die Hungerfolgen, Ebert und Kautsky

In der 4. Auflage seiner Schrift „Der Zukunftsstaat", die 1927 erschien und in der er seine Ansichten über Marxismus und Bolschewismus allerdings etwas revidiert hatte, machte Ballod schließlich noch eine Reihe interessanter Enthüllungen, die das Urteil auch über diesen Schweinemörder mehr als leicht werden lassen. Hier berichtet er u. a. davon (S. 30), daß um Weihnachten 1918 herum die bekannte amerikanische Lebensmittelverteilungskommission Verhandlungen mit deutschen Behördenvertretern ablehnte und statt dessen einige „Wissenschaftler" bezeichnete,

„die sie anzuhören bereit wäre".

Und siehe da, Herr Ballod gehörte zu ihnen. Sie

„fuhren denn auch Neujahr 1919 nach der Schweiz und fanden in den Amerikanern feingebildete, über die deutsche Fachliteratur genau unterrichtete Wissenschaftler, mit denen sich über eine großzügige Lebensmittelhilfsaktion für das hungernde Deutschland sehr wohl reden ließ".

Daß

„diese Hilfsaktion leider in den Anfängen steckenblieb",

wie Ballod zugeben mußte, war natürlich ebensowenig wie der Schweinemord eine Schuld der Professoren, sondern für diesmal hatte man in Erzberger den Sündenbock entdeckt. Aus der gleichen 4. Auflage (S. 31) geht übrigens auch hervor, daß fast die gleichen Professoren, die erst den Schweinemord propagiert hatten, im Juni 1917 der Regierung eine energische Denkschrift überreichten,

„in der 16 der angesehensten Physiologen und Hygieniker Deutschlands die Regierung auf die entsetzlichen Folgen des chronischen Hungerzustandes für Volk und Staat aufmerksam machten".

Mit Bedauern bemerkt Ballod:

„Diese Denkschrift wurde in die geheimsten Geheimschränke versenkt und den Wissenschaftlern Schweigen geboten, ein Schweigen, das bis heute nicht gebrochen worden ist."

Es ist darum anzunehmen, daß sie eine neue Sabotage des deutschen Durchhaltens darstellte und wahrscheinlich von den

gleichen „Schweinemordphysiologen“ und „Hygienikern“ verfaßt wurde, die sich 1915 nicht genug tun konnten, für die

„wissenschaftlich erwiesene gesundheitsfördernde Einschränkung vor allem des Fleisch- und Fettverbrauches“

Propaganda zu machen. So ändert eine „objektive Wissenschaft“ ihre Meinung. An derselben Stelle nennt Ballod übrigens die Rathenaumörder „halbverrückte Fanatiker“ (S. 33) und bezeichnet die Tatsache vom „Dolchstoß im Rücken“ (1918) als einen „Schwindel“ und eine „Lüge“, wie er auch alle Schuld der Sozialdemokraten am Zusammenbruch kräftig leugnet. In seiner Schwatzhaftigkeit verrät uns Ballod schließlich (S. 281) noch, daß er selbst im Jahre 1919 auf der Regierungsliste der unabhängigen Sozialdemokratie als Finanzminister stand, und daß er schon im November 1918 von dem russischen Juden und Marxisten Kautsky vergeblich dem „Volksbeauftragten“ Ebert als Reichsschatzsekretär empfohlen worden sei. Das Finanzprogramm, das Ballod durchführen wollte, hatte er 1917 in einer Broschüre „Unsere Finanzen nach dem Kriege“ entwickelt, die nach seiner eigenen Angabe mitten im Kriege

„in der amerikanischen Presse sehr günstig besprochen wurde“.

Kein Wunder, daß man ihn von Amerika für die Verhandlungen mit der Lebensmittelverteilungskommission anforderte! In dieser Schrift hatte er u. a. eine jährliche Schuldenbelastung Deutschlands mit rund 125 Milliarden nach dem Kriege errechnet, eine Zahl, die bei den Reparationsverhandlungen bekanntlich eine große Rolle spielte. Den sich daraus ergebenden jährlichen Zinsendienst von etwa 8 Milliarden wollte Ballod durch eine umfangreiche Monopolisierung (Bier, Branntwein, Tabak, Zucker, Tee, Kaffee, Kakao, Stickstoff, Kohle, Elektrizität, Brot, Fleisch, Schiffahrt und Versicherung) sowie durch hohe Vermögensteuern aufbringen. In der gleichen Schrift sprach er sich erneut für den Verständigungsfrieden aus, der

„unter Umständen praktischer als ein (deutscher) Sieger-Frieden“

sei! Gegen die Forderung, daß England eine hohe Kriegsentschädigung zahlen müsse, stellte Ballod den Satz:

„Der Boykott deutscher Waren ist doch dann selbstverständlich“,

ein versteckter Rat für die Engländer! Alles in allem beweist wohl das ganze Leben Ballods, der im Januar 1931 67jährig in Riga verstarb, daß er nicht nur die Hauptverantwortung am Schweinemord mitträgt, sondern daß er einer der übelsten Vaterlandsverräter war, dem kein Mittel schlecht und gehässig genug gewesen ist, Deutschland zu schädigen, wo er nur konnte.

Daß zu den Propagandisten des Schweinemords auch der Professor am Tierphysiologischen Institut der landwirtschaftlichen Hochschule Berlin Karl Oppenheimer, geboren am 21. Februar 1874 zu Berlin, gehörte, wurde bereits erwähnt. Auch Oppenheimer trat in verschiedenen Zeitungsartikeln dafür ein und schrieb u. a. in den nationalliberalen „Deutschen Nachrichten" vom 24. Januar 1915 über „Milchverwertung in Kriegszeiten" den Satz:

Der Jude Oppenheimer prophezeit langen Krieg. „Kartoffellegende" und Lebensmittelwucher

„Ohne daß wir irgendeinen Nahrungsmangel im allgemeinen bis zum Einbringen der nächsten Ernte zu befürchten haben, wird uns doch der Ausfall der bisher eingeführten Futtermittel aller Voraussicht nach dazu zwingen, einen großen Teil, etwa die Hälfte unseres Schweinebestandes, jetzt schon einzuschlachten."

In einer anderen Arbeit in der freisinnigen „Vossischen Zeitung" vom 21. November 1914 über die „Notwendigkeit der Fleischkonservierung" hatte Oppenheimer bereits geschrieben,

„daß bei längerer Dauer des Krieges gewisse Klassen von Nahrungsmitteln einer erheblichen Knappheit und damit Teuerung unterliegen werden,... daß wir einen Teil unseres Viehbestandes in möglichst kurzer Zeit opfern müssen . . . Sehr sorgfältige Überlegungen der Fachmänner haben nun ergeben, daß es aus verschiedenen nationalwirtschaftlichen und hygienischen Gründen wichtiger ist, den Bestand an Milchkühen möglichst zu schonen und um so energischer unter den Schweinen aufzuräumen. Man wird sich also entschließen müssen, rund die Hälfte unseres Bestandes einzuschlachten, und zwar sehr bald".

Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß Oppenheimer somit schon im November 1914 für den Schweinemord eintrat, und daß auch er ausdrücklich von einer

„längeren Dauer des Krieges"

sprach. Als sich dann bekanntlich herausstellte, daß die Prophezeiungen über eine geringe Kartoffelernte verfehlt waren, schrieb er im freisinnigen „Fränkischen Kurier" vom 11. August 1915 unter der Überschrift „Legendenbildung" einen Artikel, in dem er sich genau wie Ballod gegen gerechte Vorwürfe wehren zu müssen glaubte. Er sagte:

„Die neueste und eine der bedenklichsten ist die Kartoffellegende. In einem großen Teil der Presse wird die Sache jetzt so dargestellt, als ob man durch einen ganz unbegreiflichen Mangel an Verständnis und Voraussicht in den Kreisen der wissenschaftlichen Berater sowohl wie der Regierung dem deutschen Volke eine Kartoffelnot vorgetäuscht hätte."

Als Begründung für die nicht abzustreitende Höhe der Kartoffelernte führte er neben anderen „Beweisen“ den Satz an, der bei späteren Friedensverhandlungen gefährlich werden konnte:

„Endlich sind in dem vom Feind befreiten Teile Ostpreußens und in dem eroberten Teile von Nordpolen sehr große intakte Kartoffelmieten gefunden worden, die über den örtlichen Bedarf weit hinausgingen und zum Teil nach Westen gebracht wurden.“

Aus der sonstigen journalistischen Tätigkeit Oppenheimers ist eine Arbeit unter der Überschrift „Gefährliches Geschwätz“ erwähnenswert. Sie erschien bezeichnenderweise in der „Kriegskost“, einer Folge von Beiträgen zur Frage der Kriegsernährung, die im Verlag der Zentral-Einkaufs-G. m. b. H. herausgegeben und den Zeitungen als Material zur Verfügung gestellt wurde. Als Herausgeber zeichneten auch hier wieder recht bekannte Personen, wie: Eltzbacher, Rubner, Zuntz und ein Direktor H. Lübbert. In dieser Arbeit wandte sich Oppenheimer gegen das

„Geschwätz vom sogenannten Lebensmittelwucher“.

Diese Behauptung sei unberechtigt und wird als „verräterisches Treiben“ bezeichnet. Die Steigerung der Preise beruhe auf selbstverständlichen und klar auf der Hand liegenden Notwendigkeiten. Oppenheimers Verteidigung rief überall lebhafte Entrüstung hervor. Auch sie ist unseres Erachtens nur ein Beweis, wie das internationale Judentum sich gegenseitig in die Hand arbeitete. Sie befähigte ihn offenbar auch später zu seiner Stellung als Leiter der Abteilung Volksernährungsfragen der Zentraleinkaufsgesellschaft Berlin.

Der Marxist als Förderer des Großkapitals zur Vernichtung der Landwirtschaft

Auch Karl Oppenheimer[1] war jüdischer Herkunft und als Sohn des Rabbiners Julius Oppenheimer und einer Antonie Davidson ein Bruder des bekannten Nachkriegsagrarbolschewisten Professor Franz Oppenheimer. Ebenfalls jüdisch verheiratet mit Hedwig Troplowitz, zeigte er nach der Novemberrevolution sein wahres Gesicht und propagierte eine Agrarreform, die er z. B. in der freisinnig-jüdischen „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Juli 1928 unter dem Titel „Deutschlands Export nach Deutschland“ entwickelte. Hier findet sich der Satz:

„Es ist also Pflicht des mobilen Kapitals, die Lösung der Agrarkrise mit auf seine Schultern zu nehmen. Dann sind zwei Dinge nötig: 1. Das Problem zu entpolitisieren und die Wege zu seiner Lösung rein ökonomisch zu studieren; und 2. die als richtig erkannten Wege mit allen Mitteln und mit

[1] Nach seinem Geburtsregister heißt er Karl Nathan O.

Hilfe des internationalen Großkapitals (!!!) konsequent zu beschreiten."

Unter der Überschrift „Agrarreform" in der zentrümlichen „Kölnischen Volkszeitung" vom 27. Mai 1930 ließ er die Katze noch deutlicher aus dem Sack. Hier forderte er

„die Überführung des mittleren Gutsbetriebes in den modern organisierten, maschinell durchgeführten Typus der Getreidefabrik auf riesigen Flächen".

Der Staat sollte weiter versuchen, den Grund und Boden selbst in die Hand zu bekommen und ihn an große kapitalistische Organisationen weiterzugeben. Die Ablösung der persönlichen Eigentumsrechte sollte gegen Pfandbriefe erfolgen.

„Wenn dann der Staat auf diese Weise Riesenflächen Kulturbodens in die Hand bekommen hat und an gemischtwirtschaftliche oder rein kapitalistische Unternehmungen weitergibt, dann haben wir die Möglichkeit, nunmehr echte hypothekarische Kredite zur Modernisierung der Betriebe aufzunehmen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß für solche Pfandbriefe der internationale Markt offensteht."

Wie schon oben vertrat Oppenheimer also ganz offen die Auslieferung deutschen Grund und Bodens an das internationale Großkapital und fügte noch hinzu:

„Wir (gemeint sind wahrscheinlich die Juden, d. Verf.) haben an der durch die Kriegsernährung ad absurdum geführten These von der Selbstversorgung Deutschlands mit Getreide kein Interesse."

Mit anderen Worten: Deutschland sollte sich also im Falle der Absperrung seiner Grenzen nicht selbst ernähren können, damit die Juden um so mehr Handelsgeschäfte machen könnten und die Nahrungsversorgung Deutschlands in der Hand hätten. Der Artikel ging übrigens auch in die liberale „Neue Badische Landeszeitung" über und wurde im vaterländischen „Deutschen Vorwärts" vom 24. Juni 1930 schärfstens bekämpft. Auch in einem Heft des „Tagebuchs" trat Oppenheimer in dem Artikel „Wahre Osthilfe" für die gleichen Gedankengänge ein, so daß er im Zusammenhang mit seinem Bruder Franz Oppenheimer und Karl Ballod

„als waschechter Sozialist und Bolschewist"

bezeichnet wurde. In ähnlicher Weise schrieb er auch in anderen Zeitungen und sagte einmal, daß

„die vereinigte Kraft der Großindustrie und der Banken"

das Agrarproblem in seinem Sinne lösen könnte. Daß Oppen-

heimer weiter der Demokratischen Partei angehörte, unterstreicht nur, daß es sich hier um einen der üblichen Schweinemordjuden mit Konjunktur- und Bolschewisteneinschlag handelt.

Pfarrer Naumann hetzt gegen die Landwirtschaft und fördert die Sozialdemokratie und die Juden

In dieser Übersicht darf schließlich nicht der bekannte Demokrat und evangelische Pfarrer Friedrich Naumann, geboren am 25. März 1860 zu Störmtal bei Leipzig, fehlen, der kurz nach dem Erscheinen des Eltzbacher-Buches im freisinnigen „Berliner Tageblatt“ vom 23. Januar 1915 sofort eine Lanze für das Buch brach und dabei darauf hinwies,

„daß unsere Landwirte genötigt sein werden, ihren Viehbestand, besonders an Schweinen, sehr herabzusetzen, weil die Einfuhr von Futterstoffen fehlt. Es muß schnell geschlachtet, aber langsam gegessen werden“.

Von besonderer Wichtigkeit scheint, daß in dem gleichen „Berliner Tageblatt“ vom 3. Februar 1915 unwidersprochen gemeldet wurde, daß die schon erwähnten Lehrkurse für Redner über Volksernährung eine Idee Naumanns seien. Auf diesem Lehrkursus hat er sich auch entsprechend für den Schweinemord geäußert (siehe Kapitel über: „Propaganda für und gegen den Schweinemord“). Die Persönlichkeit dieses Mannes ist hinreichend bekannt, dennoch muß jener Satz von ihm aus seiner Zeitschrift „Die Hilfe“ vom 11. Februar 1915 besonders hervorgehoben werden:

„Die deutsche Sozialdemokratie ist eine der festesten Stützen der Vaterlandsverteidigung.“

In dieser Zeitschrift hetzte Naumann auch fleißig gegen die deutsche Landwirtschaft, die den Konsumenten

„etwa 1 Milliarde Mark mehr abgenommen habe als in normalen Jahren“.

Allein in den letzten Jahrzehnten

„seien der deutschen Landwirtschaft zahlreiche Milliarden Mark zugeflossen, die großenteils von den übrigen deutschen Volksgenossen getragen werden mußten“.

Von dem gleichen Naumann aber stammte der ebenso liberalistische Satz:

„Ich habe nie ein Hehl gemacht, daß in Sorge um das Vorhandensein der Bestände und um den Ankauf aus dem Auslande ich es für besser gehalten hätte, die Preise hochspielen zu lassen mit allem Risiko, mit aller Gefährdung und mit allem Wucher unter nötigem Zuschuß und Beihilfen für alle, die die Preise nicht zahlen können.“

In diesen zwiespältigen Worten zeigt sich ungefähr Naumanns ganze verschrobene und gefährliche Einstellung. Es ist unmöglich, auf seine ungezählten Artikel und seine Bücher näher einzugehen. Nur soviel sei gesagt, daß die Rolle, die Naumann während des Krieges als Reichstagsabgeordneter spielte, mehr als merkwürdig gewesen ist. Daß er ein Anhänger des Verzichtfriedens und der Friedensresolution von 1917 gewesen ist, kann nicht weiter wundernehmen. Ebensowenig kann man bei der engen Verquickung zwischen Judentum und Liberalismus darüber erstaunt sein, daß Naumann den Begründer und früheren Besitzer der „Frankfurter Zeitung", den Juden Löb Sonnemann, in allen Tonarten verherrlichte und ihn einen „Agenten des Deutschtums" nannte. Wie sehr sich gerade auch dieser „Schweinemörder" Naumann im Schlepptau des Judentums befunden hat, läßt eine ganze Anzahl von Belegen erkennen. So schwärmte der sog. „nationalsoziale" Herr Pfarrer in seiner Zeitschrift „Zeit" (1902, Nr. 3) den Juden etwas von ihren Rassegenossen in Algerien vor, wobei er schrieb:

„Ihre Frauen gehören zu den schönsten Menschen, die es auf der Erde geben mag, aber auch ihre Männer sind biegsame, tüchtige Gestalten . . . Einzelne blendend schöne Erscheinungen gibt es überall in der Welt, hier aber ist (!) Frau und Magd, Mutter und Tochter von derselben Art."

Noch interessantere Angaben über Naumanns Judenhörigkeit machte die zentrümliche „Germania". Sie berichtete im Jahre 1912, daß der Pastor Samuel Keller geäußert habe, die deutsche Presse sei zum größten Teil jüdisch oder stehe wenigstens unter jüdischem Geldeinfluß. Sein Kronzeuge, so sagte Keller, sei dafür sein früherer Amtsbruder Friedrich Naumann. Dieser habe ihm gesagt, wenn seine literarischen Unternehmungen Defizite einbrächten, wende er sich einfach an die Juden, von denen alles gedeckt werde (!!). Pastor Keller sei durchaus glaubwürdig. Die landbündlerische „Deutsche Tageszeitung" ergänzte diese Angaben dahin:

„Es war längst bekannt, daß Naumann bei seinen Unternehmungen wiederholt auf jüdisches Geld, namentlich auf die Unterstützung durch einen bekannten jüdischen Millionär in Frankfurt am Main (den Bankier Charles Hallgarten, d. Verf.) angewiesen war."

Bei Hallgartens Tode aber schrieb Naumann in seiner Zeitschrift „Die Hilfe":

„Diesen Mann gekannt zu haben, bedeutet für mich einen Gewinn (!) meines Lebens."

Naumann zeigt sich erkenntlich

Und Friedrich Naumann zeigte sich durch Wort und Schrift für die jüdischen Unterstützungen erkenntlich. Das Tollste leistete er sich vielleicht in seinem Buche „Mitteleuropa" (1915, S. 70), in dem sich zwei besonders bezeichnende Stellen finden. Es heißt da u. a.:

„Es würde sehr falsch sein, beim Gedanken an Mitteleuropa die Juden außer acht zu lassen. Sie sind vorhanden und bedeuten viel für Zeitungen, wirtschaftliches Leben und Politik."

Und weiter sagt hier Naumann:

„Nach dem Kriege muß Schluß gemacht werden mit allen gegenseitigen Verhetzungen (zwischen Deutschen und Juden), denn im Hintergrund liegt der gemeinsame Schützengraben. Der ist politisch (!) ebensoviel als die Taufe."

Die jüdische Dankbarkeit und Naumann als Marxist

Daß die Juden wußten, was sie an einem solchen Manne hatten, bezeugt die Tatsache, daß das American Jewish Year book (zu deutsch: Amerikanisch-jüdisches Jahrbuch, 5674, 297) Naumanns Wahl in den Reichstag, die im Juni 1913 in Waldeck-Pyrmont erfolgte, ausdrücklich erwähnte. Man erhoffte davon etwas für sich und hat sich auch in der Judenhörigkeit Naumanns nicht getäuscht. Der Schweinemord spricht nicht weniger Bände wie Naumanns sonstiges Verhalten. Man muß sich hier daran erinnern, daß Naumann versteckt zur Meuterei aufrief, wenn er einmal sagte:

„Wenn die Reichsleitung dem Friedensprogramm der Reichstagsmehrheit nicht folgte, so würden die sozialdemokratischen Soldaten nicht mehr kämpfen."

Bei anderer Gelegenheit betonte er 1917, daß die von dem damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis gegen die unabhängigen Sozialdemokraten vorgebrachten Anschuldigungen unbewiesen seien, und er sich verpflichtet fühle, für diese Partei und ihr Existenzrecht einzutreten, wie auch sein großer Gönner, der Jude Charles L. Hallgarten, obwohl selbst Demokrat, für die „Sozialistischen Monatshefte" und das sozialdemokratische „Gewerkschaftshaus" Gelder spendete. Bezeichnend für Naumanns Liebäugeln mit den Marxisten ist ja auch das von ihm stammende Wort in einer seiner Broschüren („Was heißt christlich-sozial?"):

„Ich habe öfter die Frage zu beantworten: Was sollen wir studieren, um in Ihrem Sinne zu arbeiten. Da gebe ich im Grunde keine andere Antwort als: Marx und Christus!"

Der geschlossene Kreis und Naumann

Trotz dieser Anschauungen war Naumann offenbar vom Judentum für einen „gemäßigteren" Posten vorgesehen. So war Naumann denn nach dem Weltkrieg Reichstagsabgeordneter der

Demokratischen Partei, die bekanntlich von dem Juden Dr. Richard Otto Frankfurter in der Wohnung des Juden Dr. Vogelstein gegründet wurde, der mit dem Schweinemörder Ballod zusammen in der schon erwähnten Sozialisierungskommission saß. Der Schweinemörder Friedrich Naumann aber wurde einige Zeit später auf einem demokratischen Parteitag zum Vorsitzenden des Parteiausschusses ernannt. Leib- und Magenblatt der Partei jedoch wurde die „Frankfurter Zeitung“ eben des Juden Löb Sonnemann, den Naumann (s. o.) einst gefeiert hatte. Ein circulus vitiosus, ein Kreis, der sich immer wieder schließt! Naumann kandidierte übrigens auch einmal bei der Berliner Stadtverordnetenwahl als demokratischer Spitzenkandidat mit zahlreichen Juden zusammen. Ganz besonders bezeichnend ist es, daß er für den ehemaligen Reichskanzler und Freimaurer Prinz Max von Baden lebhaft eintrat und in der von ihm redigierten Zeitschrift „Die Hilfe“ den Freimaurerpapst Wilson den

„internationalen Kaiser der Gegenwart“

nannte, weil

„er die Menschheit mit einigen großen, weiten Zielen sättige“.

Es ist unmöglich, hier all das zusammenzustellen, was sich Naumann in dieser und ähnlicher Beziehung leistete. Wichtig erscheint nur noch der Hinweis, daß er im Jahre 1918 mit fortschrittlichen und liberalistischen Politikern unter dem Namen „Staatsbürgerschule“ eine politische Volkshochschule gründete, in deren Vortragsreihen u. a. auch der „Schweinemörder“ Kuczynski sprach. Auch Naumann hatte sich durch seine theologische Vorbildung nicht eben eine besondere Berechtigung erworben, in Landwirtschafts- und Ernährungsfragen auftreten zu können. Aber weil er nun einmal in Parlamentarismus machte und Reichstagsabgeordneter war, glaubte er wahrscheinlich selbst, daß er in dieser Eigenschaft alles könne. Der Schweinemord und seine Folgen bewiesen das Gegenteil. Überblickt man die vorstehend geschilderten Tatsachen, dann kann man sich wirklich nur dem noch verhältnismäßig milden Urteil eines Deutschamerikaners anschließen, der, ein Freund und Kampfgenosse des verstorbenen Karl Schurz, schon im Jahre 1907 an die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb:

„Ein ganz kurioser Kauz ist Pastor Naumann. Er nennt sich stolz nationalsozial und handelt einfach antinational und darum auch unsozial. Denn nur derjenige Sozialismus hat in einem starken und aufstrebenden Reich Berechtigung, der das

vaterländische Empfinden nicht bewußt schädigt! Aber das tun diese Herren von Naumann bis Singer täglich!"

So sah ein Auslandsdeutscher schon 1907 den judenhörigen Friedrich Naumann, der in Deutschland auf die Fragen unserer Kriegsernährung einen maßgebenden Einfluß nehmen konnte!

Naumanns Geist

Der Nationalsozialismus muß sich jedenfalls entschieden dagegen verwahren, wenn ein gewisser D. Johannes Herz (!) in einem 1936 erschienenen Buch: „Nationales und soziales Christentum, ein Auszug aus Friedrich Naumanns Gedankenwelt" bedauert, daß man Naumanns 75. Geburtstag übergangen hat, und betont, daß Naumann ein Verkünder und Vorkämpfer von Ideen gewesen sei, die erst in der Gegenwart ihre volle Auswirkung gefunden hätten! Überraschend viel von dem, was im gegenwärtigen Deutschland zur Erfüllung gekommen sei, habe der weitblickende Geist und prophetische Mensch Naumann ahnend vorausgeschaut! Es ist nicht weniger bezeichnend, daß die „Frankfurter Zeitung" in einer Besprechung dieses Buches unterm 17. Mai 1936 noch heute manches von dem, was Naumann gedacht habe, als „gegenwartsnah" deutet und eine

> „Übereinstimmung zwischen seinen Ideen und denen des heutigen Deutschlands"

feststellen zu können glaubt. Mit mehr Recht weist sie allerdings darauf hin, daß es

> „wohl gerade der Nationalsozialismus schroff ablehnen würde, wenn man die praktische und grundsätzliche Verschiedenheit zwischen Naumann und dem heutigen Deutschland verkennen wollte".

Der Nationalsozialismus verzichtet allerdings darauf, irgendwie mit dem judenhörigen, marxistenfreundlichen, liberalistischen „Schweinemörder" Friedrich Naumann überhaupt nur in einem Atem genannt zu werden!

4. Die Durchführung und Auswirkung des Schweinemordes

Entwicklung der Schweinebestände vor dem Kriege

Die Agitation der Berliner jüdischen Hochschullehrer „Tod dem 9. Feind, dem Schwein", die ausgiebig erläutert wurde, fand bald ihren Niederschlag in einzelnen Regierungsverordnungen. Bevor aber über den eigentlichen Schweinemord gesprochen werden soll, sei zunächst auf die Entwicklung der Schweinebestände zu Beginn des Krieges und der damit getroffenen behördlichen Maßnahmen eingegangen. — Als der Krieg ausbrach, stand der deutsche Viehbestand auf einer vorher nie erreichten Höhe. Nach der starken Verringerung durch die Maul- und Klauenseuche und durch das Dürrejahr 1911 war es der deutschen Landwirtschaft gelungen, im letzten Jahr vor dem Kriege den Rückgang auszugleichen. So ergab die Viehzählung vom 1. Dezember 1913 gegenüber der vom 1. Dezember 1912 bereits eine wesentliche Zunahme.

Gesamtentwicklung der beiden Hauptschlachttierarten

1. Dezember 1907	20,6 Mill. Rinder,	22,1	Mill. Schweine
1. Dezember 1912	20,1 „ „	21,9	„ „
1. Dezember 1913	20,9 „ „	25,6	„ „

Die reiche Ernte des Jahres 1913 begünstigte die weitere Entwicklung in hohem Maße, so daß am 2. Juni 1914, also zu einer Jahreszeit, in der der Schweinebestand im allgemeinen verhältnismäßig gering ist, 3½ Millionen Schweine mehr gezählt wurden als am gleichen Tage des Vorjahres.

Bestand am 2. Juni 1913 21,8 Mill. Schweine
Bestand am 2. Juni 1914 25,3 Mill. Schweine.

Angesichts dieser hohen Schweinezahl war zunächst bei Kriegsausbruch ein wirtschaftsgesetzlicher Eingriff zur Erhaltung der Bestände nicht notwendig. Lediglich am 31. Juli 1914 wurde durch eine Verordnung ein Ausfuhrverbot für Tiere und tierische Erzeugnisse sowie eine Einfuhrerleichterung für Schweine und Schweinefleisch erlassen. Dieser Verordnung kam jedoch weniger Bedeutung zu, da sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch gering war. Ebenfalls wirkten

sich die für die übrige Ernährungswirtschaft grundsätzlichen gesetzlichen Bestimmungen (Maßnahmen über Höchstpreise und Bekanntmachungen über Vorratserhebungen) auf dem Gebiete der Schweinebewirtschaftung nicht aus.

Verstärktes Abstoßen von Schweinen 1914

Nach vorübergehenden, bei Kriegsausbruch entstandenen Stockungen auf dem Schweinemarkt, hervorgerufen durch die heißen Sommermonate und durch die Mobilmachung des Heeres, machte sich schon bald ein stärkeres Abstoßen von Schweinen bemerkbar. Kuczynski und Zuntz, die die erwähnte Schrift „Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Kriege" herausgaben, frohlockten dort, daß dieses überstürzte Angebot

> „ganz dazu angetan war, die notwendige Verminderung zu beschleunigen".

Schweineauftriebszahlen im August und September

	1913	1914
August	478 456	522 077
September	522 506	639 170

Die Ursache für dieses Emporschnellen der Auftriebszahlen liegt in erster Linie in der Abdrosselung der ausländischen Futtermitteleinfuhr.

Zuerst Schlachtverbot für Schweine

Das allgemein steigende Angebot wurde nun von der privaten Konserveninduſtrie ausgenutzt. In großem Umfange wurde die Fabrikation von Dauerwaren vorgenommen. Ebenfalls ließen sich die Städte diese günstige Gelegenheit nicht entgehen, um erhebliche Mengen von Kühl- und Gefrierfleisch einzulagern. Zu einer einheitlichen Organisation des Absatzes wurde aber nicht geschritten. Vielmehr ging man den Weg der Gesetzgebung. Der Bundesrat erließ nämlich am 11. September 1914 ein Schweineschlachtverbot. Dem Überangebot und der Gefährdung der künftigen Fleischversorgung glaubte man dadurch vorzubeugen. Das Verbot übte auf die Entwicklung des Schweinemarktes keinen entscheidenden Einfluß aus, da es sowohl territorial als auch inhaltlich beschränkt war. Die am 1. Dezember 1914 vorgenommene Viehzählung bewies dann auch, daß die gesteigerte Abschlachtung in den ersten Kriegsmonaten nicht wirkungslos geblieben war. Bei einem Vergleich mit dem 1. Dezember 1913 zeigt sich zwar, daß sich der Schweinebestand nur um 300 000 Stück vermindert hat.

1. Dezember 1913	25,66	Millionen Schweine,
1. Dezember 1914	25,34	Millionen Schweine,
2. Juni 1913	21,8	Millionen Schweine,
2. Juni 1914	25,3	Millionen Schweine.

Ein richtiges Bild von der Höhe der Abschlachtungen bekommt man aber erst, wenn man die vorerwähnten Junischlachtungen in den beiden Jahren vergleicht. Während 1913 von Juni bis Dezember der Schweinebestand um 4 Millionen Stück zunahm, betrug im gleichen Zeitraum des Jahres 1914 die Zunahme nur 35 000 Schweine.

Von der Erhaltung der Bestände zur Beseitigung

Waren die bisher getroffenen Maßnahmen aus den Befürchtungen eines allgemein zu starken Abschlachtens durch die Kriegspsychose begründet, so waren Ausgangspunkt der weiteren Maßnahmen die am 1. Dezember 1914 vorgenommene Ernteschätzung und die Ergebnisse der Viehzählung. Alle bisher getroffenen Maßnahmen hatten auf eine Erhaltung des Schweinebestandes abgezielt. Die angeblich nur geringe Abnahme des Schweinebestandes sowie die verhältnismäßig schlechte Getreide- und angeblich auch Kartoffelernte veränderten aber die Sachlage von Grund auf. Die bisherige Befürchtung, daß (nach der Reichstagsdenkschrift 1915, Seite 69)

> „das planlose und überstürzte Angebot in nicht allzu ferner Zeit in einen bedauerlichen Mangel an Schweinen umkehren wird",

war durch die Zahlenvergleiche vom 1. Dezember 1913 bis 1. Dezember 1914 nicht bestätigt. Schweine waren scheinbar genügend für die menschliche Ernährung da. Jedoch befürchtete man einen Mangel an Getreide und Kartoffeln. In dieser Richtung wirkte sich bereits die Propaganda von Eltzbacher und Genossen stark aus („Die Ernährung im Kriege", herausgegeben vom Reichsministerium des Innern):

> „Die Schweinezucht, die menschliche Nahrungsmittel in Kriegszeiten verbraucht, erzeugt nicht, sondern vergeudet Nährwerte ... Die vom Staat angeordnete, mit allem Nachdruck durchgeführte, vermehrte und beschleunigte Abschlachtung von Schweinen ist und bleibt das sicherste Mittel, mit unserem Kartoffelvorrat für die menschliche Ernährung durchzuhalten... Ja, wir müssen einen Teil unserer Viehzucht opfern, um uns den Ertrag unserer Kartoffel- und Roggenernte halten zu können."

Und nun wurde die schon erwähnte Diskussion und äußerst geschickte „Aufklärungspropaganda" über die verstärkte Schweineabschlachtung in der Öffentlichkeit von den jüdischen Kreisen eingeleitet, deren Ansichten bereits oben genügend gekennzeichnet wurden. Den Auftakt hierzu bildete die mehrfach genannte Denkschrift Eltzbachers:

> „Eins müssen wir unter allen Umständen tun: unseren Viehbestand verringern",

und der Propagandafeldzug seiner Anhänger, der z. B. zu ersehen ist aus einem Artikel „Krieg dem Schwein!“ von Dr. Kuczynski, „Kieler Neueste Nachrichten“, Nr. 27 vom 2. Februar 1915:

„Eine schleunige eingreifende Verminderung unseres Schweinebestandes ist daher dringlichst geboten. Regierung und Städte sind bereits bemüht, uns durch Ankauf und Schlachtung von Schweinen diesem Ziel näherzubringen. Auch darüber hinaus müssen unsere Hausfrauen durch Einkauf von Dauerwaren eine Nachfrage der Schlächter nach Schweinen steigern.“

„Erfolg“ der Propaganda. Erste „Schweinemord“-Verordnung

Die Agitation dieser Kreise bewirkte nun, daß mit der Abschlachtung der Schweinebestände durch Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar 1915 begonnen wurde. In dieser grundlegenden Verordnung ist der unglückliche Ausgangspunkt aller nachziehenden Verordnungen zu sehen. Ihre Verfasser waren sich beim Erlaß sicher der Tragweite dieser Verordnung, die entscheidend für den Ausgang des Krieges mit sein sollte, nicht bewußt. Städte und Landgemeinden wurden verpflichtet, sich einen Vorrat von Fleischdauerwaren in Höhe von 15 Mark je Kopf der Bevölkerung zu beschaffen und durch Aufbewahrung sicherzustellen.

Zahlenmäßige Auswirkung vernichtend. Schwierigkeiten der Durchführung

Und die Wirkung dieser Verordnung? Bis zum 15. März 1915, also im Verlauf von 3½ Monaten, wurde auf dieser gesetzlichen Grundlage der Schweinebestand in Deutschland um rund 8 Millionen oder 32 v. H. des Gesamtbestandes „gelichtet“. Bereits bei der Durchführung des „Schweinemordes“ ergaben sich nun eine Reihe von Schwierigkeiten, deren letzte Auswirkung Anlaß der Fleisch- und Fettverknappung während des ganzen Krieges war. Diese Schwierigkeiten bestanden:

1. In der höheren finanziellen Belastung der Gemeinden, die zur Fleischdauerwarenherstellung verpflichtet waren.

2. Auf dem Gebiete der Preisbildung. Die Verpflichtung zur Bildung von Fleischvorräten bestand. Die starke Nachfrage trieb die Preise in die Höhe. Während Anfang Dezember 1914 auf dem Schlachtviehmarkt in Berlin die Schweine der Gewichtsklasse von 100 bis 120 kg 70 bis 74 Mark kosteten, betrug der Preis am 23. Januar 1915 87 bis 88 Mark (= 21 v. H. Steigerung) und stieg bis zum 10. Februar 1915 auf 100 bis 108 Mark (= 44 v. H. Steigerung) für 50 kg Lebendgewicht.

3. In der Abschaffung der Jungschweine. Man war der Ansicht, daß insbesondere die Jungschweine mit ihrem geringen Gewicht die Kartoffelvorräte am stärksten gefährdeten, weil sie mehr Futter beanspruchten als ältere Tiere. Es hat nicht an Hinweisen gefehlt, daß dieses junge Fleisch zur Konservierung, wie Pökeln, Eindosung und Räuchern, wenig geeignet sei, wie dem Artikel

des freisinnigen „Berliner Tageblatts“ vom 10. Februar 1915 „Die steigenden Preise für lebende Schweine“ zu entnehmen ist:

„Sollten Massenabschlachtungen von Schweinen, wie solche seitens der Regierung beabsichtigt werden, stattfinden, so weist die Berliner Fleischerinnung darauf hin, daß sich dieses Material zur Anfertigung von Dauerware zum größten Teil nicht eignet.“

4. In der technischen Vorbereitung und Aufbewahrung. Die in Frage kommende Industrie war auf die riesigen zu verarbeitenden Fleischmengen nicht eingestellt. Für die Verarbeitung des jungen Fleisches waren keine Erfahrungen vorhanden. Es herrschte ferner ein Mangel an Schlächtern und geeigneten Lagerräumen. Die Technik des Gefrierverfahrens war noch wenig ausgebildet. Außerdem fehlten Kühlräume und entsprechende Konservenfabriken.

Wirkung der Preissteigerung und der „Morderlasse“

Die Preissteigerung hielt weiter an. Sie hatte alsbald das Doppelte seit der Verordnung des Bundesrats vom 25. Januar 1915 erreicht. Durch diese Erhöhung der Preise war es den Kommunen unmöglich, auch nur annähernd die vorgeschriebenen Fleischvorräte zu beschaffen. Der Bundesrat beseitigte deshalb durch Verordnung vom 24. Februar 1915 diese schwankende Preisbildung, indem er für Schweine bis 100 kg Lebendgewicht örtlich nach 4 Preisgebieten sowie nach Gewichtsklassen abgestufte Preise festsetzte. Von dem Enteignungsrecht der Schweine bei den Bauern machte man gebührend Gebrauch, um so den

„außerordentlich wichtigen nationalen Interessen“

nachzukommen. Von seiten der Regierung wurde alles getan, um eine möglichst durchschlagende Wirkung zu erzielen, und die durch keinerlei Sachkenntnis getrübte Bürokratie schwelgte in Verordnungen der Vernichtung. So heißt es in einem Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 17. März 1915 an die Landräte:

„Die königliche Staatsregierung erblickt in der schnellen Verminderung der Schweinebestände eine der wichtigsten Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung, von deren Gelingen die wirtschaftliche Durchhaltung des Krieges in der Ernährungsfrage zum großen Teil abhängig ist.“

Der Erlaß schließt mit dem Ersuchen an die Landräte,

„ihren ganzen amtlichen und persönlichen Einfluß auf die ländliche Bevölkerung dahingehend aufzubieten, daß mit aller Beschleunigung und dem weitesten Umfang mit der Abschlachtung der Schweine und Ansammlung von Dauerwaren vorgegangen wird“.

Vor allem betonten die schon häufiger zitierten jüdischen Theoretiker immer wieder die Gefahr, die unserer Ernährung durch zu starke Schweinebestände erwachse. Sie versuchten darzulegen, daß wir zu wenig Kartoffeln und zu viel Vieh hätten und deshalb unsere Schweine abschlachten müßten. Nur so könnten die Kartoffelvorräte für eine ausreichende menschliche Ernährung gesichert werden. Man berichtete u. a., daß, wenn man nicht ganz energisch einschreite, der Kartoffelvorrat Ende Juni 1915 verbraucht sei. Aus diesem Grunde sei es notwendig, etwa 12 Millionen Schweine abzuschlachten. So wurde sogar die Zwangsabschlachtung auch der unreifen Schweine von 40 bis 45 kg, ja sogar die Tötung aller Schweine über 35 kg gefordert. Das bedeutete eine Vernichtung des gesamten Zuchtbestandes. Wie weit man tatsächlich bei der Abschlachtung damals vorging, zeigt beispielsweise die Feststellung der Landwirtschaftskammer in Kassel:

„Auch die Zuchtsauen sind bis zur Hälfte, in vielen Gemeinden bis zu zwei Drittel ihres im vorigen Herbst vorhandenen Bestandes veräußert und abgeschlachtet worden."

Weitere Schweinemordpropaganda

Anträge auf Massenabschlachtungen wurden immer wieder dem Reichstag eingereicht und Denkschriften zugeleitet (Denkschrift S e r i n g vom 13. März 1915). Auch in der Presse wurde weiter gehetzt. Immer größer wurde der Kreis derer, die sich durch E l t z b a c h e r s Propaganda ins Schlepptau nehmen ließen. So fordert der Volkswirtschaftler Universitätsprofessor S c h u h m a c h e r in Bonn in der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" vom 26. März 1915 das Schlachtgebot:

„... Tatsächlich steht demnach heute nichts mehr im Wege, jetzt endlich dem „9. Feind", dem „Feind hinter der Front", dem uns Kartoffeln wegfressenden Schweine mit allen Mitteln zu Leibe zu gehen. Das ist heute unsere wichtigste Aufgabe auf dem ganzen Gebiet des Wirtschaftslebens. Sollte aber trotz allem die Abhilfe nicht schnell und umfassend genug vorgenommen werden, dann bleibt nur der erwähnte 3. Weg übrig: das gesetzliche Schlachtgebot. Diese bereits ernstlich erwogene extreme Zwangsmaßnahme kann nur in Frage kommen, wenn alles andere versagt; dann wird man allerdings auch vor ihr nicht zurückschrecken dürfen. Das zwangsweise Schlachten dürfte kaum unausführbar sein. Bei den Militärbehörden darf man auf verständnisvolle Unterstützung durch Beurlaubung von Schlächtern rechnen, und wie man die Arbeit des Schlachtens im Großbetrieb erleichtern kann, weiß jeder Besucher der Schlachthäuser Chikagos. Ebenso wird das Reich mit der Aufgabe der Fleischaufbewahrung fertig werden können."

Einige Vertreter der Landwirtschaft waren plötzlich ebenfalls der Ansicht, daß

> „ernste Maßnahmen notwendig sind, um zu verhindern, daß die Schweine das Kartoffelquantum, das nötig ist, um die menschliche Ernährung bis zum 15. Juli durchzuhalten, verzehrten". (Der konservative Abgeordnete Graf Westarp am 9. März 1915 im Reichstag.)

Man warnte von dieser Seite lediglich vor Übertreibungen und wies darauf hin, daß die Schweinehaltung einen wesentlichen Bestandteil des Volksvermögens darstelle. Auch sei es nicht nötig, alle Schweine mit Kartoffeln zu füttern, sondern gerade in den kleineren Wirtschaften wäre es möglich, die Schweine durch die für die menschliche Ernährung ungeeigneten Mittel aufzuziehen.

Auch nach dem Schweinemord fehlte es nicht an Stimmen, die eine weitere Verringerung des Schweinebestandes forderten. So schrieb beispielsweise der damalige Zentrumsabgeordnete und Verwaltungsjurist Adenauer, Köln, unter Hinweis auf die Arbeiten von Professor Eltzbacher noch nach Beendigung des Schweinemordes am 22. April 1915 in der zentrümlichen „Kölnischen Volkszeitung":

> „Der Zustand ist also zur Zeit: Zu große Bestände an Schweinen und Rindvieh, Festlegung wesentlicher Futtermittel. Auf diesem Gebiete kann daher die Entwicklung zur Zeit auch für das erste Kriegsjahr noch in keiner Weise als abgeschlossen gelten. Es liegt im Rahmen dieser Darstellung, auch das zu besprechen, was hier noch bis zur neuen Ernte geschehen muß. Bis zu dieser ist zunächst mit aller Energie darauf zu dringen, daß der Bestand an Schweinen möglichst weiter vermindert wird. Auch wenn es möglich sein sollte, den jetzt vorhandenen Bestand mit Hilfe des demnächst zur Verfügung stehenden frischen Futters bis zum Herbst durchzuhalten, darf das nicht geschehen. Das Abschlachten wäre damit nur zu unserem Nachteil verschoben, es müßte gegen Herbst schnellstens nachgeholt werden. Schnelles Abschlachten großer Mengen ist daher, wie die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Bis zum Herbste müssen die Schweine auf die Anzahl reduziert sein, die wir mit unseren Futtermitteln gut durchfüttern können, also auf etwa 15 Millionen. Durch persönliche Zählungen während des Sommers ist festzustellen, ob wir das Ziel erreicht haben, und wenn ja, ob wir auf dem Bestande bleiben. Bestrebungen, wie sie z. B. in einem Beschlusse der Rheinischen Landwirtschaftskammer zutage treten, man möge die Schweineabschlachtungen beschränken, darf in keiner Weise Vorschub geleistet werden. Man muß

vielmehr, nicht nur auf dem Papier, zur Enteignung von Schweinen übergehen; es darf nicht bei der Drohung bleiben. Die großen Städte können allein die großen Mengen von Schweinen, die abgeschlachtet werden müssen, als Gefrierfleisch oder zu Dauerware verarbeitet werden, aufnehmen. Sie dürfen auf ihren Märkten nicht enteignen; der freihändige Ankauf in den Produktionsgebieten ist ihnen zwar möglich, durch diesen aber steigen die Preise außerordentlich und fortgesetzt. Diese stetige Steigerung der Preise hält andererseits wieder die Züchter vom Verkauf zurück, weil sie glauben, später noch höhere Preise erzielen zu können, reizt auch wieder zu sehr zur Neuzucht. Sie mindert ferner den Tageskonsum an Schweinefleisch, weil es für die große Menge zu teuer geworden ist. Die nötige, sehr erhebliche Verminderung des Schweinebestandes ist also durch den freihändigen Ankauf kaum zu erreichen. Das Gute, das der Kauf durch die Gemeinden zur Folge hat, wird durch den Rückgang des Tageskonsums zum großen Teil wieder wettgemacht. Hinzu kommt für den Sommer, daß das Grünfutter jetzt den Züchter vor den dringendsten Futtersorgen schützt und daß der Mangel an Futter dann nicht mehr zum Verkaufe treibt wie bisher. Nur Schlachtzwang und Enteignung zu angemessenen Preisen in den Hauptproduktionsgebieten kann helfen. Auch auf Verminderung des Großviehs muß seitens der Regierung während des Sommers hingewirkt werden. Es ist ja gelungen, bis jetzt den Großviehbestand zu halten, trotz des Ausfalls an Futtermitteln. Das konnte gelingen, z. T. weil wir noch jetzt zur Neige gehende Bestände aus der vorletzten Rauhfutterernte hatten. Es konnte weiter nur gelingen, indem den Tieren knappere Rationen gegeben wurden, als an sich angemessen und richtig war, also auf Kosten des Ernährungszustandes des Tieres."

Hier taucht erneut die Forderung nach Abschlachtung von Rindvieh auf. Es ist typisch, daß diese Agitatoren, die die weiteren Eingriffe in die Schweinebestände auch nach der großen Abschlachtung sowie die Verringerung unseres Rindviehbestandes gefordert haben, zu dem engeren Kreis derer um Eltzbacher gehörten. Zu einer Zeit, als in Deutschland doch wohl die meisten Menschen überzeugt waren, daß die Schweineabschlachtungen des Frühjahrs 1915 volkswirtschaftlich vollkommen falsch gewesen sind und sich sogar die Befürworter des Schweinemordes, die Sozialdemokraten, zu dieser Ansicht bekehrt hatten, wird also abermals ein großes Schweineschlachten gefordert. Dies geschah u. a. auch in der „Frankfurter Zeitung", in der der jüdische Professor Oppenheimer einen langen Artikel erscheinen ließ.

Die Grundlage seiner Ausführungen ist die Behauptung, daß der größte Teil der Magermilch zur Aufzucht der Tiere, insbesondere der Schweine, Verwendung findet. Hierdurch gingen ungeheure Eiweißwerte verloren. Infolgedessen sei die Verminderung der Schweinebestände durch Beschränkung der Ferkelaufzucht das einzig durchgreifende Mittel. Der Standpunkt, von dem Oppenheimer ausgeht, ist natürlich falsch, denn zur Aufzucht der Schweine konnte nur ein Bruchteil der Magermilch verwertet werden. Wäre nämlich die gesamte Magermilch zur Ferkelfütterung verwendet worden, was Oppenheimer meint, so müßte eine riesige Aufzucht stattgefunden haben, und es wäre unmöglich gewesen, Magermilchkäse herzustellen, den man aber aus der Kriegszeit als „10prozentigen" (Fettgehalt) zur Genüge kannte. Aber immerhin ist es typisch, daß es wiederum ein jüdischer Professor war, der den Ruf:

„Es sterbe das Schwein!"

ausstieß. Zur Bildung eines richtigen Urteils über den Sachverständigen der „Frankfurter Zeitung", den Theoretiker Oppenheimer, sei noch angegeben, daß er kein Volkswirtschaftler oder gar Landwirt, sondern ausgerechnet Tierphysiologe war. Daß er seinerzeit gegen die Landwirtschaft den Vorwurf erhob, sie hätte im Herbst 1914 zu wenig zur Verminderung der Zucht getan, war ebenfalls typisch, aber schließlich waren die damaligen Veranlasser des Schweinemordes alle durch Sachkenntnis nicht getrübt. Juden schreiben eben über alles.

Wurden Überlegungen angestellt?

Wollte man sich über das bisher Erreichte des „Schweinemordes" vergewissern und feststellen, ob die Sicherstellung der Kartoffelvorräte nicht inzwischen schon erreicht war? War denn die Grundlage der Fleischversorgung, nämlich unsere Schweinehaltung (zwei Drittel des gesamten Fleischverbrauchs) durch die gesetzlich vorgeschriebenen Abschlachtungen noch nicht oder nicht schon genug angegriffen? Vorerst stellte man derartige Betrachtungen noch nicht an, sondern schlachtete zunächst bis zum 15. März 1915 weiter. Erst am 15. März 1915 erfolgte die 1. Kartoffelbestandsaufnahme, und die Vornahme zweier Viehzählungen wurde für den 15. März und 15. April 1915 angeordnet. Durch vergleichende Gegenüberstellung der Bestandsaufnahme von Kartoffeln einerseits und Schweinen andererseits sollte festgestellt werden, in welchem Maße die vermehrten Abschlachtungen auf den Bestand an Schweinen eingewirkt hatten. Der Druck, mit welchem von den jüdischen Professoren auf eine weitere Verminderung des Bestandes hingearbeitet wurde, sollte sich nach dem Ausfall dieser Bilanz richten.

Ergebnis der Schweine- und Kartoffelzählung nach dem 1. „Mord“ und deren Folgen

Anfang April lag das Ergebnis der Schweinezählung vom 15. März 1915 vor. Es waren danach im Deutschen Reiche noch 17 904 092 Stück Schweine vorhanden. Gegenüber dem Bestande vom 1. Dezember 1914 in Höhe von 25 341 272 Stück bedeutete die Abnahme von 7 437 180 Stück eine Verminderung um 29,5 v. H. Die Kartoffelzählung zeigte einen sehr ungünstigen Ausfall, denn nach der Bestandsaufnahme vom 15. März 1915 waren nur noch 10 Millionen Tonnen vorhanden, ohne die Vorräte unter 50 kg, die nicht meldepflichtig waren. Zwar wurde die Richtigkeit dieser Statistik sofort von vielen Seiten bezweifelt. Stimmen wurden laut, die aber nicht gehört wurden. Das Endergebnis der Gegenüberstellung war jedoch so, daß man glaubte, an einer Verminderung der Schweinebestände weiter festhalten zu müssen. Man hatte Angst vor einer plötzlich eintretenden Kartoffelnot. Nur eine weitere Abschlachtung könne diese drohende Kartoffelknappheit verhindern, was man auch prompt veranlaßte. So erreichte der „Schweinemord“ erst jetzt seinen Höhepunkt, und die 2. Viehzählung vom 15. April 1915 zeigte als Auswirkung, daß innerhalb von 4 Wochen der Bestand noch um weitere 1½ Millionen Stück gesunken war, und zwar auf 16 569 990 Schweine. Seit dem 1. September 1914 waren also rund 9 Millionen Schweine oder 35 v. H. geschlachtet worden. Vermutlich wäre das Ausmaß der Abschlachtung noch ein weit größeres gewesen, wenn nicht die Höhe der Schweinepreise eine gewisse Grenze gesetzt hätte.

Ein schwarzes Schaf

Welcher Art diese 9 Millionen Schweine waren, und welcher Schaden durch diese Massenabschlachtungen angerichtet wurde, hat entgegen der Ansicht seiner „wissenschaftlichen“ Rassegenossen der Schweinelieferant der Stadt Berlin, der Jude Aron, im freisinnig-jüdischen „Berliner Tageblatt“ vom 23. Juni 1915 geschildert:

„Von den geschlachteten 9 Millionen Schweinen waren kaum 3 Millionen schlachtreif, die anderen 6 Millionen Stück waren Ferkel unter 100 Pfund. Diese Ferkel hätte man sehr gut am Leben lassen können, denn sie brauchten noch kein Mastfutter. Würden diese 6 Millionen Schweine aber am Leben geblieben sein, so könnte im Herbst von einer Fleischknappheit nicht die Rede sein. Wir hätten dann Fleisch in mindestens gleichbleibender Qualität, jedoch um rund 50 v. H. mehr.“

Ein außerordentlich aufschlußreiches Geständnis!

Erste verspätete Einsicht. Falsche Statistik

Nachdem der Staatssekretär im Reichsministerium für das Innere Richter sich öffentlich dahingehend ausgesprochen hatte, daß man sich nicht die radikalen Ansichten mancher Kreise bei der Abschlachtung der Schweinebestände zu eigen machen dürfe, und nachdem die weitere Verarbeitung von Fleisch zu

Dauerware durch den verminderten Bestand erschwert und durch die wärmere Witterung technisch unmöglich gemacht wurde, entschloß man sich endlich, die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 (1. Schweinemordverordnung) und vom 25. Februar 1915 (Höchstpreisverordnung) am 8. Mai 1915 außer Kraft zu setzen.

Umschwung der öffentlichen Meinung. Gegen Schweinemord

Sofort setzte nach Aufhebung dieser Verordnungen sowohl in der Presse als auch im Reichstag eine lebhafte Kritik ein. Nicht mit Unrecht, aber merkwürdig zugleich, daß es die Kreise waren, die sich zuerst meistens für den Schweinemord eingesetzt hatten. Denn eine 2. Kartoffelbestandsaufnahme vom 15. Mai 1915 ergab nach Öffnung der Mieten, daß nach der Zurückstellung der Aussaat — sage und schreibe — noch $3^1/_2$ Millionen Tonnen bereitstanden. Die Gefahr lag nahe, wie in den „Beiträgen zur Kriegswirtschaft" stand:

„von einem Schweineüberfluß und Kartoffelnot zu einem Schweinemangel und Kartoffelüberfluß zu kommen".

Selbst der sozialdemokratische „Vorwärts" mußte sich am 21. Juni 1915 zu folgendem Geständnis bequemen:

„Nach sachverständigem Urteil sind mindestens $1^1/_2$ Millionen Schweine zuviel geschlachtet worden. Dies Quantum wird uns fehlen, und wir haben im kommenden Winter mit einem Fleischmangel zu rechnen, der durch Einfuhr vom Ausland nicht ersetzt werden kann."

Die Kartoffelschätzungen, die in erster Linie Anlaß zu der Zwangsabschlachtung der Schweine gegeben hatten, lagen also viel zu niedrig, und auf diesem Trugschluß baute man alles auf. So schrieb die nationalliberale „Magdeburger Zeitung" vom 17. Juni 1915:

„Es wäre besser gewesen, statt dem theoretisierenden Drängen einiger Volkswirtschaftler auf Erlaß dieses Schlachtgebotes und Anhäufung von Dauervorräten zu folgen, zunächst durch eine wirklich gründliche Feststellung der Kartoffelvorräte sich ein klares Bild über die vorhandenen Futtermengen zu schaffen, durch Höchstpreisfestsetzung die Futtermittel in erschwinglicher Höhe zu halten und damit, den Ratschlägen der praktischen Landwirte nach, die Fleischpreise in erträglicher Lage zu halten."

Als man später merkte, daß die tatsächlich vorhandenen Kartoffelbestände größer waren, war es bereits zu spät. Der Schweinebestand war inzwischen der statistisch zu niedrig erfaßten Kartoffelmenge angeglichen worden. Aufbauend und vertrauend auf eine falsche Statistik entschloß sich die Regierung also zur Zwangsabschlachtung von rund 9 Millionen Schweinen innerhalb eines Zeitraums von 3 Monaten! Eine unglaubliche Leicht-

fertigkeit und Vertrauensseligkeit der Behörden und maßgebenden Politiker sollte entscheidend sein für die Fleischarmut der nachfolgenden 3½ Kriegsernährungsjahre. Und niemand wurde zur Verantwortung gezogen!

Starke Preissteigerung von Schweinefleisch die Folge

Die Folgen des Schweinemordes machten sich nun bereits bemerkbar: Knappheit an Fett, verdorbenes Fleisch durch unzureichende Aufbewahrung und geringe Erfahrungen bei der Fleischkonservierung. Vor allem aber stiegen auf dem Schweinemarkt die Preise erheblich an. Die freisinnige „Vossische Zeitung" der Juden Ullstein schreibt unterm 17. Juni 1915 plötzlich:

> „Hätten wir den Bestand an Vieh durchgehalten, und, wie man jetzt weiß, wäre es im großen und ganzen möglich gewesen, so hätten wir angemessene Preise behalten. Aber dann kam die Kartoffelpanik, und nun begannen die überstürzten Massenschlachtungen und damit der Zwang zum Ankauf durch die Kommunen. Diese und das Militär legten notgedrungen jeden Preis an, und so wurden die Forderungen der Produzenten und Händler dementsprechend immer höher."

Die Massenabschlachtungen hatten für die breiten Verbrauchermassen noch die nachteilige Wirkung, daß unter der wilden Nachfrage — die Landwirte wurden von den Händlern, die sich in Preisen gegenseitig überboten, überrannt — die Preise immer mehr anzogen. Auch nach dem Schweinemord setzte sich diese Preissteigerung weiter fort, weil jetzt kaum mehr Schweine vorhanden waren und der Auftrieb an den Märkten immer mehr zurückging. Die „Allgemeine Fleischerzeitung" vom 23. Oktober 1915 schilderte diese Zustände wie folgt:

> „Wenn auch das Ansteigen der Preise gegenüber dem Vorjahr durch Verknappung von Futtermitteln und sonstiger durch den Krieg bedingter Umstände bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt erscheint, so ist doch festgestellt, daß die Preise aus reiner Gewinnsucht in die Höhe getrieben werden. Falls dieses Verfahren fortgesetzt wird, werden wir ohne jede Rücksicht von den Zwangsmitteln der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juni 1915 Gebrauch machen und die betreffenden Personen wegen Wucher zur Verantwortung ziehen . . . Mit Beginn des Krieges vermehrte sich die Zahl der Personen, die sich mit Viehhandel beschäftigten, um ein bedeutendes. Wie Pilze schossen die Viehhändler, Zwischenhändler und Schmuser aus der Erde, zu denen sich noch zahlreiche Händler aus anderen Bundesstaaten gesellten. Personen, die weder einen Wandergewerbeschein noch eine Legitimationskarte besaßen und sich vorher nie mit Viehhandel beschäftigt

hatten, wandten sich diesem Gewerbe zu. Daß hierdurch Mißstände und eine ungesunde Preistreiberei hervorgerufen wurde, liegt auf der Hand. Die meisten amtlichen Berichte enthalten auch berechtigte Klagen über das Unwesen des Zwischenhandels und den ungebührlichen Nutzen, den viele Händler aus der Kriegslage gezogen haben."

Zurückblasen der Behörden. Keine Abschlachtungen mehr

Ebenso wie auf anderen Gebieten blühte auch auf den Schweinemärkten der Kettenhandel. Ein Eingriff war daher unbedingt nötig, sollte nicht die Fleischversorgung ernstlich gefährdet werden. Am 26. Juni 1915 veröffentlichte der Preußische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer in der deutschen Tagespresse einen Aufruf folgenden Inhalts:

„In den Klagen über die Höhe der Fleischpreise wird vielfach darauf hingewiesen, daß die fortgesetzte Preissteigerung namentlich aus dem Grunde nicht zu erklären sei, weil ein Mangel an Schlachtvieh nicht bestehe. Diese Annahme beruht auf einem Irrtum. Durch die seinerzeit zur Sicherung der Kartoffelvorräte veranlaßten Schlachtungen sind die heimischen Bestände an schlachtfähigen Schweinen so erheblich vermindert worden, daß für längere Monate mit einem starken Mangel an solchen Schweinen gerechnet werden muß. Ihm kann vorläufig nur durch die allmähliche Abgabe der von den Gemeinden sichergestellten Fleischdauerwaren in gewissem Maße abgeholfen werden. Die große Zahl der vorhandenen Jungschweine läßt erhoffen, daß nach deren Aufzucht und Mästung der Bedarf an Schweinefleisch später wieder in der früheren Weise gedeckt wird. Diese Hoffnung würde ernstlich beeinträchtigt werden, wenn den wiederholt geäußerten Wünschen entsprechend Höchstpreise für Schlachtvieh eingeführt würden. Die Schweinehalter würden dann leicht in der Besorgnis, in den Höchstpreisen keinen genügenden Ausgleich für die Aufwendungen für Futtermittel zu finden, die Aufzucht stark einschränken und zum Teil ganz aufgeben. Es ist aber zur Beseitigung der jetzigen Fleischknappheit in erster Linie dahin zu streben, daß möglichst die gesamten Bestände an Jungschweinen zur Zucht und Mast benutzt werden."

Zur gleichen Zeit gab der Minister des Innern, von Loebell, den preußischen Verwaltungsbehörden Richtlinien über die Auffüllung der Schweinebestände. In den bemerkenswerten Erlassen heißt es u. a. nach der dem Bund der Landwirte nahestehenden „Deutschen Tageszeitung" vom 2. Juni 1915:

„Eine Enteignung von Schweinen für einzelne Gemeinden oder für die Zentral-Einkaufs-G. m. b. H. in Berlin findet nicht mehr statt . . . Darüber hinaus hat von jetzt ab jegliche

Art amtlicher Einwirkung auf die Schweinehalter zur Abstoßung von Schweinen zu unterbleiben. Die Bevölkerung auf dem platten Lande ist vielmehr unter wärmster Anerkennung des von ihr für die Maßnahmen der Regierung zur Verminderung der Schweinebestände bewiesenen Verständnisses darüber aufzuklären, daß das mit jenen Maßnahmen im Interesse der Sicherung der Volksernährung angestrebte Ziel vollständig erreicht ist, und es daher keinen Bedenken mehr begegnet, sondern sogar dringend erwünscht ist, wenn die verbliebenen Schweinebestände, allerdings ohne Verfütterung von zur menschlichen Ernährung geeigneten Kartoffeln, mit den vorhandenen Futtermitteln, durch Weidegang oder Eintrieb in Waldungen durchgehalten und möglichst auf das normale Schlachtgewicht gebracht werden, damit nicht später in der für die Fleischversorgung der Bevölkerung erforderlichen Frischfleischproduktion eine nachhaltige Unterbrechung eintritt."

Zuerst die Ohrfeigen und dann schön streicheln, das wäre noch gegangen, wenn nicht die 9 Millionen Schweine schon vernichtet gewesen wären. Auch durch schön gewundene Worte ließen sie sich nicht wieder herbeischaffen!

Preissenkungsverordnung und Verbrauchseinschränkung als Zwangsmaßnahmen. Die fleischlosen Tage

Zur Stärkung der Schweinefleischerzeugung wurde also jetzt wieder wie schon 1914 ein Schlachtverbot erlassen. Drehung um 180 Grad. Für Sauen bestand in Preußen noch das unter dem 6. Oktober 1914 bzw. 23. November 1914 verkündete Schlachtverbot. Unter dem 26. August 1915 wurde vom Bundesrat eine Anordnung für das ganze Reichsgebiet erlassen, die neben einer Senkung der Preise und Förderung der Produktion noch eine Einschränkung des Verbrauches brachte:

„Denn in späteren Monaten wird das Fleisch knapp werden, weil wir weniger Schlachtvieh haben. Deshalb müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, unseren Fleischverbrauch ganz wesentlich einzuschränken. Jetzt essen viele Deutsche zwei- und dreimal am Tage Fleisch: als Wurst aufs Frühstücksbrot, zum Mittag und abends als Aufschnitt. Das ist im Frieden Luxus, im Kriege Verschwendung. Mehr als einmal am Tage braucht kein Mensch Fleisch zu essen, sei es warm, sei es als kalte Fleischbeilage zu Gemüse und Kartoffeln. Daran müssen wir uns gewöhnen." („Die Ernährung im Kriege", herausgegeben vom Ministerium des Innern, Berlin.)

Am 28. Oktober 1915 wurde bekanntgegeben, daß in der Woche 2 fleischlose Tage einzuführen seien. Die Fleischkarte wurde vorerst noch abgelehnt. Diese Maßnahmen, die man gegen das Anziehen der Schweinepreise traf, sollten allgemeine Höchstpreise

unnötig machen. Eine am 1. Oktober 1915 vorgenommene Viehzwischenzählung zeigte zwar, daß sich der Schweinebestand wieder erholt hatte. Er betrug jetzt 19 239 483 Stück und war damit seit der letzten Zählung wieder um fast 3 Millionen Stück = 16 v. H. gestiegen. Erfreulich war besonders die Zunahme der unter 1 Jahr alten Schweine. Auch begünstigte der gute Ausfall der Kartoffelernte das Durchhalten der Bestände. Aber die Preise zeigten, daß das Ziel, ihre Senkung durch Förderung der Erzeugung und Einschränkung des Verbrauches herbeizuführen, nicht erreicht wurde. Aus diesem Grunde war die Einführung von Höchstpreisen unvermeidlich.

Die Spekulation wird überrascht und nervös. Neue Höchstpreisverordnung

Am 4. November 1915 wurden Höchstpreise für Schlachtschweine und Schweinefleisch bekanntgegeben. Diese Anordnung kam insbesondere für Händler und Kommissionäre vollkommen überraschend. In Eile wurde von den Händlern alles Greifbare zum Viehhof gebracht, um noch möglichst alles bis zum 12. November, an dem die Höchstpreise in Kraft treten sollten, zu verkaufen. Die dem Bund der Landwirte nahestehende „Deutsche Volkskorrespondenz" vom 9. November 1915 schildert die Zustände sehr treffend:

„Es wurden nicht weniger als 11 483 Schweine angetrieben. Viele Waggons mit bisher zurückgehaltenen (!) schweren, ausgemästeten Schweinen konnten nicht ausgeladen werden. Infolge des überaus großen Angebotes und der Zurückhaltung der Fleischermeister trat ein auf dem Berliner Viehhof noch nicht dagewesener Preissturz ein. Schwere Schweine gingen bis 30 M., leichtere bis 40 M. für 100 Pfund im Preise zurück. Infolgedessen war auch ein starker Rückgang der Preise im Kleinverkauf zu verzeichnen. Bei den verschiedenen Sorten Schweinefleisch und Speck betrug dieser Rückgang bis zu 40 Pf. und mehr für das Pfund gegenüber den Preisen vom Freitag."

Diese Mitteilung zeigt deutlich, welche Spekulationskreise die Schweine zurückgehalten hatten, und wo die Ursachen der Verteuerung lagen. Während noch am Tage der Bekanntmachung, also am 3. November 1915, auf dem Berliner Schlachtviehmarkte für vollfleischige Schweine von 160 bis 200 Pfund Lebendgewicht 125 bis 140 M., für fleischige Schweine unter 160 Pfund Lebendgewicht 110 bis 130 M., für Sauen 120 bis 130 M. für den Zentner gezahlt wurden, hatte die Bekanntmachung der Verordnung zur Folge, daß die Preise am nächsten Schlachtviehmarkt nicht nur rapide heruntergingen, sondern daß der ganze Auftrieb überhaupt ins Stocken geriet. Während also draußen Hunderttausende deutscher Volksgenossen für die Verteidigung der deutschen Grenzen und der im Hinterland befindlichen Deutschen ihr

Leben hingaben, benutzten vorwiegend jüdische Viehhändlerkreise, die sich auf Grund ihrer Rasseeigenschaften vom Militärdienst drückten, die Gelegenheit, die Lage auszunutzen und das Volk auszubeuten. Der wöchentliche Auftrieb in den einzelnen Städten stellte sich folgendermaßen:

	Vor der Festsetzung der Höchstpreise	Nach der Festsetzung
Berlin	23 098 Stück	8 377 Stück
Hamburg	10 954 „	1 399 „
Breslau	2 152 „	443 „
Frankfurt a. M. .	1 032 „	276 „
Mannheim . . .	856 „	252 „
Stuttgart	1 126 „	493 „
München	3 810 „	907 „
Köln	3 938 „	885 „
Dresden	1 160 „	182 „
Leipzig	736 „	283 „
Magdeburg . . .	3 443 „	1 041 „
Danzig	1 038 „	459 „

Fehler der Höchstpreisverordnung

Wenn auch auf Grund der neuen Höchstpreisverordnung ein starker Rückgang des Auftriebs zu erwarten war, so wäre er doch nicht in diesem Umfange eingetreten, wenn vor der Verordnung klarere Bestimmungen über das, was der Landwirt erhalten mußte, herausgekommen wären. Wie die Zustände wirklich waren, hat der damalige Markthallendirektor der Stadt Berlin, Spieker, im freisinnigen „Berliner Tageblatt“ vom 13. September 1915 in folgender Weise geschildert:

„Sehen wir einmal, durch wie viele Hände ein Stück Vieh geht, ehe der Konsument von ihm ein Stück Fleisch bekommt. Ein kleiner Händler auf dem Lande kauft von dem Bauern ein Stück Vieh. Also schon die 2. Hand. Er verkauft es an einen größeren Händler, der vielleicht einen Waggon verschiedener Tiergattungen zusammenbringt, den er nach Berlin schickt. Hier erhält es der Kommissionär zur Verwertung. Von dem Kommissionär ersteht es der Großschlächter, der es an den Ladenschlächter verkauft, von dem es schließlich an den Konsumenten kommt. Das Fleisch geht also vom Bauern bis zum Konsumenten (diese beiden nicht gerechnet) durch 5 Hände. Jeder der Vermittler verdient aber an dem Fleisch; kommen noch hinzu die verschiedenen Frachtkosten, an denen auch wieder nebenbei verdient wird, die Futter-, Schlachtkosten usw.“

Diese Zustände waren in der Verordnung nicht berücksichtigt.

Am 14. Februar 1916 erließ man durch Bundesratsverordnung die Einteilung in 9 Preisgebiete. Im Anschluß daran wurde die Reichsfleischstelle und am 27. März 1916 wurden die Viehverbände geschaffen. Durch diese Maßnahmen wurde eine zentrale Fleischbewirtschaftung erreicht. Sie fand ihren Abschluß durch die Einführung der Reichsfleischkarte am 21. August 1916, mit einer Ration von zunächst 250 g Fleisch je Kopf und Woche. Wenn der Bundesrat die Einführung der Fleischkarte beantragte, so ist dies darauf zurückzuführen, daß seine 1. Verordnung zur Regelung der Versorgung mit Fleisch den erhofften Erfolg nicht erreicht hatte. Fleischlose Tage und Fleischkarte waren also die Folgen des Schweinemordes und blieben es bis ins Jahr 1920, also über das Kriegsende hinaus.

Folge des Schweinemordes. Einführung der Fleischkarte

Die Entwicklung unserer Getreideernte, besonders die von 1916, führte im Frühjahr 1917 zu einer bedrohlichen Brotverknappung, der man durch Verminderung der Brotration zu steuern suchte. Interessant ist übrigens, daß der schon mehrfach erwähnte Professor Ballod die Einführung der Brotkarte in seinem Buch „Der Zukunftsstaat" (S. 28/29) als sein Verdienst und nicht als das Erzbergers hinstellt. Er schreibt nämlich, daß der damalige Generalstabschef v. Moltke dem Kaiser einen ernsthaften Vortrag hielt, in dem er mit den Worten schloß:

Weniger Brot, mehr Fleisch und Herr Ballod

> „Wenn Majestät durchaus im Frühjahr 1915 einen Hungerfrieden schließen wollen, kann die Einführung der Brotkarte unterbleiben."

Um einen Ernährungsausgleich zu schaffen, erhöhte man die bisherige Fleischration auf das Doppelte. Hierdurch erfolgte wiederum ein einschneidender Eingriff in die deutschen Viehbestände, besonders in den Schweinebestand, der bis dahin fast seinen normalen Stand wieder erreicht hatte.

Am 1. März 1917 betrug der Schweinebestand nur noch 13 Millionen Stück und damit um die Hälfte weniger als vor dem Kriege. Das war aber noch nicht der tiefste Stand der Schweinebestände während des Krieges. Es sollte später noch schlimmer kommen. Um die drohenden Abschlachtungen zu beschränken — die Hausschlachtungen nahmen einen bedrohlichen Umfang an — folgte die verstärkte Abschlachtung der Rinderbestände, die letzten Endes zu der großen Fleischnot, die bis über das Kriegsende hinaus dauerte, führte. In einer von der Fortschrittlichen Volkspartei dem Kriegsernährungsamt im Mai 1917 vorgelegten Denkschrift wird berichtet, daß in der Zeit vom 1. September 1916 bis 1. März 1917, also genau einem halben Jahre, allein 13 Millionen Schweine neuerdings abgeschlachtet wurden. Davon seien $7^1/_2$ Millionen Stück durch die amtliche Statistik erfaßt worden

Die Folgen des nochmaligen Schweinemordes

und 5½ Millionen Stück durch die heimlichen Abschlachtungen verschwunden. In dieser Denkschrift wird dann gefordert, im Herbst eine stärkere Abschlachtung der Rinder vorzunehmen. — Auch der Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batocki[1], führte im Ernährungsausschuß des Reichstages aus, daß sehr viel Schweine verschwunden seien, die teils in die Hausschlachtungen und teils in den Schleichhandel eingegangen wären. Fest steht auf jeden Fall, daß durch die Umgehung der Bestimmungen über die Hausschlachtungen, die insbesondere auf das Versagen der Verwaltungsbehörden zurückzuführen sind, ganz bedeutende Mengen von Fleisch der Allgemeinheit entzogen wurden. Es fehlte nun nicht an Stimmen, die auf die drohende Vernichtung der Viehbestände entsprechend hinwiesen. So heißt es in der „Fleischerzeitung" vom 13. August 1917:

> „Daß der Erhaltung unseres Viehbestandes die größte Sorgfalt zugewendet werden muß, ist einstimmige Ansicht aller interessierten Kreise. Dem Überwachungssystem scheint man doch noch nicht genügend Aufmerksamkeit zugewendet zu haben. Die alle Welt in Staunen versetzende Mitteilung, daß im letzten Jahre 5 Millionen Schweine bestimmungswidrig verschwunden sind, ist ein Beweis hierfür . . . Wenn die immer mehr um sich greifenden heimlichen Schlachtungen der Ferkel und Läuferschweine eingeschränkt, das Hamstern nachdrucksvoll bekämpft werden soll, können wir dem Viehhandelsverband nur empfehlen, recht bald für eine genügende Kontrolle dieser Märkte zu sorgen."

Jetzt auch „Ferkelmord"

Durch die Tageszeitungen machten weitere Mitteilungen die Runde, die die Notwendigkeit des „Ferkelmordes" forderten. Den Schweinemord von 1915 und seine verheerenden Wirkungen hatte man schon wieder vergessen. Man hatte nichts, aber auch gar

---

[1] Batocki heißt nach dem Semi-Kürschner[2] von Batocki-Friebe, Vorname Adolf. Er ist Gesellschafter der „Kreuz-Zeitung" gewesen, wurde 1916 Präsident des Kriegsernährungsamtes und war außerdem Oberpräsident von Ostpreußen. Er ist geboren 1868 und verheiratet mit Paula Gräfin Kalnein. Seine Großmutter väterlicherseits Wilhelmine Mathilde, geborene Fränkel (1812—1874), war die Tochter des Zacharias Friebe, der Jude war. Aus dieser Familie stammt das nicht unbeträchtliche Vermögen von Batockis. Diese Dame heiratete den Landgerichtsrat W. Gerth in Koblenz, der den Namen seines Pflegevaters Dr. med. Val. Gerth führte. Nach dem Tode ihres Mannes heiratete sie den Freiherrn Franz von Thielmann. Ihr Sohn Karl Otto Friedrich Gerth ist als „Tortilowicz von Batocki" nobilitiert. Er verheiratete sich mit der Gräfin von Keyserlingk und war somit der Vater des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes.

nichts hinzugelernt. Die Notwendigkeit der Ferkelabschlachtungen wird mit der

„nicht zu leugnenden Futterknappheit“,

ferner mit der Zunahme der Ferkelzahl, die mit Sicherheit eine ähnliche Steigerung wie im Jahre 1915 erwarten läßt, begründet. Daher müsse verhütet werden, daß die Landwirte Ferkel absetzen und im Herbst, wenn ihnen kein Futter mehr zur Verfügung stehe, im schlachtunreifen Alter dennoch zur Schlachtung bringen. So schrieb die konservative „Schlesische Zeitung“ vom 19. August 1917 in einem Artikel „Der Ferkelmord“:

„Daher hält es das Kriegsernährungsamt (dessen Präsident also Batocki war! D. Verf.) für nötig, für die Ferkel Absatz zu schaffen. Aus diesem Grunde sind die Viehhandelsverbände angewiesen worden, außer den überschüssigen Läuferschweinen auch sämtliche ihnen gebotenen Ferkel abzunehmen und den Städten zur Schlachtung zuzuführen. Um allen Schwierigkeiten zu begegnen, soll Ferkelfleisch von Ferkeln bis zu 30 Pfund Lebendgewicht bis auf weiteres auf die Fleischkarte bis zum vierten Teile angerechnet werden. Den Landesbehörden ist sogar vom Kriegsernährungsamt freigestellt worden, Spanferkel gänzlich frei zum Verbrauch kommen zu lassen. Das gleiche gilt auch bei Genehmigung der Hausschlachtungen. Die Stadt Köln kaufte vor einiger Zeit eine große Menge von Spanferkeln an und verwandte sie mit dem besten Erfolg für die Massenspeisungen. Bekannt ist ja, daß Spanferkelfleisch, mit Gemüse gekocht, diesem einen hohen Wohlgeschmack verleiht. Spanferkel waren schon im Frieden eine sehr gute Delikatesse und werden sicher auch jetzt in diesen schweren Zeiten von der konsumierenden Bevölkerung gern gekauft werden. Den Schweinehaltern ist also nur zu raten, die überschüssigen Ferkel und Läuferschweine schleunigst abzustoßen, da sie unter keinen Umständen darauf rechnen können, Futtermittel zur Durchhaltung und Mästung dieser Tiere zu bekommen.“

Das teure Spanferkel als „Delikatesse“ für die breiten Massen erscheint fast wie ein Witz der Weltgeschichte. So verfahren war die Situation schon, daß man die Auswirkung derartiger Maßnahmen gar nicht mehr überlegte, sondern einfach irgendeine, gleich welche Maßnahme, ergriff, damit nur überhaupt etwas getan wurde. Schließlich waren die neuen Maßnahmen nichts anderes als eine Wiederholung der unglückseligen „Bartholomäusnacht der Borstentiere“ vom Jahre 1915, ein Ausdruck, der von derselben „Schlesischen Zeitung“ früher geprägt wurde. Man schien ganz vergessen zu haben, daß auch ohne Kraftfuttermittel die Ferkel wirklich schlachtreif gemacht werden können. Ja,

daß sogar solche Schweine sehr gut geraten, ohne daß man hierzu die Nahrungsmittel, die der Mensch benötigt, anzugreifen hätte. Sogar das Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung", die ebenfalls früher für den Schweinemord eintrat, warnte unterm 17. September 1917 und schrieb:

„Schon einmal hatten die Theoretiker ausgerechnet, daß die Schweine abgeschlachtet werden müßten, sonst müßte das Volk hungern. Das war damals ein verhängnisvoller Mißgriff. Wenn jetzt wieder ein großes Abschlachten der Ferkel und Schweine in Aussicht genommen ist, so darf man zwar annehmen, daß der Fall reiflich überlegt ist. Wir maßen uns kein ausschlaggebendes Urteil an, möchten aber doch glauben, daß die Gründe für ein größeres Abschlachten nicht erschöpfend genug bis ins kleinste und einzelne erforscht worden sind."

Tiefster Schweinebestand während des ganzen Krieges

Tatsächlich war der Schweinebestand, der am 1. März 1917 noch 13 Millionen Stück betrug, am 1. Dezember 1918 bis auf nur noch 9,6 Millionen, den tiefsten Stand während des ganzen Krieges, der zu Beginn noch 25,3 Millionen betrug, gesunken, wie folgende Tabelle zeigt:

1. Dezember	1816	3,58	Millionen Stück
1. „	1853	5,29	„ „
1. „	1892	12,17	„ „
1. „	1907	22,15	„ „
1. „	1912	21,92	„ „
1. „	1913	25,66	„ „
1. „	1914	25,34	„ „
15. März	1915	17,90	„ „
15. April	1915	16,57	„ „
1. Oktober	1915	19,24	„ „
1. Dezember	1915	17,29	„ „
1. „	1916	16,96	„ „
1. März	1917	13,01	„ „
1. Dezember	1918	9,6	„ „

Viele unreife Schweine waren also geschlachtet worden. Die Folge war, daß später das Paar Aufzuchtferkel 100, 120, 150 bis 200 M. kostete. Preise, die an Wahnsinn grenzten und die natürlich den Wiederaufbau der Schweinezucht nicht förderten. Da außerdem die Körner- oder Kartoffelfütterung an Schweine verboten war, kamen immer weniger Schweine zur Ablieferung.

Diese unsinnigen Eingriffe in die Erzeugung, entgegen dem Rate von wirklichen Fachleuten und Praktikern, die man aber bewußt nicht heranzog, weil sie zu viel verstanden, mußten unsere Wirtschaftslage immer ungünstiger beeinflussen. Erfassen und Verteilen der Ware, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Erzeugung, kennzeichneten unsere Kriegswirtschaft, und hier lag zum nicht unerheblichen Teil die Ursache der inneren moralischen und politischen Zermürbung unseres Volkes und damit des Kriegsverlustes. Die gesunden Ansichten konnten sich nicht genügend durchsetzen, weil jüdische Professoren und sonstige Nichtfachleute es verhinderten. Außerdem sprach hier die Zusammensetzung des Reichstages mit, in dem 110 Sozialdemokraten, 42 Demokraten, 91 Zentrumsmänner, unter Führung eines Erzberger stehend, saßen, und der gänzlich verständnislos geblieben war oder bleiben wollte. Wir sehen so, wie die ernährungsfeindliche, parlamentarische Mehrheit des Reichstags mit rauher und verständnisloser Hand in die landwirtschaftliche Produktion eingriff. Insbesondere die letzten Eingriffe in die Ferkelbestände trafen die Landwirtschaft und in der Auswirkung die Verbraucher schwer. Die fortgesetzte Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebsformen war außerdem eine der schlimmsten Belastungen des deutschen Bauerntums, die aber noch zu ertragen gewesen wäre, wenn ihr im Interesse der Ernährung des gesamten Volkes ein Erfolg beschieden gewesen wäre. Vom ersten bis zum letzten „Schweinemord" zieht sich wie ein roter Faden das Versagen des Parlamentarismus — teils bewußt, teils unbewußt — in allen wichtigen Fragen der Kriegsernährung, also in Dingen, die die breiten Massen des Volkes urpersönlich als Magenfrage betrafen. Ein Versagen, das um so schwerer wiegt, als die Mehrzahl dieser Parlamentsparteien vorgab, die Interessen dieser breiten Schichten besonders zu vertreten, dabei aber, wie das Kriegsbeispiel „Schweinemord" zeigt, gemeinsam mit jüdischen Landesverrätern hier Volksverrat im wahrsten Sinne des Wortes beging und die Massen im Stiche ließ. Das ist der Schluß, den wir aus der historischen Entwicklung des Schweinemordes ziehen müssen.

Der Parlamentarismus und die jüdische „Wissenschaft" als Totengräber der Kriegsernährung

5. Der Schweinemord – ein wirtschaftlicher Irrtum?

Schweinemast als Veredlungsgewerbe auf ausländischer Futterbasis. Der Fleischverzehr

Das Fehlen jeglicher Kriegswirtschaftsplanung vor 1914 zeigte seine verhängnisvollste Auswirkung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft. Man sah nicht, welchen Erschütterungen sie bei einer Blockade Deutschlands ausgesetzt sein mußte. Wahrscheinlicher ist, daß man unter der Führung jüdisch-liberalistischer Kreise vor dem Krieg bewußt nicht erkennen wollte, daß eine Lebensmittelblockade, auf mehrere Jahre eingesetzt, Deutschland auf die Knie zwingen mußte. Alle Argumente und Äußerungen maßgebender Liberalisten der Vorkriegswirtschaft sprechen für diese Annahme. Hier liegt der erste große bewußte volkswirtschaftliche Irrtum, der Anlaß gab, überhaupt den Gedanken an Schweineabschlachtungen im großen Stil aufzugreifen.

Bis auf einen sehr geringen Bruchteil beruhte die Schweinehaltung im Frieden auf der Zufuhr ausländischer Futtermittel. Die Entwicklung nach dieser Richtung war seit dem Zolltarifgesetz von 1904/05, das im Gegensatz zu den übrigen Getreidearten den Zoll für Futtergerste herabsetzte, stark begünstigt worden. Die deutsche Schweineerzeugung wurde somit immer mehr zum Veredlungsgewerbe, das mit ausländischen Rohstoffen im Inlande hochwertige Fertigerzeugnisse herstellte. Nach Kriegsausbruch mußte aus diesem Grunde die deutsche Schweinehaltung hart betroffen werden, da die Zufuhr von Auslandsfutter gesperrt wurde. In weitaus stärkerem Maße als die deutsche Rindviehhaltung ruhte also die Schweinehaltung, um mit Oldenburg (Skalweit: „Beiträge zur Kriegsernährungswirtschaft", S. 2) zu sprechen, auf Pfeilern,

> „deren Fundament in fremdem Boden verankert war und einstürzen mußte, als sie ihre Stützen verloren".

Der Grundfehler lag also auch hier wieder in der ganzen Vorkriegswirtschaftspolitik, die eben ohne Rücksicht auf einen evtl. Krieg jüdisch-liberalistische Weltwirtschaftspolitik trieb und somit die auf eigener, gesunder Futterbasis aufzubauende Fleisch- und Fetterzeugung als „lächerlich", „Geschwätz" und „unrentabel" hinstellte. Daß somit in Nord- und Nordwestdeutschland reine gewerblich-kapitalistische Großmästereien entstehen konnten, die keinerlei

Beziehungen zum Boden und damit zum Bauerntum hatten, somit kein Gramm eigenes Fett erzeugten, lag auf der Hand. Sie bekamen es ja aus den überseeischen bzw. russischen und norwegischen Gebieten billiger und machten sich deshalb auch in der Nähe der Einfuhrhäfen „seßhaft", um den langen und teuren Bahnfrachtweg für Gerste, Mais und Fischmehl zu sparen.

Nachdem die Situation also schon vor dem Kriege verfahren war, war eine Umstellung in der Fütterungsweise der deutschen Schweinehaltung mit Beginn des Krieges deshalb notwendig, weil das Schwein den Hauptteil des Fleischverbrauches des deutschen Volkes bildete. Der Gesamtfleischverbrauch in Deutschland betrug im Jahre 1912 3 460 000 Tonnen, von denen allein zwei Drittel = 2 165 000 Tonnen auf Schweinefleisch entfielen. Der deutsche Schweinebestand war nahezu doppelt so groß wie der englische und französische zusammen. Diese Entwicklung, deren Anlaß also im Zolltarif von 1904/05 zu sehen ist, trug dazu bei, den Fleischverbrauch in Deutschland bis auf 52 kg je Kopf der Bevölkerung zu steigern. Fleisch war damit in Deutschland ein Volksnahrungsmittel geworden.

Fleischverzehr in verschiedenen Ländern (1912)
(je Kopf der Bevölkerung)

	Gesamtfleischverzehr in kg je Kopf u. Jahr	Davon Schweinefleisch kg	v. H.
Argentinien	155	12,4	8
Vereinigte Staaten von Nordamerika . .	64	25,6	40
England	59	16,5	28
Frankreich	53	20,7	39
Deutschland	52	31,2	60
Belgien	32	12,8	40
Spanien	17	8,0	47

Die primitive Logik der Schweinemörder

Welchen Weg sollte man nun jetzt zur Erhaltung der Schweinebestände einschlagen? — Das Schwein ernährt sich in der Hauptsache von Nährstoffen, die auch für die menschliche Ernährung gebraucht werden. Das gilt vor allem für Getreide und Kartoffeln. Zuerst muß, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt sind, die Ernährung des Menschen sichergestellt werden. Bis zu seiner Schlachtreife (6 Monate) verbraucht das Schwein durchschnittlich 20 Ztr. Kartoffeln und 3 Ztr. Körnerfutter. Der Jahresverbrauch des Menschen beträgt rund 3 Ztr. Kartoffeln und rund 170 Pfund Brotgetreide. Es ergibt sich somit, daß

10 Millionen Schweine soviel Kartoffeln wie 60 Millionen Menschen verbrauchen, und daneben noch Getreide in einer Höhe beanspruchen, mit dem 20 Millionen Menschen in einem Jahre auskommen können. Bei außergewöhnlichen Ereignissen, z. B. in einem Kriege, wird es deshalb immer notwendig sein, in erster Linie den menschlichen Bedarf mit Brotgetreide und Kartoffeln zu decken. Denn eine Umwandlung über den Schweinemagen bedeutet Verluste an Nahrungsstoffen. Das ist alles richtig, und das führten auch die „Schweinemörder" ins Feld. Was sie aber verschwiegen, war, daß auch in Kriegsjahren auf jeden Fall die zur Ernährung des Volkes erforderlichen Mengen an Eiweiß und Fett erzeugt werden müssen. Unsere wichtigste Eiweißquelle ist nun einmal das Fleisch, und hier wurden von der Gesamterzeugung in Deutschland allein zwei Drittel vom Schwein geliefert. Ferner wird ein Drittel des Fettverbrauches durch das Schwein gedeckt. Jedes Übermaß einer Schweineabschlachtung ist deshalb ernährungspolitisch ein Verbrechen an der Volksernährung. Eine sehr vorsichtige, langsam durchzuführende Einschränkung der Schweinehaltung wäre allenfalls vertretbar gewesen, aber nur dann, wenn es sich dabei um eine Ersparnis zugunsten der menschlichen Ernährung gehandelt hätte. Wichtig ist ferner, daß der Zuchtbestand geschont und erhalten werden müßte, damit bei einer eventuell nicht zu vermeidenden Verminderung der Schweinebestände diese anschließend so schnell wie möglich wieder aufgebaut werden können. Die Schweinehaltung muß aber außerdem einen Umfang haben, der die Verwertung aller Futter- und Abfallstoffe einschließlich der Küchenabfälle gewährleistet, die fast ausschließlich nur durch den Schweinemagen verwertet werden können.

Diese ernährungswirtschaftliche Notwendigkeit der Erhaltung des größten Teiles der Schweinebestände stand jedoch nach den ersten Kriegsmonaten in den maßgebenden jüdischen Professorenkreisen nicht mehr zur Diskussion. Vielmehr suchte man nach einer für den Laien einleuchtenden Begründung, um den Schweinemord ins Werk setzen zu können. Eine radikale Abschlachtung sei notwendig. Wie eindringlich diese Forderung auch noch im Verlauf des Krieges gestellt wurde von Kreisen, die mit der Materie gar nichts zu tun hatten, die sich aber in einer Art von Eltzbachers Gnaden als „Fachleute" aufspielten, daß man staunen mußte, zeigten verschiedene Veröffentlichungen in der Tagespresse. Dem Juden (!) sei der Genuß von Schweinefleisch verboten. Aber darüber brauche sich der Volkswirt nicht den Kopf zu zerbrechen. Das Schwein sei als Nutztier unbrauchbar für ein kleines Inland in verkehrsarmer Zeit, selbst wenn wir ein Land wären, wo Milch und Honig fließt.

Die praxisfremde „Klinische Wochenschrift“ macht in Schweinemord

In der „Klinischen Wochenschrift“ vom 19. März 1917, also in der Zeit des 3. Schweinemordes, schrieb der jüdische Professor Dr. med. Felix Hirschfeld:

„Auch wir lebten in einem Land, wo Milch und Honig fließt, bis zu dem Augenblick, wo wir zwangsweise wieder in die verkehrsarme Zeit zurückversetzt wurden, bis zu dem Augenblick, wo uns die Futtereinfuhr abgeschnitten wurde. Von diesem Augenblick an schnappte uns das Schwein buchstäblich Milch und Honig weg. Nicht nur weil es uns die Magermilch und den Rübenzucker auffraß, sondern in noch größerem Maße wohl, weil sie uns das Rohmaterial vertilgten, aus dem unsere Nahrungsmittel hergestellt werden: Getreide und Zuckerrüben. Für den ‚Nicht-Wiederkäuer‘ mit ‚gespaltener Klaue‘ und den Menschen ist kein Platz in der gesamten Volkswirtschaft. Da heißt es, wo eines Platz greift, muß das andere weichen. Wer nicht vertrieben sein will, muß vertreiben . . . Der Rat Kuczynskis (!), der auch von anderen Volkswirten schon ausgesprochen wurde, möglichst rasch den Schweinebestand zu verringern, muß daher mit allen Mitteln unterstützt werden.“

Was würden die Herren Mediziner sagen, wenn plötzlich Bauern in ihrer Fachzeitung den Ärzten Ratschläge über die Technik einer Blinddarm- oder Magenoperation geben würden? Sie würden wahrscheinlich die Bauern für geistig nicht zurechnungsfähig erklären oder die Sache als schlechten Faschingsscherz auffassen. Aber über Ernährungswirtschaft durfte sich im Krieg jeder Laie als Fachmann aufspielen und Millionen Menschen schädigen. Wo nicht jüdische Sabotage unserer Kriegsernährung am Werke war, sondern politisch arglose Theoretiker in das gleiche Horn stießen, da wurden aus vollkommener Verkennung und Sachunkenntnis der betriebswirtschaftlichen Aufgaben der Schweinehaltung derartige laienhafte Forderungen gestellt. Es war diesen Theoretikern am grünen Tisch nicht bekannt, daß ja letzten Endes der Hauptteil des Futters für Schweine im Inlande erzeugt werden kann. Auch lebt das Schwein nicht nur von Stoffen, die der Mensch zu seiner Ernährung benötigt. Es sucht sich, zumal im Sommer, auf der Weide Futter zusammen, was sonst verlorengeht und ungenutzt bleibt. Vor allem ist das Schwein der beste Verwerter für die Abfallstoffe aus Küche und landwirtschaftlichen Nebenbetrieben. Insbesondere in den kleineren Betrieben auf dem Lande nutzt das Schwein in einer Weise sonst unerfaßbare Futterwerte aus, wie kaum ein anderes Haustier. Wenn auch diese Abfallstoffe im Verlaufe des Krieges naturgemäß zurückgingen, so fanden sich gerade in ländlichen Bezirken genügend Futtermittel für die Schweinehaltung vor. Durch eine systemvolle

Entwicklung der einheimischen Futtermittelerzeugung mit gepflegten Wiesen und Weiden, mit restloser Ausnutzung der im Ackerbau zu gewinnenden Futterpflanzen hätte die Einfuhr ausländischer Futtermittel in erheblichem Umfange überflüssig gemacht werden können. Eine zweckmäßige Aufbewahrung und Nutzbarmachung sowie die Ausdehnung der Trocknungsindustrie wäre notwendig gewesen. Eine Verminderung des Brotgetreideanbaus aber brauchte durch eine derartige Leistungssteigerung und durch eine richtige Aufbewahrung und Ausnutzung unserer Futterernte nicht befürchtet zu werden. Eine weitere Aufgabe der Schweinehalter wäre es schließlich gewesen, die Tiere ohne Verfütterung der zur menschlichen Ernährung geeigneten Kartoffeln, durch Verfütterung vielmehr von Wirtschafts-, Molkerei-, Brauereirückständen, von Rüben und Rückständen der Zuckerfabrikation oder durch Weidegang sowie durch Eintrieb in die Waldungen durchzubringen. Aber das alles wußten ja die Herren Theoretiker nicht, und ihre jüdischen Drahtzieher lachten sich ins Fäustchen!

Betriebswirtschaftliche Logik setzte sich nicht durch

Der Behauptung der Eltzbacher-Gruppe als Urheberin des Gedankens der Massenabschlachtungen der Schweine, daß die Schweinehaltung nahezu ausschließlich von der Kartoffel abhängig sei, wurde schon immer von den praktischen Landwirten widersprochen. Der radikale Weg der ziellosen Abschlachtung lag jedenfalls sicher nicht im Volksinteresse. Es ist zu bedenken, daß es damals in Deutschland 5,5 Millionen landwirtschaftliche Haupt- und Nebenbetriebe gab. Folgende Tabelle zeigt, daß im Vergleich zur Kartoffelanbaufläche die Zahl der Schweine bei den Kleinbetrieben bis unter 2 ha etwa 6—7mal so groß war wie bei den Betrieben über 100 ha.

In den Betrieben	Kartoffelanbau in Millionen ha	Zahl der Schweine in Mill.	in v. H.
über 100 ha	0,7	0,9	7,4
„ 20 bis 100 ha	0,7	2,7	19,3
„ 5 „ 20 ha	1,0	4,2	33,6
„ 2 „ 5 ha	0,4	2,3	16,5
unter 2 ha	0,5	3,5	23,2

Eine Verringerung des gesamten Schweinebestandes wäre übrigens automatisch erfolgt, da gerade die Provinzen, die die stärkste Schweinezunahme hatten, auf die Einfuhr ausländischer Futtermittel eingestellt waren und durch den Krieg nun die Futtergerste jetzt völlig fehlte. Die Gefahr, daß dafür als Ersatz Kartoffeln herangezogen worden wären, war gering. Denn tat-

sächlich hat sich nachher erwiesen, daß aus den Kartoffelüberschußgebieten erhebliche Kartoffelmengen nicht zur Verfütterung an die Schweine der kartoffelarmen Gebiete gelangt sind. Eine Aufrechterhaltung der vorwiegend gewerblich gemästeten und auf ausländischen Futtermitteln aufgebauten Bestände in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, die bei der Zählung 1914 allein ein Fünftel des Schweinebestandes des gesamten Deutschen Reiches, nämlich 5,1 Millionen gegenüber 25 Millionen aufwiesen, wäre an sich nicht möglich gewesen, und es wäre dort auch von selbst ein gewaltiger Rückgang eingetreten. In den Gebieten aber, in denen die Schweine eine ergänzende Rolle in der bäuerlichen Wirtschaft spielten, hätte man sie auch ohne nennenswerte Kartoffelfütterung auf alter Höhe halten können. Ferner ist auch zu berücksichtigen, daß immer ein großer Teil der Kartoffeln zur menschlichen Ernährung ungeeignet ist, da diese Knollen als zu klein oder, weil krank, nur zur Verfütterung Verwendung finden können.

Ein Beispiel als Beweis

Ein Beispiel aus der Praxis zeigt dies deutlich: Es wurden in der Schweineherde des bekannten Schweinezüchters Dr. Hoesch, Neunkirchen, bei rund 1000 Stück Schweinen weder Brotkorn noch nennenswerte Mengen Kartoffeln verfüttert. Von dem Gesamtertrage der Frischkartoffeln wurden im ganzen nur 150 Zentner Abfallkartoffeln, die als stark beschädigt oder allzu klein für den menschlichen Bedarf überhaupt nicht in Betracht kamen, als Futter verabreicht. Auch wenn man zugibt, daß es sich bei der Herde von Dr. Hoesch vorwiegend um eine Zuchtherde handelte, so kam doch nach seinen Angaben eine sehr große Anzahl zur Ausmästung.

Der vielseitige Futterverwerter Schwein

Aus allem geht hervor, daß man die vielseitige Produktionskraft dieses für die Volkswirtschaft unvergleichlich wertvollen Erzeugers von Fleisch und Fett unterschätzte. Eine Produktionskraft, die besonders hoch zu veranschlagen ist, weil sie in der Haltungsweise geradezu von einer unbegrenzten Elastizität ist. Denn das Hausschwein ist in der Lage, in normalen Zeiten Verwerter überreicher Kartoffelmengen zu sein, die sonst verfaulen würden, ferner aber beschädigtes Getreide, das nahezu gänzlich unverkäuflich ist, durch die Mast zu verwerten. Selbst unter schwierigen Kriegsverhältnissen ist es zweifellos möglich, eine extensive Fütterung mit den verschiedensten Wirtschaftserzeugnissen, die für die menschliche Ernährung nicht in Frage kommen, durchzuführen und das Wachstum hervorragend zu fördern. Zumal dann, wenn das Frühjahr in greifbarer Nähe ist und die Kleefelder und Grasgärten sowie viele Unkräuter eine günstige Ernährungsmöglichkeit bieten. Das scharfe Vorgehen

gegen die Schweinehaltung hat daher unnötigerweise eine wertvolle Nahrungsmittelquelle verstopft. Ein Vorgehen, das um so überflüssiger war, als das Frühjahr mit seinem erhöhten Futtermittelanfall bereits vor der Türe stand. Die Befürworter des Schweinemordes sprachen nur immer von den Futtermengen, die das Schwein dem Menschen wegfressen würde, Futtermengen, die zum Teil der Mensch überhaupt nicht verwerten kann. Sie erwähnten nichts davon, daß das Schwein ja letzten Endes nicht nur der

„größte Nahrungskonkurrent des Menschen" (Eltzbacher)

ist, sondern selbst bei verhältnismäßig geringen Futteransprüchen in der Lage ist, die Fleisch- und damit die Eiweiß- sowie die Fettversorgung des deutschen Volkes in einem ganz erheblichen Maße zu befriedigen. Die Parole lautete aber bewußt, um mit Professor Dr. Schuhmacher in der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" vom 25. März 1915 zu sprechen:

„Das Vieh darf nicht nur als Nahrungsmittel, sondern muß vor allem auch als Verzehrer von Nahrungsmitteln betrachtet werden."

Das Schwein als Fettspender

Im Jahre 1913 hatten wir beispielsweise eine Mehreinfuhr von Schweineschmalz, Talg, Oleomargarine, Milchbutter und Butterschmalz von 214 334 t im Werte von 282,541 Millionen M. Ferner betrug die Mehreinfuhr von Leinsaat, Mohn, Sonnenblumensamen, Sesam, Raps, Rübsen, Palmkernen, Kopra, Baumwollsamen und Erdnüssen 1 590 060 t im Werte von 506 637 000 M. Diese ausländischen fetthaltigen Nahrungsmittel und tierischen Kraftfuttermittel fehlten nun zum großen Teil. Sie konnten, wenn auch nicht vollständig, einzig und allein durch die Heranmästung des fettwüchsigen Schweines einen teilweisen Ersatz finden. Das Rind kann, schon weil sein Fleisch und Milchfett (Butter) teurer sind, keinen ausreichenden Ersatz bieten. Trotzdem hat man sich auch nicht gescheut, am Schluß des Krieges, als der Schweinebestand vernichtet war, in den Rinderbestand einzugreifen. Beim Rind muß man bedenken, daß es erst im späteren Alter Schlachttier wird, während es vorher Zug- und Zuchttier ist. Auch ist es als Milch- und damit z. T. wieder Fettlieferant (Butter) unentbehrlich.

Tragende Sauen werden gemordet. Sonstige betriebswirtschaftliche Fehler

Überhaupt schien es den Agitatoren des Schweinemordes, vor allem den jüdischen Professoren, daran gelegen zu sein, die Produktionskraft der Ernährungswirtschaft zu schwächen. Sie forderten einen Eingriff, nicht nur in die Schweine-, sondern auch in alle Zuchtbestände, so vor allem Professor Eltzbacher in seiner bereits zitierten Denkschrift:

„Die notwendige Verminderung unseres Viehbestandes for-

dert einerseits die Schlachtung eines Teils der Tiere, andererseits die Einschränkung der Erzeugung und Aufzucht."

Im Gegensatz zu England, wo alles getan wurde, um die Erzeugungskraft des Landes systematisch zu heben, wurde der Viehbestand in Deutschland unnötigerweise stark eingeschränkt. Es wurde geradezu gedrängt, immer wieder in die Bestände der Ernährungswirtschaft weit über das erforderliche Maß einzugreifen. Wie die Forderung des Eingriffs in die Schweinezuchtviehbestände praktisch in die Tat umgesetzt wurde und vernichtend wirkte, beweist eine Notiz aus der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung" vom 17. Juni 1915, die eine Entschließung der Berliner Fleischerinnung wiedergibt, in der es heißt:

„Das Verkaufen tragender Schweine für Schlachtviehmärkte hat im Laufe der letzten Jahre zum großen Schaden des Fleischergewerbes einen immer größeren Umfang angenommen. So sind im Jahre 1914 allein auf dem Berliner Schlachthof rund 14 000 tragende Schweine geschlachtet worden; wenn jedes Mutterschwein nur 6 Ferkel bei sich gehabt haben sollte, so ist dadurch das Leben von 84 000 Schweinen vernichtet worden. Die Richtigkeit dieser Zahlen steht buchmäßig fest und ist unantastbar."

Man wußte ferner nicht, da man ja von Praxis nichts verstand, oder man wollte es nicht wissen, daß letzten Endes bei einem geringeren Viehbestand auch unsere Ernteerträge abnehmen müssen. Denn die Viehhaltung ist ein notwendiger Bestandteil jedes landwirtschaftlichen Betriebes. Mit der Hebung der Landwirtschaft, d. h. mit der Intensivierung unserer Betriebe ist sowohl die Zahl der Arbeitstiere gewachsen als auch die Stalldüngererzeugung. Gerade in der Kriegszeit, wo die künstlichen Düngemittel äußerst knapp wurden, hätte auf eine vermehrte natürliche Düngererzeugung Wert gelegt werden müssen, um so unsere Erträge an Brotkorn zu heben. Jeder Zweig eines landwirtschaftlichen Betriebes ist von dem anderen abhängig, ebenso wie die Glieder des menschlichen Organismus untereinander.

Die falsche Berechnung des Futterbedarfs eine der Ursachen des Mordes

Bei der Frage der Höhe der Abschlachtungen hätte man davon ausgehen müssen, wieviel Futtermittel in Deutschland, nach Abzug der für Nahrungszwecke verwendbaren, dann noch für die Schweine zur Verfügung standen. Die maßgebenden jüdischen Kreise, deren Vorschläge Grundlage für die gesetzlichen Bestimmungen waren, machten es sich allerdings sehr leicht, und ließen von ihrer sonst so „wissenschaftlichen Gründlichkeit" hier alles vermissen. Sie scheuten eine Bestandsaufnahme und nahmen die Einfuhrzahlen zum Ausgangspunkt ihrer Berechnungen, wie Eltzbacher in seiner Denkschrift betont:

„Um die danach gebotene Verringerung unseres Viehbestandes einigermaßen zahlenmäßig zu bestimmen, können wir 2 Wege einschlagen. Wir können einmal die eingeführten Futtermittel und das bisher verfütterte einheimische Brotgetreide zum Ausgangspunkt nehmen und fragen: wieviel von unserem Vieh müssen wir in Anbetracht ihres Fehlens abschaffen? Wir können zweitens von den noch zur Verfügung stehenden Futtermitteln ausgehen und fragen: wieviel von unserem Vieh wir mit ihnen erhalten können, woraus sich dann ebenfalls die Zahl des abzuschaffenden Viehs ergibt. Von dem, was uns fehlt, gehen wir am besten aus (!), um für ganz Deutschland zu einem Ergebnis zu gelangen, denn die Menge der uns fehlenden Futtermittel läßt sich für das ganze Reich mit viel größerer Genauigkeit feststellen als die Menge der noch vorhandenen ... Mit den 2 925 602 t ausländischer Futtermittel hätten wir also 2 925 602 000 (kg) geteilt durch 525 (kg, je Schwein und Mastperiode), somit rund 5½ Millionen Schweine gemästet. Das ist etwas mehr als ein Fünftel der 25½ Millionen Schweine, die bei der letzten Viehzählung gezählt wurden."

Aber diese Anzahl der abzuschlachtenden Schweine erschien noch viel zu gering. Deshalb wurde nach Eltzbacher ein weiteres Motiv herangezogen:

„Steigert man also die Zahl der Schweine, um die man aus Mangel an Futtermitteln unseren Bestand vermindern muß (5½ Millionen) auf 9 Millionen, so kann man mit Hilfe der so gewonnenen Futtermittel eine weitere Million Kühe von der Schlachtung ausnehmen. Wenn man die Zahl der Schweine, auf deren Mästung man verzichtet, auf 12½ Millionen steigerte, so würde man sogar unseren ganzen Bestand an Milchkühen erhalten können."

Tatsächlich wurde dann auch später im Verlauf einiger Monate der Schweinebestand um diesen geforderten Satz verringert. Sehr treffend äußerte sich zu derartig irreführenden Methoden der Professor Dr. Skalweit in seinen „Beiträgen zur Kriegsernährung":

„Wer Wirtschaftspolitik mit dem Rechenstift macht, hat freilich leichte Arbeit. Er rechnet sich nach dem Durchschnitt der letzten Friedensjahre aus, wieviel Futtermittel und Getreide aus dem Auslande eingeführt worden sind. Er läßt sich alsdann von einem Sachverständigen sagen, wieviel Futter ein Schwein bis zur Mastreife beansprucht, dividiert diese Zahl durch die für die Schweine früher eingeführte Futtermenge, und er hat die Zahl, der der Schweinestapel angepaßt werden muß."

Auf diese Art und Weise konnten Eltzbacher und Genossen zu gar keinem richtigen Ergebnis kommen. Nicht nach der Menge der fortfallenden ausländischen Futtermittel ist die Anzahl der Schweine festzustellen, die man in Deutschland halten kann, sondern danach, wieviel nach Abzug der Nährstoffe für die Menschen aus unserer eigenen Inlandserzeugung übrigbleibt. Einwandfreies statistisches Material über die Ernteergebnisse bei Kartoffeln und Getreide war nicht vorhanden. Vor allem ist die Methode unmöglich, die Kartoffelmenge im Herbst, also zu einem Zeitpunkt zu schätzen, wo die Ernte überhaupt noch nicht beendet war. Die Argumente der Befürworter des Schweinemordes lauteten also nach dem Ergebnis dieser Schätzungen: „Tot dem Schwein", weil es angeblich nicht nur unser Getreide, sondern auch unsere Kartoffeln vertilgte. Es ist ganz unglaublich, daß man zu einer planmäßigen Massenschlachtung schritt, ohne daß man somit über die Höhe der zur Verfügung stehenden Futtermittel überhaupt im Bilde war. Nur zu spät erkannte die Öffentlichkeit, was mit den Schweineschlachtungen angerichtet worden war. Eine heftige Kritik setzte ein, die sich vornehmlich gegen die jüdischen Professoren richtete:

„Sie hätten seinerzeit die Verminderung des Schweinebestandes mit besonderem Eifer verfochten. Ein unnötiger Schaden sei angerichtet worden, nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem ganzen Volke. Hier hätte eingegriffen werden können, das beweise der Kartoffelüberschuß im Frühjahr."

Diese Stimmen kamen nicht nur aus Agrarkreisen, sondern die gesamte Öffentlichkeit äußerte sich in diesem Sinne, so die freisinnige „Vossische Zeitung" vom 10. Juni 1915:

„Im Juli vorigen Jahres haben ernsthafte (?!) Statistiker die Befürchtung ausgesprochen, daß unsere Kartoffelvorräte keineswegs ausreichen würden, und heute haben wir gerade einen Überfluß an Kartoffeln. Manche Stadt weiß kaum, was sie mit den Kartoffeln, die sie auf den Rat erfahrener Männer in bester Absicht auf Vorrat eingekauft hat, jetzt anfangen soll. Mit Agrarstatistiken, die naturgemäß zum großen Teil auf Schätzungen aufgebaut sind, ist es oft eine heikle Sache. Dazu kommt, daß manche Landwirte in der Hoffnung, daß die Preise noch immer weiter steigen würden, ihre Kartoffelvorräte künstlich zurückgehalten haben und sie jetzt, da es an den nötigen Arbeitskräften fehlt, um die Kartoffeln auszulesen, zu entkeimen usw., notgedrungen auf den Markt werfen müssen. Wohl selten waren Kartoffeln im Juni so billig wie jetzt. Und schon rechnet man mit dem baldigen Eintreffen der Frühkartoffeln.

Schlimmer als mit den Kartoffeln steht es mit der Fleischversorgung. Man braucht ja nur die Zahlen des Auftriebs auf den städtischen Viehhöfen ein wenig zu mustern. Und dabei geben die nackten Zahlen noch kein genaues Bild. Denn man darf nicht außer acht lassen, daß das durchschnittliche Schlachtgewicht des Schweines auf dem Berliner Viehhof 230 Pfund vor dem 1. August betrug, während es heute nur 150 bis 160 Pfund beträgt. Aus vielleicht allzu großer Besorgnis vor Futtermangel sind die meisten Fettschweine abgeschlachtet worden."

Die Schweinemörder verteidigen ihre falsche Futterstatistik ohne Erfolg

Die angegriffenen „Schweinemörder" setzten sich nun zur Wehr, unter ihnen besonders der jüdische Professor Dr. Eltzbacher, der Urheber der ganzen Aktion. Er bestritt, daß ein Kartoffelüberschuß im Frühjahr vorhanden gewesen wäre. Die 3½ Millionen t Kartoffeln, die nach der Bestandsaufnahme vom 15. Mai 1915 noch vorhanden waren, hätten bis zum 1. August reichen müssen. Da der monatliche Gesamtkartoffelverbrauch der deutschen Bevölkerung mit etwa 1½ Millionen t anzunehmen war, wären für die Zeit vom 15. Mai bis 1. August 1915 noch 3½ Millionen t nötig gewesen, während die Schweine, — er nimmt 9 Millionen Schlachtungen an — wenn sie nicht geschlachtet worden wären, bis zum 15. Mai 1915 2 Millionen t Kartoffeln gefressen hätten. Ohne ihre Schlachtung wären also am 15. Mai 1915 nur noch 1½ Millionen t Kartoffeln vorhanden gewesen, so daß für die menschliche Ernährung ein Mangel gewesen wäre. Eltzbacher begeht hier — bewußt oder unbewußt? — den groben Fehler, bei der Bestandsaufnahme die Masse der Kartoffelmengen unter 1 Ztr. (städtische Haushaltungen) nicht erfaßt zu haben. Aus diesem Grunde mußten die Gesamtbestände nach dem 15. Mai 1915 weit mehr betragen haben. So schreibt die „National-Zeitung" vom 25. Juni 1915:

> „Inzwischen sind etliche Monate ins Land gegangen, und heute wissen wir, daß wir nicht nur genug Kartoffeln besitzen, sondern daß wir, bei einer Ernte von etwa 55 Millionen t, geradezu im Überfluß schwimmen. Welchen Sinn hat es also, daß Leute ohne Fachkenntnis und vor allem ohne den Besitz statistischer Unterlagen ins Blaue hinein von einer drohenden Not phantasieren?"

Dies beweist schon die Tatsache, daß riesige Mengen von Kartoffeln nicht nur für die Ernährung, sondern sogar für die Verfütterung unbrauchbar waren und in den Kellern buchstäblich verfaulten. Zur gleichen Zeit besaßen aber Kuczynski und Zuntz die Unverschämtheit, von einem „legendären Kartoffelüberfluß" zu sprechen. In der freisinnigen „Vossischen Zeitung" vom 13. Juli 1915 wird von ihnen u. a. die Behauptung aufgestellt:

„Unser Überfluß an Kartoffeln ist ebenso eine Legende wie das Märchen von den ungewöhnlich zahlreichen Schweineschlachtungen."

Darauf sandte der Inhaber einer großen Dextrinfabrik, der naturgemäß den Vorgängen auf dem Kartoffelmarkt besondere Beachtung widmete, folgende Entgegnung an die „Vossische Zeitung", die am 19. Juli 1915 erschien:

„Unser Überfluß an Kartoffeln war keine Legende, sondern wir wurden im Monat Mai davon überrascht, daß die Kriegsgesellschaft für Verteilung von Kartoffeln 5 Millionen Ztr. Eßkartoffeln als Eßkartoffeln nicht unterzubringen wußte. Wir hatten also einen gewaltigen Überfluß an Speisekartoffeln. Als Folge davon waren dann auch die Preise der Speisekartoffeln ganz erheblich gesunken, und man konnte fast sagen, Speisekartoffeln waren zu jedem Preise zu haben, mit 3 M. in Wagenladungen, mit 4 M. bei Einzelbezügen."

In der 16. Reichstagssitzung vom 23. August 1915 stellte abschließend der Abgeordnete Arnstadt (deutschkonservativ) zur Kartoffelfrage fest:

„Die Kartoffelfrage ist eine sehr umstrittene. Trotz aller Befürchtungen im Vorjahre hat sich nachher herausgestellt, daß wir einen großen Überschuß an Kartoffeln zur Verfügung hatten. Ich glaube, es sind noch niemals so viel Kartoffeln in den städtischen Kellern verfault wie in diesem Jahre."

Auch die damalige Reichsregierung konnte nicht umhin, in ihrem Regierungsorgan, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", vom 25. Juni 1915 durch Delbrück zuzugeben, daß

„aus den reichen vorhandenen Kartoffelvorräten eine sehr nennenswerte Reserve in das neue Jahr"

hineingenommen wurde.

Ballod verdreht geschickt, widerspricht sich aber sehr oft

Professor Ballod führte in Schmollers Jahrbuch 1916, 40. Jahrgang, den sich am 15. Mai 1915 zeigenden Kartoffelüberschuß nicht auf die Vernichtung des Schweinebestandes, sondern auf andere Ursachen zurück. Die Heeresverwaltung habe aus Polen eine sehr beträchtliche Kartoffelausfuhr organisiert. Auch aus Holland dürften erhebliche Mengen nach Deutschland geliefert worden sein. Aus diesem Grunde seien die von der Heeresverwaltung angeforderten 200 000 t Kartoffeln nicht abgenommen worden. Auch 75 000 t Zucker wurden denaturiert und zu Futterzwecken zur Verfügung gestellt. Hätten wir diese 75 000 t Zucker, die rund 2½ Millionen t Kartoffeln ersetzten, weniger verfüttert, dann hätten die Kartoffelbestände nicht gelangt. Ballod meint auf Seite 91 gereizt, daß

„es allerdings keine Heldentat war, eine Dauerware, die zur menschlichen Ernährung geeignet war, an Schweine zu vergeuden und dann den Professoren vorzuwerfen, warum sie Kartoffelmangel befürchtet hätten“.

Wenn Ballod meinte, daß außer durch die polnische Kartoffelzufuhr vor allem durch die Verfütterung von denaturiertem Zucker der Schweinebestand gehalten werden konnte, so stimmt dies nicht, denn mit den damals angestellten Zuckerfütterungsversuchen an Schweinen wurden wenig gute Erfahrungen gemacht. Es spricht auch wenig für das „wissenschaftliche“ Können dieses gleichen „maßgebenden“ Professors, wenn es in der von ihm mit unterzeichneten Denkschrift Sering vom 13. März 1915 bei der Berechnung der Kartoffelvorräte heißt:

„Auf Zufuhren aus Polen ist nach zuverlässigen Mitteilungen schwerlich in größerem Umfange zu rechnen.“

Und wenn er dann in seiner Verteidigung plötzlich den Kartoffelüberschuß darauf zurückführt, daß die Heeresverwaltung eben doch, trotz der gegenteiligen Meinung desselben Ballod, eine beträchtliche Ausfuhr aus Polen organisiert habe. Hier steht also der „Ballod 1915“ gegen denselben „Ballod 1916“. Wie die Voraussagen des Professors Ballod den amtlichen Mitteilungen vorauseilten, hat er ja bereits vor dem Kriege in düsterer Verheißung in den Preußischen Jahrbüchern vom 1. Juli 1914 ausgesprochen. Wir haben bereits schon einmal seinen Ausspruch hierzu wiedergegeben:

„In Deutschland würde auf Grund der Leistungsunfähigkeit unserer Landwirtschaft beim Ausbruche eines Krieges die Industriebevölkerung in wenigen Wochen vor einer Katastrophe stehen, die Brotpreise würden in kürzester Zeit eine für die Masse der Bevölkerung unerschwingliche Höhe erreichen . . .“

Später freute sich Professor Ballod in einem Brief an Graf von Mirbach-Sorquitten, den Vorsitzenden der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, der in der nationalliberalen „Täglichen Rundschau“ vom 28. März 1915 erwähnt ist, erklären zu können, daß er

„die Gefahr einer Abschließung Deutschlands durch den Weltkrieg überschätzt habe, weil er die wundervoll erstaunliche Opferfreudigkeit des deutschen Volkes unterschätzt habe“.

Die Professoren wehren sich und werden geschützt

Es berührt wahrlich mehr als eigentümlich und grenzt schon mehr an Hohn, wenn die Professoren nach dem Schweinemord sich damit verteidigten, daß sie „nur“ auf Grund der Unrichtigkeit der Bestandsaufnahme gefehlt hätten. Wenn sie sich über die Entwicklung unserer Ernährungswirtschaft im Kriege schon „derartig im klaren“ gewesen wären, wäre die Beschaffung einwandfreier

Statistiken schließlich ihre Aufgabe und Grundlage aller Maßnahmen gewesen. Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück nahm in diesem Zusammenhang im Regierungsorgan, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 25. Juni 1915, die jüdischen Professoren noch in Schutz und vergaß anscheinend, daß er damit seine eigene Regierung um so mehr belastete, die sich trotz der geäußerten „Bedenken“ über die Abschlachtungen gegen die Meinung der jüdischen Professoren nicht durchsetzen konnte. Um so bedauerlicher, wenn man nachher diese „angesehenen Professoren“ noch schützte:

„Es mag richtig sein, daß angesehene Professoren und Lehrer der Nationalökonomie sich bei den Schätzungen getäuscht haben. Aber sie sind dabei von den Erhebungen ausgegangen, die die Regierung angestellt hat. Gerade aus diesen Kreisen heraus sind schwere Bedenken gegen die vorschnelle Abschlachtung der Schweine erhoben worden. Die Bestandsaufnahmen waren unrichtig. Hier liegt der springende Punkt.“

Um sich gegen die Vorwürfe über ungerechtfertigte Abschlachtungen zu verteidigen, griff beispielsweise Ballod in der nationalliberalen „Täglichen Rundschau“ vom 29. Juni 1915 besonders scharf die Erzeuger an:

„Die Kartoffelstatistik vom 15. März dürfte um 20—25 v. H. zu niedrig gewesen sein. Die Besitzer der Kartoffelmieten haben den Inhalt der Mieten um diesen Betrag zu niedrig angegeben, woraus ihnen aber kein besonderer Vorwurf zu machen ist, sie haben einfach sehr vorsichtige Angaben gemacht, den möglichen Verderb hoch eingeschätzt. Der Verderb in den Mieten hat sich nun in diesem Jahre als äußerst gering herausgestellt. Daraus ist aber den Theoretikern kein Vorwurf zu machen. Die können es im März ebenso wenig wissen, wie es die Praktiker gewußt haben . . . So müssen denn die Theoretiker und Professoren die ihnen zugeschobene Urheberschaft der Fleischnot und des Kartoffelüberschusses (der gar nicht so erheblich ist) höflichst ablehnen.“

Zuerst sich als angebliche Autorität aufspielen, um nachher die Vaterschaft zu leugnen, ist allerdings ein billiges Verfahren, das aber deshalb nicht zieht, weil in der Denkschrift Sering vom 15. März 1915, die, wie bereits gesagt, auch von Ballod unterschrieben wurde, die Möglichkeit, daß nur wenige Landwirte die Ergebnisse der Kartoffelzählung zuverlässig angeben könnten, schon ins Auge gefaßt wurde. Hier der Beweis:

„Die für diesen Tag (15. März) angeordnete Erhebung über die Kartoffelvorräte wird sehr ungenaue Ergebnisse zeigen, weil

nur wenige Landwirte genau angeben können, wieviel Zentner in ihren Mieten liegen."

Hieraus ist zu entnehmen, daß man sich über den Wert der Erhebungen sehr genau im klaren war, und es ist echt jüdisch, wenn man nachher die Schuld auf die verkehrten Angaben der Landwirte abwälzen will. Ein klarer Beweis von Sabotage! Daß solche Schätzungen unsicher sein mußten, darauf ist nicht nur von landwirtschaftlicher Seite hingewiesen worden, sondern gerade von der Seite, die nachher die Urheberschaft der Fleischnot und des Kartoffelüberschusses ablehnte. Man muß sich nur einmal erinnern, daß damals die großen ausschlaggebenden Kartoffelvorräte noch in den Mieten waren. Diese konnten infolge der damaligen Witterungsverhältnisse nicht einmal zu Stichproben, geschweige denn zur Gesamtzählung geöffnet werden. Man war also lediglich auf Schätzungen angewiesen. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung" des Bundes der Landwirte vom 2. Juli 1915:

„Die Landwirte würden nicht nur pflichtwidrig, sondern auch gegen ihre eigenen Interessen gehandelt haben, wenn sie bei diesen Schätzungen den Bestand bewußt und absichtlich zu niedrig hätten angeben wollen. Sie mußten damit rechnen, daß sie, wenn die Bestandsaufnahme einen nur geringen Vorrat an verfügbaren Kartoffeln ergab, in der Verwendung noch mehr eingeschränkt werden würden."

Professor Dr. H. Silbergleit, der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, geht nach der freisinnigen „Vossischen Zeitung" vom 12. Juli 1915 nun in einer Schrift „Die Aushungerungsgefahr?" kurz auf die falschen statistischen Auslegungen der Professoren ein:

„Man sage nicht, daß eine zutreffende oder auch nur annähernd richtige Feststellung der Kartoffelvorräte nicht möglich wäre. Hat man aber diese Meinung, so sollte man erst keine derartige Aufnahme ins Werk setzen, die, wie das Beispiel zeigt, nur schaden und nichts nützen könnte. Die Leidtragenden sind die Verbraucher, die zu den höheren Preisen für andere Lebensmittel noch eine völlig unbegründete Teuerung der Kartoffeln über sich ergehen lassen mußten. Aber auch vom Standpunkt der Statistik, die doch die unentbehrliche Grundlage der Verwaltung ist, muß gegen eine solche Art von Aufnahme, durch die sie schwer bloßgestellt wird, Einspruch erhoben werden."

Nicht zu leugnende Tatsachen. Eine verlorene Schlacht

Tatsache ist nun, daß die Zwangsabschlachtungen der Schweine veranlaßt wurden, weil man einen Kartoffelmangel vorschob. Tatsache ist ferner, daß im Frühjahr mehr Kartoffeln da waren, als für den menschlichen Bedarf nötig gewesen wären. Tatsache ist auch, daß die am 15. Mai 1915 noch vorhandenen Kartoffel-

vorräte, einschließlich der durch die Bestandsaufnahme nicht erfaßten Mengen, so groß waren, daß die inzwischen geschlachteten Schweine nicht imstande gewesen wären, sie aufzufressen. Eine falsche statistische Bewertung war Vorwand zu der damals ausgeführten Zwangsschlachtung. Nicht die Einfuhr, sondern die Eigenerzeugung an Futtermitteln mußte Maßstab für eine eventuelle Verringerung des Schweinebestandes sein. Hinzu kam ferner, daß über die Zahl der zu schlachtenden Schweine überhaupt kein Überblick herrschte und man über den Zeitpunkt, an dem der Zweck der Aktion erreicht war, vollkommen im unklaren war. Die wenigen Angaben der Bestandsaufnahme waren unzuverlässig, oder ihre Ergebnisse kamen zu spät, um die Handlungen noch rechtzeitig beeinflussen zu können. Man „tappte eben im dunklen“. Deutschland hatte infolge der Unfähigkeit sog. „Wissenschaftler“ eine Schlacht in der Heimat verloren, die in ihrer Bedeutung einer der größten Frontschlachten gleichzusetzen war. Ihre Auswirkungen sollte das ganze Volk jahrelang bitter spüren.

Die Professoren und die Praktiker

Typisch hierfür sind die Äußerungen Ballods in einem Brief an den schon erwähnten Grafen von Mirbach-Sorquitten aus der nationalliberalen „Täglichen Rundschau“ vom 28. März 1915:

> „Noch einige Wochen, und wir sind glücklich so weit, daß wir uns die fernere Diskussion über die Kartoffeln sparen können. Die Bevölkerung wird zwar bald keine Kartoffeln mehr haben, aber das Schwein, das Schwein wird gerettet sein. Wird es das? ... Die 17 bis 18 Millionen Schweine werden von Mai an fast ausschließlich durch Weidegang und Grünfutter erhalten werden müssen... Der halbe Schweinebestand wird doch noch im Spätfrühjahr geopfert werden müssen.“

Auch Professor Dr. Eltzbacher suchte den konservativen Abgeordneten Dr. Hoesch im Abgeordnetenhaus auf, um seine „Berechnungen“ vorzulegen, nach denen schon damals (Ende Februar 1915) der gesamte Kartoffelvorrat bis auf einen verschwindenden Rest aufgebraucht sein müßte. Es seien daher Maßnahmen zur Rettung dieses letzten Restes sofort anzuordnen. Diese Aussprüche wurden noch zu einer Zeit getan, als es für alle Sachverständigen und Praktiker bereits klar war, daß wir einen Kartoffelüberschuß haben würden, der dazu führen mußte, daß große Mengen Kartoffeln in den Kellern später verfaulten. Ist es da ein Wunder, daß die Praktiker von den Wissenschaftlern und Theoretikern nichts wissen wollten? Hierüber beschwert sich Ballod in dem genannten Brief an Graf von Mirbach-Sorquitten bitter, aber zu Unrecht:

„Bestünde nicht das tiefgehende Mißtrauen und die Abneigung der Praktiker gegen die Theoretiker und Wissenschaftler, die die ersteren von gemeinsamer Arbeit mit den letzteren zurückhielt, es wäre alles das, was die Praktiker forderten, beizeiten durchgesetzt worden. Ich hoffe, es ist auch jetzt noch zu gemeinsamer, ersprießlicher Arbeit nicht zu spät ... Es hat noch nie eine so landwirtschaftsfreundliche Zeit in Deutschland gegeben wie die heutige."

Propaganda für stärkeren Fleischverbrauch. Dauerware hält nicht

Gibt es noch eine größere Ironie? Gibt es noch eine größere Unwahrhaftigkeit und Verdrehung der Tatsachen zur Vertuschung der eigenen Unfähigkeit? Verantwortungslosigkeit feierte Triumphe! Die über den eigentlichen Bedarf hinaus angeordneten Schweineabschlachtungen führten nun weiterhin zu einer Verschleuderung von Fleisch, indem die Bevölkerung aufgefordert wurde, sich mit Fleischvorräten zu versehen, ohne überhaupt die Möglichkeit zu haben, in ihren Wohnungen für längere Zeit Fleisch zu konservieren und aufzubewahren. Sie wurde weiter aufgefordert, viel Fleisch zu verzehren, um so einem Verfaulen der Bestände vorzubeugen. So schreibt der „Deutsche Kurier" vom 20. Februar 1915:

„Da sich das Fleisch dieser jungen Tiere nicht gut zur Herstellung von Dauerware eignet, so muß es baldigst verkonsumiert werden. Es wäre deshalb sehr zu wünschen, wenn der Verbrauch von Dauerwaren — nicht die Herstellung — etwas eingeschränkt würde, und wenn dafür die Hausfrauen Fleisch von jungen Schweinen verlangten. Aber auch vom vaterländischen Standpunkt (!) aus ist es richtig, daß das Fleisch der jungen Schweine möglichst viel verlangt und verzehrt wird. Geschieht dies nicht, so wird der Landwirt die jungen Schweine entweder mit Hilfe menschlicher Nahrungsmittel durchhalten, oder das Fleisch wird (da es sich zur Konservierung wenig eignet) teilweise verderben und gleichfalls ein Verlust an menschlicher Nahrung eintreten."

Die Absicht der Regierung, das geschlachtete Schweinefleisch in Dauerware umzuwandeln, gelang nicht, da sowohl die Güte und Art der geschlachteten Tiere als auch die Jahreszeit wenig zur Herstellung von Dauerware geeignet waren. Es hat auch nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die rechtzeitig auf die mangelnden Vorbereitungen für die Herstellung von Dauerware hingewiesen haben. So stand sogar im freisinnigen „Berliner Tageblatt" vom 6. Januar 1915 ein Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

„Die Waren sind aber nur dann längere Zeit haltbar, wenn sie entsprechend aufbewahrt werden. Dauerwürste sind der Aus-

trocknung unterworfen, sobald der Austrocknungsprozeß jedoch auf einige Zeit unterbrochen wird, tritt die Verschlechterung des Fleischmaterials ein. Eine geeignete Aufbewahrung ist nun, wie oben gesagt, imstande, diese Wurstwaren auf längere Zeit in gutem, genießbarem Zustande zu erhalten. Man müßte die Würste freihängend in kühlen, reichlich von Zugluft durchströmten Räumen aufbewahren. Solche Räume zu beschaffen, dürfte für größere Anstalten und Organisationen sehr wohl möglich sein, unmöglich ist es dagegen für die Hausfrau einer Berliner Mietswohnung. Ganz und gar passen dazu nicht Vorratskammern, wie sie als Zubehör einer Mietswohnung allgemein bekannt sind. Genügend frische Luft ist hier meist nicht vorhanden. Die Würste würden neben allen möglichen Eßvorräten ihren Platz finden, was ihrer Haltbarkeit schon an und für sich einen großen Abbruch tut. Rechnet man, daß eine gute Mettwurst sich mehrere Monate in einer Vorratskammer hält, so dürfte damit schon das höchste Maß erreicht sein ... Noch ungeeigneter sind die Verhältnisse, wenn man den Einkauf gepökelten Fleisches in Erwägung zieht. Ein derartig für lange Dauer gepökeltes Fleisch gibt es in Berlin überhaupt nicht. Auch Versuche mit einem dermaßen stark eingepökelten Fleisch, das für mehrere Monate haltbar ist, werden sich für die Verhältnisse der Großstadt nicht empfehlen. Das Fleisch würde dann durch das lange Liegen in der Salzlake so hart und durch das Salz schwer genießbar werden, daß kaum jemand daran noch Geschmack finden dürfte .. Das in Berlin allgemein beliebte Kasseler Rippespeer ist nur in geringem Maße gepökelt und geräuchert und dementsprechend nicht von langer Haltbarkeit ... Ganz ungeeignet für die Aufbewahrung von Dauerfleischwaren sind aber — nach den Ausführungen des erwähnten Fachmannes — die Kellerräume. Alle Waren würden hier in kurzer Zeit Schimmelpilze ansetzen, und das Pökelfleisch würde einen unangenehmen, dumpfen Geschmack annehmen. Auch die Bodenräume kommen nicht in Betracht, da neben anderen Mängeln hier die Gefahr des Diebstahls sehr groß ist. Was im Privathaushalt nicht möglich ist, werden aber, wie schon angedeutet, die Stadtverwaltungen mühelos bewältigen können. Sie sind in der Lage, nach Maßgabe der aufzukaufenden Fleischwaren günstige Vorratsräume zur Verfügung zu stellen. Bei geeigneter Sach- und Fachkenntnis könnten hier Dauerwurst, Schinken und Speck lange Zeit aufbewahrt werden. Dem guten Beispiel, das die Stadt Berlin gegeben hat, dürfte darum auch bald eine ganze Reihe von Städten innerhalb der deutschen Grenzen Folge leisten.“

Fleisch soll verscharrt werden

Im Falle des Nichtgelingens der Herstellung von Dauerwaren war auch bereits schon Vorsorge getroffen worden, entsprechend weitere Maßnahmen zu veranlassen. Professor Zuntz lüftet hier den Schleier in der „Deutschen Tageszeitung" des Bundes der Landwirte vom 6. Februar 1915 in einer Art, die nichts an Deutlichkeit und Unfähigkeit, zugleich aber an Brutalität zu wünschen übrigläßt. Daß man vielleicht an Minderbemittelte etwas verschenken könne, hat der Jude Zuntz noch nicht vernommen, geschweige denn am eigenen Leibe verspürt.

„Sollte es nicht gelingen, genügend viel Schweine zu schlachten und ihr Fleisch in Dauerware umzuwandeln, dann dürfte man nicht davor zurückschrecken, namentlich die minderwertigen Tiere zu töten und die Kadaver zu verscharren. Es müßte ernstlich ein Ende gemacht werden mit der Politik, den Tieren auf Kosten der Menschen Nahrungsmittel zu erhalten."

Die beiden Aktionen, beim Verbraucher und den Kommunen, gestalteten sich zu einem ernsten Problem. Der Herstellung von Fleischdauerwaren war manches noch nicht schlachtreife Tier geopfert worden, wie überhaupt das, was Zuntz predigte, zum Teil eintrat. So berichtet die freisinnige „Frankfurter Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 7. Februar 1915:

„Das Publikum folgte der Anregung zur Einlagerung von Dauerware in einem weit übertriebenen Umfange, ohne zu beachten, welche Schwierigkeiten die richtige Konservierung bietet, so daß die Gefahr besteht, daß viel Fleisch, falsch aufgehoben, zugrunde geht. So berichtet uns eine Frankfurter Konservenfabrik von einem Mann, der im Tagelohn schafft, aber über 75 M. Dauerfleisch von einem hiesigen Metzger gekauft hat: die Firma versichert, daß das Fleisch, das sie in Augenschein genommen hat, keine 3 Monate gut bleiben könne, wie überhaupt die meisten Metzger nicht die Einrichtung hätten, um wirklich Ware herzustellen, die monatelang hält, und auch die Haushaltungen nicht die Räume, um sie aufzubewahren."

Das Fleisch verfault. Das Volk hungert

Eine Notiz aus dem sozialdemokratischen „Vorwärts" vom 12. Oktober 1915 schildert die Verluste, die durch verkehrte Konservierung entstanden sind. Es heißt dort u. a.:

„Seit einigen Tagen zirkulierte in der Barmer Einwohnerschaft das Gerücht, wonach auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof für etwa 40 000 M. Fleischkonserven verbrannt worden seien. Nach einer unserem Elberfelder Parteiblatt zugegangenen Mitteilung ist das Gerücht begründet. Es handelt sich um eine Ware eines Kölner Engroshändlers, die der

Spekulant nach hier zum Verkauf gesandt hatte, und die, weil sie verdorben war, von der Polizei beschlagnahmt worden ist."

Der sozialdemokratische „Vorwärts" vom 5. Februar 1916 verweist auf eine in der landwirtschaftlichen Fachzeitschrift „Feld und Wald" erschienene Anzeige folgenden Inhalts:

„Offeriere als Hühner- und Hundefutter Kasseler Rippespeer in Dosen von etwa 20 Pfund (etwas zu stark eingekocht) zu 50 Pf. brutto für netto. Fritz Wienholt, Fettwaren-Handlung, Dortmund."

und fährt dann fort:

„So sorgt man dafür, daß wenigstens die Hunde zu einem kräftigen Futter gelangen. Ob es sich in diesem Falle wirklich um ein Versehen beim Einkochen handelt, oder ob das Fleisch nicht wie in anderen Fällen durch langes Aufbewahren in der Hoffnung auf höhere Preise verdorben ist, kann ja nur schwer nachgeprüft werden. Fest steht jedoch, daß ein großes Quantum menschlicher Nahrung seiner Bestimmung entzogen ist."

Diese Beispiele lassen sich beliebig erweitern. Als letztes sei noch folgender Hinweis aus dem „Vorwärts" vom 5. Februar 1916 gebracht:

„In der ‚Berliner Morgenpost' vom Sonntag, dem 13. d. M., befindet sich ein Inserat, in dem angekündigt wird, daß am Donnerstag, dem 17. d. M., vormittags 11 Uhr, 10 000 kg italienische Salamiwurst in Kisten und Körben, nur zu technischen Zwecken verwendbar, in den Lagerräumen Holzmarktstraße 20 meistbietend versteigert werden.

Bei den gegenwärtigen Zuständen auf dem Fleischmarkt ist ein Kommentar wohl überflüssig."

Die Folgen: nur teures Fleisch

Diese Mängel beruhten neben der Unmöglichkeit einer richtigen Konservierung vor allem auch in dem Fehlen jeder Organisation für die Versorgung. Man tat aber nichts, um diese Mängel abzustellen. Man ließ weiter die jüdischen Theoretiker wüten. Während Tausende von Konserven und sog. Dauerfleischwaren verfaulten, mußte später das Volk hungern und darben. Landesverrat hinter der Front wurde hier — von amtlicher Seite nicht verhindert — betrieben. Das Volk mußte es büßen. Schließlich hatte der Schweinemord eine sehr ungünstige Entwicklung auf die Preisbildung. Die Verminderung des Schweinebestandes bewirkte später eine derartige Nachfrage, daß im Sommer 1915 die Preise enorm anzogen. Der Erzeuger sah hierin einen verstärkten Anreiz zu neuer Produktion. Damit wurde der Verbrauch von Kartoffeln zur Schweinefütterung wieder erneut angeregt und nicht

das Gegenteil erzielt, wie es die „Professoren" wollten. Es war daher selbstverständlich, daß dieses rein statistische Rechenexempel nicht aufging und überall Unzufriedenheit hervorrief. So war der Landwirt gezwungen, seine nichtschlachtreifen Tiere abzugeben, weil durch Verordnung die Enteignung der Schweine bekanntlich den Städten und Landgemeinden über 5000 Einwohnern zugesprochen wurde. In erster Linie wurden hier die Magerschweine betroffen, die aber für die Herstellung von Dauerware wenig in Frage kamen, und außerdem stand nicht fest, in welcher Art die Enteignung durchgeführt werden sollte, denn es wurde keineswegs bestimmt, wo die Städte enteignen konnten. Es wurde auch nicht geprüft, ob der Landwirt nicht doch imstande war, seine Tiere mit wirtschaftseigenem Futter durchzuhalten und sie mit Leichtigkeit auf ein Gewicht von über 100 kg zu bringen. Denn es bestand kein Grund, dort schon zur Enteignung zu schreiten, wo nachweislich nur mit Futterkartoffeln oder Futtergetreide gefüttert wurde, die der menschlichen Nahrung nicht dienten. Wie man gewaltsam den Bestand unseres größten Fleisch- und teilweise Fettproduzenten verringerte, zeigen die Ausführungen des konservativen Abgeordneten Dr. Hoesch, Neunkirchen, vom 3. April 1915 in der „Deutschen Tageszeitung" des Bundes der Landwirte:

„Auch bei vollstem Verantwortungsgefühl, die letzte Kartoffel nach bester wirtschaftlicher Möglichkeit für den direkten menschlichen Konsum heranziehen zu müssen, kann es nicht ertragen werden, daß im Gegensatz zu den sachverständigen und dankenswerterweise aufklärenden Verfügungen von Regierungsseite draußen im Lande von nachgeordneten Behörden Anordnungen ergehen, welche sowohl als unstatthaft den genannten Verfügungen gegenüber wie auch im Hinblick auf das Wohl unserer Volkswirtschaft bezeichnet werden müssen. Meine schon erwähnten Auslassungen in Nr. 155 und Nr. 156 dieses Blattes haben mir den lebhaftesten schriftlichen und mündlichen Gedankenaustausch über den hier behandelten Gegenstand eingetragen, und so sind mir denn Vorgänge aktenmäßig belegt worden, gegen die unbedingt Front gemacht werden muß. Ich verstehe darunter, wenn ein Landratsamt unter Hinweis auf das Höchstpreisgesetz auffordert, sämtliche Schweine in der Gewichtsklasse von 120 bis 160 Pfund der Zentral-Einkaufs-G. m. b. H. zu überlassen, unter Betonung, daß diese Aufforderung einer Beschlagnahme gleichkommt. Eine Ausnahme gestattet das betreffende Landratsamt nur für Eber, trächtige Sauen, die bereits geworfen haben (!), und steife Schweine. Falls ein Besitzer von Schweinen die Zustimmung

zu einem solchen Vorgang nicht sofort dem Überbringer einer solchen Aufforderung ausspricht oder innerhalb zweier Tage dem Landratsamt eine entsprechende Erklärung nicht eingereicht hat, soll die Übertragung des Eigentums an die Zentral-Einkaufs-G. m. b. H. ausgesprochen werden. Einwendungen seien sofort mitzuteilen und eingehend zu begründen. Dann folgt noch die übliche Androhung der Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 10 000 M. Was geschieht durch eine solche landrätliche Verfügung? Es wird eine Massenvernichtung des kostbaren Gutes vorgenommen, ohne irgendwie die Ernährungsweise desselben vorher geprüft zu haben. Es wird ferner in die Zuchtbestände durch Vernichtung des zukünftigen Zuchtmaterials in unverantwortlicher Weise eingegriffen, denn wenn verfügt wird, daß nur trächtige Sauen, die bereits geworfen haben, vom Schlachtmesser verschont bleiben, so sinken alle Erstlingssauen und das ganze heranwachsende Zuchtmaterial einfach dahin. Jeder, der den schnellen Umsatz auch der Zuchtbestände innerhalb der Schweinezucht kennt, weiß, was eine Vernichtung der Ersatztiere auf lange Zeit hinaus bedeuten würde."

Organisationsfehler und die Bestandsaufnahme

Ein Fehler war es weiterhin, von den Städten die Beschaffung von Dauerware zu fordern, ohne die Organisation zu schaffen, welche den Märkten die abzuschlachtenden Schweine, welche angeblich nicht durchgefüttert werden konnten, zuführen sollte. Die Enteignungsvorschriften hätten nur unter der Bedingung erlassen werden dürfen, daß vorher eine Bestandsaufnahme erfolgt wäre. Und zwar einerseits eine Bestandsaufnahme der Futtermittel beim Landwirt und Händler und andererseits eine solche der überhaupt vorhandenen Schweine. Erst dann hätte man sich ein klares Bild darüber machen können, welche Altersklassen und wie viele der Schweine abgeschlachtet werden konnten. Es durfte ferner den Städten nicht freistehen, beliebig viel zu enteignen, sondern nur die Schweine, welche infolge wirklichen Futtermangels nicht durchgefüttert werden konnten, durften zwangsgeschlachtet werden. Während die Bestandsaufnahme der Schweine angeordnet wurde, unterblieb die der Futtermittel. In der weiteren Entwicklung der Fleischversorgung unseres Volkes zeigte sich, daß die Personen, die eine weitere Verminderung der Bestände forderten, sich, nachdem eine vorübergehende Erholung des Schweinebestandes erfolgte, leider noch zweimal durchsetzen konnten. Hierdurch wurde eine Fleischversorgung auf lange Sicht immer wieder verhindert, weil, ohne an die entsprechende Nachzucht zu denken, planlos weiter abgeschlachtet wurde.

Das „Balkonschwein“. Erneuter Ferkelmord und Schlußfolgerung

Im weiteren Verlauf des Krieges wurden die Schweinehausschlachtungen, die bis dahin noch möglich waren, eingeschränkt, so daß die städtische Bevölkerung auch über diese Hausschlachtungen kein Fleisch mehr bekam. Da aber bei einer nur 6wöchigen Fütterung das Hausschlachten zugelassen wurde, entstand das sogenannte „Balkonschwein“, d. h., man kaufte möglichst 2 Zentner schwere „Futterschweine“, fütterte sie 6 Wochen und konnte dann hausschlachten. Um diesem Zustand zu steuern, durften schließlich nur noch Schweine bis zu 60 kg Gewicht aufgestellt werden, weil durch das „Balkonschwein“ viel Futter unwirtschaftlich verschwendet wurde. Bis zum 15. Januar 1918 mußten diese Hausschlachtungen alle beendet sein, und im weiteren Verlauf sollten alle Schweine über 30 kg abgeschlachtet werden, wodurch wieder viele unreife Schweine vernichtet wurden und als Folge dieses erneuten Ferkelmordes infolge Knappheit für die Aufzucht die Preise sehr anzogen. Die Notwendigkeit dieser Abschlachtungen wurde mit einer neuerlichen Futterknappheit, ferner mit der angeblichen Zunahme der Ferkelzahl begründet. Anschließend an den Ferkelmord als Abschluß des Schweinemordes folgte dann als Weiterführung eines falschen Systems der Rindermord.

6. Endergebnis

Zusammenfassung der Ursachen des Schweinemordes

Im Vorwort zu vorliegender Abhandlung wurde bereits darauf hingewiesen, daß der Zweck dieser Untersuchungen mit darin besteht, aus der Vergangenheit zu lernen, um dadurch Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, nochmals kurz alle grundlegenden Mißgriffe und volkswirtschaftlichen Fehler, die zur übermäßigen Abschlachtung unserer Schweinebestände führten, zusammenzufassen, um uns so ein Bild von den Maßnahmen machen zu können, die für die Sicherstellung unserer Volksernährung in Zukunft ergriffen werden müssen bzw. durch die nationalsozialistische Marktordnung und Erzeugungsschlacht bereits verwirklicht sind oder werden.

Die grundlegenden Fehler, die den Schweinemord ermöglichten, waren folgende:

a) Versagen der landwirtschaftlichen Eigenversorgung vor dem Kriege

An eine wirtschaftliche Mobilmachung mit dem Ziele, Bedarf und Bedarfsdeckung in Einklang zu bringen, wurde nicht gedacht. In einer langen Friedensperiode unterblieb die Vorsorge für eine landwirtschaftliche Vorratspolitik und damit für eine gesicherte Ernährungswirtschaft. Die Gründe dafür liegen im rein liberalistischen Wirtschaftssystem der damaligen Zeit.

b) Ungenügende Mengen eigener Futtermittel für die Schweinehaltung

Die Einfuhr ausländischer Kraftfuttermittel, wie Gerste, Mais, Fischmehl usw., stieg vor dem Kriege von Jahr zu Jahr. Die Stützen unserer Viehwirtschaft lagen im Auslande und mußten bei Absperrung der Grenzen zusammenbrechen. Versuche, die deutsche Viehhaltung, vor allem die deutsche Schweinezucht, auf wirtschaftseigene Futtergrundlage zu stellen, wurden bei Beginn des Krieges nicht gemacht bzw. abgelehnt. Es wurde das einfachste, aber radikalste Mittel ergriffen: die Abschlachtung der Bestände.

c) Die überwiegend jüdischen Sachverständigen als politische Ursache des Schweinemordes

Ein großer Teil der sog. Sachverständigen war jüdischer Abstammung und wollte deshalb nicht nationalwirtschaftlich denken. Weil sie im Gewande eines Wissenschaftlers erschienen und sich in ihrer jüdischen Geschäftigkeit überall hineindrängten, hatten sie mit ihren „vaterländisch" getarnten Methoden Erfolg und lieferten damit Deutschland an die Feindbundstaaten aus. Dies beweist die Denkschrift Eltzbacher, die bereits im Dezember 1914 in Druck gegeben wurde, und auf Grund deren dann unter Bezugnahme auf die zu geringen Kartoffelmengen die Pressepropaganda für den Schweinemord einsetzte. Zu dieser Zeit konnte man aber noch gar keinen Überblick über die zu erwartende Höhe der Kartoffelernte haben. Im Gegensatz zur Meinung der militärischen Kreise, daß der Krieg nur von kurzer Dauer sei, deshalb wohl ein Schweinemord leicht überwindbar wäre, rechneten vorwiegend die jüdischen Schweinemordpropagandisten mit einer langen Kriegsdauer. Gerade bei langer Dauer des Krieges mußte ein Abschlachten größerer Viehbestände besonders reiflich überlegt werden, um für die nächsten Jahre durchhalten zu können. Hier liegt also eines der Beweismittel, daß die Schweinemörder als politische Vertreter der jüdischen Internationale die Aufgabe hatten, Deutschland von innen heraus zu vernichten.

d) Die falsche Personalbesetzung und die Unkenntnis der landwirtschaftlichen Praxis bei den Kriegsernährungsbehörden

Als später die Fäden der Kriegsernährung im Kriegsernährungsamt zusammenliefen, konnte hier ebenso eine Besetzung der leitenden Stellen mit Nicht-Fachleuten festgestellt werden wie in den vordem für Kriegsernährungswirtschaft zuständigen Regierungsstellen selbst. Weder der praktische noch der theoretisch geschulte Landwirt wurden in die Kriegsernährungswirtschaft eingeschaltet, hingegen hatte der Verwaltungsbeamte, der Jurist und der sog. Wissenschaftler (Hochschulprofessor) ausschlaggebenden Einfluß. Gerade von den praktischen Landwirten wurde diese Sachunkenntnis der leitenden Stellen in allen praktischen Dingen immer wieder gerügt. Diese Fehlbesetzungen führten auch dazu, daß ohne Schonung der Zuchtbestände in die landwirtschaftliche Erzeugungskraft eingegriffen wurde, ein Fehler, der grundlegend war für die spätere Fleischverknappung im Kriege. Es kamen auf diese Art und Weise magere Schweine oder trächtige Sauen auf den

Markt, deren Fleisch zum Teil unbrauchbar, zum Teil zur Konservierung nicht geeignet war und deshalb verdarb.

e) Infolge Fehlens eines Kriegsernährungsplanes unterblieben gleichzeitig statistische Erhebungen sowie verwaltungsmäßige und organisatorische Maßnahmen

Mangelhafte statistische Erhebungen

Eine genaue Bestandsaufnahme sämtlicher Vorräte wäre die Grundlage für eine planmäßige Ernährungswirtschaft gewesen.

Die wenigen vorhandenen statistischen Unterlagen waren zum größten Teil mangelhaft und wurden dazu noch verkehrt angewandt. So wurde beispielsweise als Grundlage für die Abschlachtung der Schweinebestände die Höhe der Futtermittel**einfuhr** genommen, nicht dagegen die Futter**erzeugung im eigenen Land**. Hinzu kam, daß eine Unterschätzung der Kartoffelernte zum Anlaß des Schweinemordes genommen wurde. Das Resultat: Unnötige Abschlachtung auf Grund falscher statistischer Erkenntnisse, später Überfluß an Kartoffeln, die verfaulten und damit der menschlichen wie auch der tierischen Ernährung entzogen wurden.

Verwaltungsmäßige und organisatorische Maßnahmen wurden zu spät eingeleitet

Eine zuständige Zentralstelle für Ernährungsfragen gab es zu Beginn des Krieges nicht. Das hing mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches zusammen, der aus partikularistischen Gründen auch in der Not eine solche Stelle nicht zuließ. So war zuerst das Preußische Landwirtschaftsministerium unter von **Schorlemer** zuständig, in dem Leute mit einigermaßen Fachkenntnissen saßen. Später riß für das Reich das Reichsamt des Innern die ganzen Ernährungsfragen an sich. An den dann auftretenden Ressortstreitigkeiten sollte die Ernährungswirtschaft scheitern, bis man sich endlich — nachdem das Kind im Brunnen lag — am 22. Mai 1916, also erst 21 Monate nach Kriegsbeginn, entschloß, doch eine Zentralstelle, das Kriegsernährungsamt, zu schaffen, zu dessen Leiter und Staatssekretär der Nichtarier von **Batocki** berufen wurde. Bekanntlich war der Minister des Innern von **Loebell** für und der preußische Landwirtschaftsminister von **Schorlemer** gegen den Schweinemord. Zwar hatte nach oben hin die Ernährungswirtschaft in diesem Kriegsernährungsamt nun einen gewissen Abschluß gefunden. Es fehlte jedoch der

Unterbau der Organisation. Die letzten Träger der Nahrungsmittelerzeugung, die landwirtschaftlichen Betriebe, wurden nicht erfaßt. Die völlige Zentralisierung der Ernährungswirtschaft von der Erzeugung bis zum Verbrauch wurde nicht erreicht. Im Gegenteil, es wurde ein bürokratischer Apparat aufgebaut, der das Tempo der Lebensmittelversorgung nur verlangsamte und sich bei allen Dingen erst durch die sog. öffentliche Meinung, wie Presse, Denkschriften, Anfragen im Reichstag usw., treiben ließ. Dieser Apparat entwickelte also keinerlei eigene Initiative und kam deshalb mit allen Maßnahmen zu spät. Die Folge davon war eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und ein Verschwinden der Ware vom Markt. Nur so war es möglich, daß die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung unterblieb und die Kriegsernährungswirtschaft lediglich auf Erfassen und Verteilen, nicht aber auf Erzeugen Einfluß nahm.

f) Die Erfassung und Verteilung der Lebensmittel war mangelhaft organisiert

Die Lebensmittel verdarben unnötigerweise in großen Mengen. Die technischen Verarbeitungs- und Aufbewahrungsmöglichkeiten waren noch nicht so weit vorgeschritten, daß große Mengen Nahrungsmittel einwandfrei aufbewahrt werden konnten. Das zeigte sich vor allem während des Schweinemordes, als die Industrie nicht in der Lage war, die riesigen, plötzlich anfallenden Fleischmengen zu konservieren. Auch waren die Erfahrungen noch ungenügend. Hinzu kam, daß es an geeigneten Räumen fehlte und die Technik des Gefrierverfahrens mangelhaft war.

g) Auf dem Gebiet der Preisbildung wurde gerade das Gegenteil von dem erreicht, was man bezweckte

Statt einer Preissenkung durch den infolge der Massenschlachtungen entstehenden Mehranfall an Schweinefleisch erfolgte bald eine Preissteigerung, und zwar durch die zwangsweise verstärkte Nachfrage der Gemeinden, so daß aus Überschuß ein Mangel an Fleisch wurde und später zwangsläufig zur Einführung von Höchstpreisen geschritten werden mußte.

h) Durch den Schweinemord war also erreicht worden:

eine Verringerung unseres Schweinebestandes um rund 9 Millionen Stück innerhalb von 3 Monaten;

ein starker Eingriff in die Zuchtbestände und damit eine Verschiebung und Verwirrung in der landwirtschaftlichen Erzeugungsfähigkeit;

ein Mehranfall von nicht verwertbaren Kartoffeln in Höhe von 3 Millionen t, die später verfaulten. Mit dieser Kartoffelmenge hätte der größte Teil der Schweine mit den im Frühjahr zusätzlich anfallenden Grünfuttermitteln bis zum Herbst durchgehalten werden können;

eine starke Verknappung an Schweinefleisch und Fett und anormale Preissteigerungen.

7. Lehren für die Zukunft

Die neue kriegswirtschaftliche Literatur und der Schweinemord

Mit der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes ist eine umfangreiche kriegswirtschaftliche Literatur der Neuzeit entstanden, die in einzelnen Fällen auch die Kriegsernährungswirtschaft behandelt. In diesem Zusammenhang interessiert vor allem, wie in dieser neuen Literatur der Schweinemord gesehen und behandelt wird.

An erster Stelle in der neuen Kriegswirtschaftsliteratur steht hier der Herausgeber der „Schriften zur kriegswirtschaftlichen Forschung und Schulung" (herausgegeben mit Unterstützung amtlicher Stellen und der Hanseatischen Verlagsanstalt), Dozent Dr. Kurt Hesse, Major (E) im Reichskriegsministerium. Diese Schriftenreihe erscheint seit 1935 und umfaßt an Schriften von Bedeutung für den Ernährungssektor:

„Der kriegswirtschaftliche Gedanke" von Dr. Kurt Hesse, dem Herausgeber der Schriftenreihe selbst.

„Die Statistik in der Kriegswirtschaft" von Dr. Charlotte Lorenz, der Dozentin für Statistik an der Universität Berlin.

„Die deutsche Fettwirtschaft in und nach dem Kriege" von Th. Macht, Major im Reichsluftfahrtministerium. Der Verfasser gibt an, die Schrift nicht in seiner dienstlichen Eigenschaft verfaßt zu haben, sondern durch seine Kommandierung zur Hochschule dazu angeregt worden zu sein.

Direkt auf den Schweinemord gehen ein in ihren Abhandlungen: Macht und Dr. Lorenz, indirekt Dr. Hesse. Schließlich befaßt sich noch Ludendorff in seiner Schrift „Der totale Krieg" (Ludendorff-Verlag) mit diesem Thema, indem er auf Seite 39 schreibt:

„Es wurden nunmehr richtige Maßnahmen, wie die Ausgabe von Brotkarten, oder falsche, wie der bekannte Schweinemord, angeordnet."

Hesse erwähnt auf Seite 25 die ganze Kriegsernährungswirtschaft, also nur indirekt den Schweinemord, indem er schreibt:

Dr. Hesse und seine Schriften zur Kriegsernährungswirtschaft

„In einer Reihe 1915 gehaltener Vorträge nehmen hervorragende Vertreter der Nationalökonomie, Sering, Warmbold u. a., zur Ernährungsfrage Stellung ... Das Preußische Ministerium des Innern leitete 1915 eine Schriftfolge ‚Die Ernährung im Kriege' ein, die weiten Kreisen die Lage vor Augen führen, die notwendigen Beschränkungen deutlich machen und erste Maßnahmen aufzeigen soll."

Im letzten Kapitel schreibt er über die Ernährungswirtschaft im Kriege folgendes:

„... vor allem verdient immer wieder die Bedeutung der Sicherung der Ernährung im Kriegsfalle hervorgehoben zu werden. Sie bedingt die körperliche, geistige und seelische Leistungsfähigkeit aller Teile eines Volkes im Kriegsfall. An dem Rückgang der agrarischen Produktion im Kriege darf die kriegswirtschaftliche Forschung nicht vorbeisehen und muß auf Mittel und Wege der Abhilfe sinnen" (S. 46/47).

Dr. Lorenz und die Kriegswirtschaftsstatistik

Eine an sich interessante Arbeit „Die Statistik in der Kriegswirtschaft" der Privatdozentin für Statistik an der Berliner Universität, Dr. Charlotte Lorenz, behandelt bis in die letzte Phase das ganze statistische Gebiet der Kriegswirtschaft und geht hier in einem eigenen Kapitel auf Seite 38—43 auf die Statistik in der Nahrungsversorgung ein. Dabei ist die Tendenz, die sie in der Frage der ganzen Nahrungsmittelversorgung selbst und vor allem zum Schweinemord einnimmt, eine historisch-referierende, wobei sie Leute wie Ballod, Eltzbacher, Quante, Skalweit sowie v. Batocki zitiert. Die Verfasserin stellt den Standpunkt der wirtschaftlichen und militärischen Stellen wie folgt heraus:

„Das Verhalten der verantwortlichen Wirtschaftsführung war vielmehr von den Geboten des Augenblicks, dagegen weniger von Erwägungen auf lange Sicht beherrscht. Die Erklärung für diese Haltung ist hauptsächlich darin zu suchen, daß die Vorkehrungen auf der ganzen Linie der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung im Anfang des Krieges von der Erwartung einer kurzen, vielleicht nur wenige Monate währenden Kriegsdauer bedingt waren."

Die maßgebenden Schweinemörder waren allerdings anderer Ansicht. Im allgemeinen weist Lorenz auf die verhängnisvollen Folgen der Unzulänglichkeit statistischer Ermittlungen

über Ernteflächen und Ernteerträge sowie der Viehzählungen hin. Daß das Schätzungsverfahren an Stelle der objektiven Erhebungen stand, wurde auch von ihr als Unmöglichkeit festgestellt. Inwieweit aber die an diesen Tatsachen geübte Kritik berechtigt war oder nicht, will sie selbst nicht entscheiden. Sie führt die Unsicherheitsfaktoren lediglich auf methodisch-technische Mängel der statistischen Verfahrensweise zurück. Daß über die Veredlungsproduktion keinerlei Statistik vorhanden war und somit Zahlen über Milch-, Butter- und Käseerzeugung auf Schätzungen aus der Hand basierten, wird von ihr als Unmöglichkeit hingestellt. Bezüglich des Schweinemordes schreibt sie auf Seite 42 unter Bezugnahme auf die Fehlerquellen wörtlich folgendes:

> „Ein bezeichnendes Beispiel bildet hier die Einschätzung des Futterkartoffelbestandes, die als Unterlage zur Feststellung der zur menschlichen Ernährung und Erhaltung des Schweinebestandes erforderlichen Aufzuchtmittel dienen sollte. Auf Grund der schon Ende 1914 durchgeführten Vorratserhebungen war die Vorstellung entstanden, daß nach den statistisch ausgewiesenen Mengen eine bedrohliche Verknappung der Futtermittelbestände zu erwarten sei. Für die in diesen Zahlen — offenbar infolge wissentlicher Falschmeldungen und Bestandsverkleinerungen — ausgewiesene, ungewöhnlich starke Vorratsabnahme glaubte man den erhöhten Kartoffelhunger der Schweine verantwortlich machen zu müssen. Unter dem Eindruck dieser vermeintlichen Vorratsverknappung entstand in der wissenschaftlichen und landwirtschaftlichen Fachwelt die Überzeugung, daß die Erhaltung des vorhandenen Schweinebestandes im Interesse einer Sicherstellung des menschlichen Nahrungsbedarfes nicht zu rechtfertigen sei. So kam es im Frühjahr 1915 zu jener massenweisen Abschlachtung des vorhandenen Schweinebestandes, die — in der Fachwelt und im Volksmund unter dem Schlagwort des ‚Schweinemordes' oder — in Kennzeichnung ihrer geistigen Urheber unter der Bezeichnung ‚Professorenschlachtungen' bekannt geworden — die Gemüter noch lange Zeit nach dem Kriege auf das heftigste bewegt hat."

Hier liegt ein Trugschluß von Dr. L o r e n z vor, denn wissentliche Falschmeldungen und Bestandsverkleinerungen durch die Landwirte sind nicht erfolgt, sondern bei Erhebung der Statistik haben bekanntlich die Veranlasser des Schweinemordes die in den städtischen Haushaltungen bereits eingelagerten Bestände überhaupt nicht statistisch erfaßt. Und außerdem war bekannt, daß auch bei Landwirten die Mietenbestände schwer zu schätzen waren, weil Stichproben wegen der Gefahr des Verderbens

der Mietenkartoffeln nicht gemacht werden konnten. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß die landwirtschaftliche Fachwelt, worunter meines Erachtens in erster Linie die Praktiker zu verstehen sind, für den Schweinemord Propaganda gemacht hätte. Vorwiegend waren das Nicht-Fachleute, wie aus vorliegender Abhandlung ersichtlich ist.

Die deutsche Fettwirtschaft beschreibt Major Macht

Eine weitere Schrift ist, wie gesagt, herausgebracht worden von dem Major im Luftfahrtministerium, Th. Macht, über „Die deutsche Fettwirtschaft in und nach dem Kriege", der auf Seite 11 im Zusammenhang mit dem Schweinemord schreibt:

> „Es ergab sich hier eine verhängnisvolle Zwangsläufigkeit, jede Beschränkung der Viehhaltung bedeutete auf der anderen Seite eine Verminderung der Fettproduktion und gefährdete die Versorgung der Bevölkerung auf diesem Gebiet."

Weiter betont Macht, daß die 25 Millionen Schweine, die vorhanden waren, aus den jährlichen Schlachtungen allein 700 000 t Fett lieferten. Macht schreibt dann unter Bezugnahme auf Eltzbacher weiter:

> „Von den Verfechtern dieser Politik wurde übersehen, daß eine Verminderung der Nutzviehhaltung schon durch den Ausfall an Düngemitteln eine allgemeine Schwächung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bedingen mußte. Ein Umstand, der sich bei dem empfindlichen Mangel an künstlichen Düngemitteln sehr unangenehm bemerkbar gemacht haben würde. Die gesteigerte Bedeutung, die durch Ausfall anderer Nahrungsmittel gerade die Fettversorgung im weiteren Verlauf des Krieges gewonnen hatte, beweist am besten, wie unentbehrlich und unersetzbar dieses Nahrungsmittel besonders für das Heer und den Industriearbeiter gewesen ist."

Der Verfasser bringt ferner sehr umfangreiches Zahlenmaterial über den gesamten Schweinemord, das jedoch in dieser Abhandlung schon bekanntgegeben wurde. Bemerkenswert ist dabei aber noch, daß nach Hoesch die Zahl der in Wirklichkeit geschlachteten Tiere beim ersten Schweinemord auf rund 14 Millionen geschätzt werden müsse. Interessant ist außerdem, daß der damalige Staatssekretär des Innern von Delbrück eine Reichsreserve an Getreide schaffen wollte, daß aber bei dem Versuch, solches in der letzten Juliwoche 1914 ab Rotterdam für das Reich zu kaufen, durch den Reichsschatzsekretär die Ablehnung erfolgte, weil hierzu ein Kredit von 5 Millionen nötig gewesen wäre. Hier der Wortlaut:

> „Diesem Wunsche zu entsprechen, bin ich nicht in der Lage. Wir werden keinen Krieg bekommen, und wenn ich Ihnen jetzt die Summe von 5 Millionen bewillige, werden wir das

Getreide mit Verlust für die Reichskasse verkaufen. Außerdem würde es mir die an sich schon unendlich schwierige Aufstellung des Etats von 1915 noch erschweren."

Wie sorglos man sich damals gab, beweist übrigens die von Herrn v. Oldenburg-Januschau in seinen Erinnerungen mitgeteilte Tatsache, daß noch im August 1914 (!), also nach Kriegsausbruch, über Stettin deutsches Getreide nach dem Ausland ausgeführt wurde!

Daß das internationale Judentum aber auch in den Feindbundstaaten versuchte, nur um der Geschäfte willen, das eigene Volk zu betrügen, beweist der Umstand — den Macht erwähnt —, daß beispielsweise trotz der seit Anfang 1915 bestehenden englischen Blockadebestimmungen die deutsche Einfuhr an Butter noch sehr hoch war. Es stellte sich nämlich heraus, daß der englisch-jüdische Handel an den hohen Preisen, die Deutschland bezahlte, verdienen wollte und sich indirekt durch verstärkte Ausfuhr nach den nordischen Ländern an der Versorgung Deutschlands und seiner Verbündeten beteiligte. Der Beweis hierfür ist durch die englischen Ausfuhrzahlen nach Dänemark und die dortigen Einfuhrzahlen, ferner durch die dänischen Ausfuhrzahlen nach Deutschland erbracht. Macht schreibt dann abschließend über den Schweinemord vollkommen richtig:

> „Bald nach den Zwangsschlachtungen stellte sich heraus, daß die Landwirtschaft bei ihren Schätzungen viel zu vorsichtig gewesen war und in Wirklichkeit ausreichende Kartoffelbestände bis zur neuen Ernte zur Verfügung standen. Die an sich durch das Ergebnis der Bestandsaufnahme zu rechtfertigenden Eingriffe der Regierung waren unnötig gewesen. Der sogenannte Schweinemord war eine der Ursachen, daß im Sommer 1915 auf dem Schweinemarkt eine unerträgliche Teuerung eintrat. Die Abnahme des Schweinebestandes wirkte sich in den Jahren 1917/18 dahin aus, daß zur Aufrechterhaltung der Fleischzuteilung Eingriffe in die Milchviehbestände notwendig wurden, die wiederum einen Rückgang der Butterproduktion zur Folge hatten."

Bereits durchgeführte Maßnahmen zur Verhinderung der Wiederholung eines Schweinemordes

Nach der Prüfung der neu aufgetauchten Literatur über Kriegsernährungswirtschaft, und hier vor allem über den Schweinemord, interessiert, inwieweit durch die Schaffung des Reichsnährstandes heute schon ein ähnlicher Schweinemord wie 1915 vermieden werden kann. In diesem Rahmen soll festgestellt werden, inwieweit den auf Seite 130 ff. zusammengefaßten Ursachen des Schweinemordes in der Zwischenzeit die Voraussetzungen entzogen sind. So ist durch die Schaffung des Reichsnährstandes und der ihm

angeschlossenen Verbände bzw. unterstehenden Hauptvereinigungen unmöglich, daß:

a) für die Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen jüdische „Sachverständige“ Vorschläge hierzu unterbreiten könnten. Durch den Nationalsozialismus ist diese Gruppe von sogenannten Wissenschaftlern restlos ausgeschaltet. Der Reichsnährstand als Selbstverwaltungsorganisation betreut die im Interesse des Volksganzen liegende Ernährungspolitik selbst. Er braucht deshalb nicht auf die Interessen der Bauern oder der Verbraucher Rücksicht zu nehmen, für ihn gibt es nur die Interessen des gesamten Volkes. Dabei ist auch nicht so sehr die Kriegsdauer bei eventuell zu ergreifenden Maßnahmen von Entscheidung, weil er in Friedenszeiten derartige Maßnahmen auf lange Sicht schon vorbereiten kann. Eine Auslieferung der gesamten Ernährungspolitik an Fremdmächte wird im Gegensatz zu 1914 damit zur Unmöglichkeit.

b) Eine falsche Personalbesetzung und die Unkenntnis der landwirtschaftlichen Praxis bei den Kriegsernährungsbehörden ist ebenfalls durch die Schaffung des Reichsnährstandes zur Unmöglichkeit geworden. Dies deshalb, weil in den bäuerlichen Führerstellen wirkliche Praktiker sitzen und in den Verwaltungsstellen des Reichsnährstandes bis herunter zur Kreisbauernschaft der theoretisch und praktisch geschulte Verwaltungslandwirt mit Verständnis allen Dingen gegenübersteht. Die deutsche Ernährungspolitik und -wirtschaft würde im Falle eines Krieges somit nicht mehr von Theoretikern, behördlichen Verwaltungsjuristen und Staatsbeamten gemacht werden. Die Abschlachtung von trächtigen Sauen oder von Ferkelbeständen sowie die Konservierung von unhaltbaren Fleischvorräten gehören somit der Vergangenheit an.

c) Mangelhafte statistische Erhebungen sowie falsche verwaltungsmäßige und organisatorische Maßnahmen werden deshalb ebenfalls der Vergangenheit angehören. Die landwirtschaftliche Anbau- und Bestandsstatistik hat in den letzten Jahren einen derartigen Ausbau erfahren, daß man heute nicht mehr auf Zufallsschätzungen wie 1914 angewiesen ist. Im übrigen wurde im Vorjahr die gesamte landwirtschaftliche Statistik im Reich nach einheitlichen Grundsätzen neu geordnet und umgestellt. Damit soll erreicht werden, daß bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Resultate bei zukünftigen Erhebungen erzielt werden. Fehler, wie z. B. die Futtermitteleinfuhrstatistik als Ausgangspunkt für den Schweinemord zu nehmen, statt der Futtererzeugungsstatistik

im eigenen Land, sind für die Zukunft eine Unmöglichkeit. Auch die Feststellung der Kartoffelernte läßt sich jederzeit ermöglichen. Da der Reichsernährungsminister als Reichsbauernführer zugleich Führer der Selbstverwaltungsorganisation der ganzen Ernährungswirtschaft ist, ist in der obersten Spitze eine Personalunion erzielt, die von vornherein verwaltungsmäßige Reibungsflächen ausschaltet, die bei Beginn des letzten Krieges so stark in Erscheinung traten und manche vernünftige Maßnahme vereitelten. Ferner ist der Reichsnährstand infolge seiner Durchgliederung bis zum letzten Bauernhof herunter in der Lage, als ausführendes Organ für die Durchführung aller gewünschten ernährungspolitischen Maßnahmen Sorge zu tragen. Durch Beseitigung des politischen Partikularismus wird auch erreicht, daß ehemals bestehende Länderregierungen zentrale Anordnungen nicht umgehen bzw. vereiteln können. Der 1914 fehlende Unterbau einer Ernährungsorganisation ist also heute bereits vollkommen eingespielt vorhanden und kann über Nacht mit einem Schlag eingesetzt werden. Dieser Apparat hat außerdem den Vorteil, daß er infolge mehrjährigen Bestehens auch bereits eingearbeitet ist und für den Ernstfall nicht erst eine organisatorische Anlaufzeit benötigt. Auch dieser Nachteil brachte 1914 eine wesentliche Verzögerung in der Auswirkung der ernährungspolitischen Maßnahmen mit sich. Dadurch, daß durch den Reichsnährstand der letzte Bauernhof erfaßt ist, wird eine eventuell einsetzende falsche Maßnahme sofort ihren Rückschlag nach oben zeigen und kann in kürzester Zeit abgeändert werden. Dies schon deshalb, weil der Ortsbauernführer selbst als Bauer am eigenen Leib diese Dinge spüren würde. Es bedürfte also in Zukunft nicht erst der Anregungen von Presse, Denkschriften, Anfragen usw., bis die Initiative dieses Apparates ins Rollen käme. Die Presse und alle sonstigen Werbemittel, wie Rundfunk, Film, Flugblatt, Broschüren usw., sind innerhalb des Reichsnährstandes durch gesonderte Maßnahmen heute schon einheitlich ausgerichtet und können jederzeit auf neue Verhältnisse umgestellt werden.

d) Eine mangelhafte Erfassung und Verteilung der Lebensmittel würde ebenfalls verhindert, weil auf diesem Gebiet die nationalsozialistische Marktordnung bereits ihre Feuerprobe bestanden hat. Da wir einen Krieg nicht wünschen, ihn aber, wenn andere ihn wollen, nicht verhindern können, ist es zwar hart, aber organisatorisch nicht ungünstig, daß wir infolge der Devisenlage heute schon spar-

sam wirtschaften müssen. Die deutsche Ernährungswirtschaft arbeitet seit Anbeginn nach Grundsätzen, die sich auch in schwierigeren Zeitläuften mit Erfolg anwenden lassen, ohne daß die zwangswirtschaftlichen Nachteile der früheren Kriegsernährungswirtschaft unbedingt auftreten müssen. Da die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten, im Gegensatz zur Industrie, nicht beliebig verstärkt oder abgeschwächt werden kann, erscheinen auf dem Lebensmittelmarkt, jahreszeitlich bedingt, einmal größere Mengen eines Produktes und einmal geringere. Die Aufgaben der vom Reichsnährstand gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Reiches durchgeführten Vorratswirtschaft bestehen nun darin, daß die im Frühjahr stärker anfallenden Mengen von Butter und Eiern in Kühlhäusern eingelagert werden, damit sie bei Knappheit im Winter zur Deckung des Bedarfs auf den Markt gegeben werden können. Das gleiche ist bei Rind- und Schweinefleisch sowie bei Getreide der Fall. Hier wird bei starkem Angebot durch die Reichsstellen die Mehrerzeugung ebenfalls in Kühl- und Lagerhäusern bzw. durch Verarbeitung zu Konserven auf Vorrat gelegt werden. Wir treiben also, bedingt durch die nationalsozialistische Marktordnung, eine Vorratswirtschaft, die die deutsche Volksernährung weitgehend unabhängig vom Ausland macht.

e) Willkürliche Preissteigerungen wie während des letzten Krieges werden durch die gleiche nationalsozialistische Marktordnung verhindert. Durch die Beseitigung der Produktenbörse gibt es weder ein Termingeschäft noch einen spekulativen, fingierten Handel. Durch den restlosen Zusammenschluß der Nahrungsmittel erzeugenden und verteilenden Kreise im Reichsnährstand unterstellen sich diese einer Preiskontrolle. Im übrigen kann durch die Schaffung eines Fest- bzw. Höchst- und Richtpreissystems für die lebenswichtigsten Produkte, wie Getreide, Milch, Butter, Brot, Fleisch, Kartoffeln usw., eine Preistreiberei heute weitgehend verhindert werden, so daß die auf diesem Gebiet im Weltkrieg in Erscheinung getretenen Mißstände hier kaum zu befürchten sind. Die landwirtschaftliche Marktordnung erreicht aber durch ihre Vorratswirtschaft, daß eine eventuell eintretende Knappheit an Ware und damit ein automatisch eintretender Schwarzhandel bei überhöhten Preisen möglichst ausgeschaltet wird durch Herbeiführung eines stärkeren Angebotes auf dem Markt, und zwar aus den Vorratsbeständen der sog. Reichsstellen. Daß das System der Marktordnung aber im Ernstfalle auch bei knappen Warenmengen funktioniert, bewies

die Butterknappheit 1935, bei der der Preis von 3.20 RM. je Kilogramm Markenbutter restlos gehalten werden konnte.

f) Durch die seit 2 Jahren laufende landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht wird eine Steigerung sämtlicher Roherträge zu erzielen versucht. Vor allem kommt es hier auf die Schließung der Fett- und Eiweißlücke an, die auch 1914 das brennende Problem war. Hier steht deshalb die Förderung des Futteranbaues im Vordergrund. Die Einfuhr ausländischer Kraftfuttermittel ist infolge des jetzigen Devisenmangels auf ein Minimum herabgedrückt, so daß auch auf diesem Gebiete schon einschränkende Verhältnisse bestehen. Die Steigerung der Futtermittelerträge macht zwar wesentliche Fortschritte, reicht aber zur Deckung des Bedarfes nicht aus. Vor allem gilt das für den Anbau der Ölfrüchte zur Kraftfuttererzeugung, während der Bau von Grünfutterbehältern zur Konservierung des Grünfutters Fortschritte macht. Für die Schweinemast ist noch die Eiweißfrage zu klären. Da beispielsweise Getreide und Kartoffeln für die menschliche Ernährung und für die Fütterung Ausgleichserzeugnisse sind und bei beiden selten zu gleicher Zeit Mindererträge auftreten, ist immer ein Ausweichen nach dem einen Erzeugnis gegeben. Man kann also, wenn die Getreideernte knapp ist, für die Ernährung zusätzlich mehr Kartoffeln nehmen, oder wenn die Kartoffeln für die Ernährung knapp werden, mehr Getreide in Form von Brot geben. Neu kommt noch als drittes Nahrungs- und Futtermittel in dieser Reihe der Zucker bzw. die Zuckerrübe hinzu. Wir haben also in Zukunft die Ausweichmöglichkeiten nach drei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die für die Ernährung wie für die Fütterung gleichzeitig Verwendung finden können. Für die Mast von Schweinen werden also auch für die Zukunft immer entweder Futtergetreide, Kartoffeln oder die Zuckerrübe zur Verfügung stehen. Dies ist nötig, weil die Fettlücke noch geschlossen werden muß. Die Butter- und Margarineerzeugung reicht bekanntlich zur Deckung des Fettbedarfs nicht aus, so daß die Erzeugung von Schweineschmalz unerläßliche Voraussetzung ist. Schon aus diesem Grunde ist ein gewisser Bestand von Schweinen nötig. Dazu kommt, daß die deutsche Margarineerzeugung auch heute noch zum größten Teil auf ausländischen Rohstoffen (Ölsaaten, Waltran) aufgebaut ist, Rohstoffen, deren Bezug in Notzeiten mindestens stark eingeschränkt werden müßte. Auch aus diesem Grunde ist es erwünscht, wenn auf den Schweinebestand zur Deckung des Bedarfs an Schweineschmalz zurückgegriffen werden kann. Das Schweine-

schmalz ist zur Butter für den Kriegsfall also unerläßliche Notwendigkeit, da es außerdem wesentlich billiger wie Butter ist, für die breiten Verbrauchermassen also nicht entbehrt werden kann. Das Beispiel der letzt- und diesjährigen Schweinefleischknappheit zeigt, daß auch hier die nationalsozialistische Marktordnung in der Lage war, im Rahmen der Erzeugungsschlacht die Bestände schnellstens wieder aufzufüllen. Denn heute ist, abgesehen von saisonmäßigen Schwankungen, diese Bedarfslücke wieder ziemlich geschlossen.

g) Ein Versagen der landwirtschaftlichen Eigenversorgung wie vor dem Kriege wird somit fast unmöglich gemacht, weil die Erzeugungsschlacht der heimischen Scholle ein Höchstmaß an Ertrag bringt. Die schon erwähnte Vorratspolitik kann sich erst in Jahren vollkommen auswirken, weil durch Überschwemmungen, Hagelschläge, Trockenheit und sonstige Klimaverhältnisse Mißernten eintreten können, die die Landwirtschaft nicht verhindern kann. Die Einfuhr der zusätzlichen Nahrungsmittel ist an sich, soweit die Reichsstellen in Frage kommen, bereits zentralisiert. Hier wird das Reich auch für die Zukunft Klarheit besitzen.

Der Schweinemord und das Ausland

Daß die Ankündigung der Untersuchung über die Ursachen des Schweinemordes 1915 im Ausland Aufsehen erregten, beweist ein Artikel im „American Bulletin", Neuyork, der Ende Februar 1936 dort erschien:

„Walter Darré, der deutsche Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten, deckt das Schlachten von 9 Millionen Schweinen im Jahre 1914 in Deutschland auf! Fachleute in den Fragen der Landesernährung behaupten, daß das plötzliche Schlachten einer solch großen Menge des gesamten Schweinebestandes des Landes einer der hauptsächlichsten Gründe des Nahrungs- und Fettmangels war, der wenige Jahre später zu Deutschlands Niederlage im Krieg beigetragen hat. Wenn wir bedenken, daß wir in Amerika vor nicht allzu langer Zeit die gleiche Erfahrung gemacht haben und daß deren Folgen noch in Erscheinung treten werden, ist es angebracht, sich Deutschlands Schicksal in die Erinnerung zu rufen. Das Schlachten so vieler Schweine auf einmal geschah zu jener Zeit, als der Jude Walter Rathenau die Kontrolle über die Erzeugung der Nahrungsmittel innehatte. Als Grund für das Schlachten gab man damals an, daß ein zu großer Prozentsatz des Kartoffelvorrats des Landes zum Füttern der Schweine verbraucht würde. Der kluge Herr Rathenau schwatzte dem Volk vor, daß

man die Kartoffeln (für das Volk) retten könnte, wenn man den Schweinebestand verkleinerte. Walther Rathenau, der in Deutschland ebenso bedeutend war wie Baruch in Amerika, war einer der ‚Weisen von Zion', und die unglaublich anmaßenden und erstaunlichen Enthüllungen, die er gemacht hat, zeigen, daß er einer der Eingeweihtesten war. ‚Das Schicksal der Welt wird von 300 Männern gelenkt, von denen jeder den anderen kennt ...' Rathenau wußte wohl, weshalb die Schweine geschlachtet wurden. Heute wissen wir das auch. Das Schlachten war als Vorbereitung zum Weltkrieg durchgeführt, der, wie die Juden wußten, im Jahre 1914 ausbrechen würde. Sie wußten, daß ein Mangel an Nahrungsmittelvorräten, hauptsächlich an Fetten, Deutschlands Kraft schwächen und seine Niederlage erleichtern würde. So werden Kriege ‚gemacht'. Welchen Zwecken wird der Nahrungsmittelmangel in den Vereinigten Staaten in der nächsten Zeit dienen? Die augenblickliche allgemeine Unruhe in der ganzen Welt, das Benehmen und Hervortun von Juden in jeder Nation verrät, daß sie die Vorbereitungen für ein zweites Weltchaos treffen, das schlimmer sein wird als das letzte. Die ständigen Anstrengungen, die Vereinigten Staaten mit Gewalt in den Völkerbund zu bringen, und die Prophezeiungen, daß ‚es den Vereinigten Staaten unmöglich sein würde, im Kriegsfall neutral zu bleiben', sollten uns warnen. Die angestrebte Nahrungsmittelnot in Amerika, der bevorstehende wirtschaftliche Zusammenbruch und seine üblen Begleiterscheinungen sind alles nur Vorbereitungen für eine solche Krisis."

Militärische oder wirtschaftliche Führung der Kriegswirtschaft?

Die Frage, die gerade im Rahmen der Abhandlung über den Schweinemord interessiert, ist die, ob für den Ernstfall, in dem die Wirtschaft und die Gesamtbevölkerung auch hinter der Front in das Kriegsgeschehen eingeschaltet wäre, der Wirtschaftler oder der Soldat die Führung haben sollen. Interessant ist hier ein Artikel von Oberstleutnant Warlimont in Heft 3/36 der „Militärwissenschaftlichen Rundschau", betitelt: „Einsatz der staatlichen Gewalten in die Führung des totalen Krieges". Er betont hier, daß die Vorbereitung der Landesverteidigung und ihre Durchführung die Mitarbeit aller Ressorts erfordert. Sie sei deshalb nicht alleinige Angelegenheit des Soldaten, jedoch müsse die grundlegende, zusammenfassende Aufgabe und die einheitliche Richtung von der militärischen Leitung erfolgen. Er verwirft vor allem den Dualismus militärischer und ziviler Behörden, der im letzten Krieg so stark in Erscheinung trat und sich nur nachteilig auswirkte. Warlimont sieht deshalb zur Verwirklichung eines einheitlichen Zieles der Zivil- und militärischen Stellen die Bil-

dung eines wirtschaftlichen Generalstabes vor, in dem alle Wehrmachtsteile und die Wirtschaft, allerdings unter militärischer Leitung, vertreten sein sollen. Warlimont geht also hier denselben Weg, wie Ludendorff ihn im letzten Krieg schon verlangt hat, aber nicht durchsetzen konnte. Es ist selbstverständlich, daß unter der einheitlichen nationalsozialistischen Führung in einem Krieg die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und der Organisation der Ernährungswirtschaft ohne weiteres gegeben ist, ohne daß an dieser Stelle über die Frage der Zuständigkeitenverteilung weitere Ausführungen gemacht zu werden brauchen. An sich wird die oberste politische Führung des Reiches im Ernstfalle Fragen von grundsätzlicher ernährungswirtschaftlicher Bedeutung im Zusammenwirken zwischen militärischen und Reichsnährstandsstellen selbst zur Klärung bringen. Dies vielleicht deshalb, weil gerade die Ernährung eines Volkes einer der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren für Gewinn oder Verlust eines Krieges ist. Das hat uns der letzte Krieg bewiesen, denn die körperliche, geistige und seelische Leistungsfähigkeit eines Volkes ist nicht zuletzt eine Ernährungsfrage. Dabei spielt natürlich im Rahmen der Steigerung der Erträge eine Zusammenarbeit industrieller und nährstandsmäßiger Organe eine Rolle, weil eine verstärkte Maschinenanwendung zur Ersparung von menschlichen Arbeitskräften im Ernstfalle notwendig werden würde. Im allgemeinen kann zum Schluß gesagt werden, daß der Schweinemord ein Musterbeispiel für eine falsch aufgezogene Kriegsernährungswirtschaft war, daß er die größte Lehre auf ernährungspolitischem Gebiet überhaupt ist. Das Untersuchungsergebnis darüber, wer und was die Veranlassung gab, dürfte aber deshalb einiges Aufsehen erregen, weil die früheren Untersuchungen nur von rein wirtschaftlichen und nicht auch von politischen Voraussetzungen ausgingen, deshalb auch zu anderen Ergebnissen kommen mußten. Die Lehre für die Zukunft aber lautet:

„Bereit sein ist alles."

Anlage 1

Gemeinsame Veröffentlichungen der Schweinemörder

Die nachfolgende Übersicht gemeinsamer Veröffentlichungen zeigt die Zusammenarbeit der am Schweinemord beteiligten Professorengruppe:

1. Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan. Eine Denkschrift, herausgegeben von Paul Eltzbacher. Braunschweig 1914.
   Aereboe, Ballod, Beyschlag, Caspari, Hedwig Heyl, Krusch, Kuczynski, Curt Lehmann, Lemmermann, Oppenheimer, Rubner, v. Rümker, Tacke, Warmbold, Zuntz.
2. Ernährung in der Kriegszeit. Ein Ratgeber für Behörden, Geistliche, Ärzte usw. Braunschweig. 1.—100. Tausend 1914. 101.—200. Tausend 1915.
   Eltzbacher, Hedwig Heyl, Oppenheimer, Rubner, Zuntz.
3. Volksernährung im Kriege. 1915.
   Sering, Rubner, Kuczynski, Eltzbacher, Zuntz, Oppenheimer, Warmbold, Lemmermann, Naumann, Hedwig Heyl, Gertrud Bäumer.
4. Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Kriege. Braunschweig 1915.
   Kuczynski und Zuntz. Dieselben auch zusammen Deutschlands Nahrungs- und Futtermittel in Mayr's Allg. Statist. Archiv, 1915.
5. Die fettarme Küche. Flugschriften zur Volksernährung. H. 10. Berlin 1915.
   Hedwig Heyl und Nathan Zuntz.
6. Besteht eine Eiweißnot? Flugschriften zur Volksernährung. H. 10. Berlin 1915.
   Zuntz, Lemmermann, Curt Lehmann.
7. Untersuchungen an zwei hungernden Menschen. Archiv für pathol. Anatomie und Physiologie. Bd. 131. Suppl.
   Zuntz und Lehmann.
8. Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Hilfe". 1914—1916.
   Kriegschronik. Friedrich Naumann.
   Heimatchronik. Gertrud Bäumer.

Anlage 2

Der Fall Eltzbacher-Ellis Barker

Daß der oben genannte „Engländer“ Ellis Barker irgendwie mit dem Schweinemörder Paul Eltzbacher verwandt sei, konnte auf Grund einer Angabe des Semi-Kürschner (1913) vermutet werden. Danach sollte nämlich ein Herr Ellis Barker aus einer deutschen Judenfamilie hervorgegangen sein und früher Eltzbacher geheißen haben. Ein Blick in das Lexikon „Who's who?“ vom August 1933 zeigte nun, daß J. Ellis Barker, „author and journalist“, am 9. Mai 1870 als Sohn eines Arztes in dem gleichen Köln geboren ist, in dem auch Paul Eltzbacher, der in vorstehendem geschilderte Hauptverantwortliche für den Schweinemord, am 18. Februar 1868 als Sohn des Arztes Salomon Eltzbacher und der Anna Hertz geboren wurde. Die Vermutung wurde durch die Geburtsurkunde zur Gewißheit. J. Ellis Barker ist danach der 2 Jahre jüngere Bruder des Paul Eltzbacher.

Der Werdegang und das Schicksal dieses jüdischen Hetzers ist nicht nur an sich außerordentlich lehrreich, sondern im Zusammenhang mit dem Auftreten seines Bruders Paul Eltzbacher von besonderer Wichtigkeit. Der jüngere Eltzbacher nun, der nach Aussage des „Who's who?“ von 1933 seine Erziehung in Köln, also in Deutschland, erhalten hatte, ließ sich nach seiner 1900 erfolgten Übersiedlung nach England — für den Eingeweihten leicht durchsichtig — in J. Ellis Barker umtaufen. Aber diese typisch jüdische Namensänderung allein tat es für ihn noch nicht. Vor allem mußte er zuerst einmal einen Berechtigungsnachweis als „Engländer“ haben. Noch wußte ja keiner von ihm. Da erscheint im Jahre 1901 in London ein Buch „Drifting“, dessen Verfasser sich nicht genannt hat. Dieses Buch soll den Eindruck erwecken, als ob sich ein besorgter, vaterlandsliebender Engländer mit den Lebensfragen seines Landes und des Empire befaßt, um seinen Beitrag zum Aufstieg und Wohlgedeihen seines Vaterlandes zu leisten. Ein ganz anderes Bild erhält man allerdings, wenn man erfährt, wer der Anonymus eigentlich ist. Nach dem Katalog der

Staatsbibliothek ist Otto (Julius) Eltzbacher — der spätere Ellis Barker — Verfasser dieses Werkes.

Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Anpassungsfähigkeit es der Jude in Otto (Julius) Eltzbacher verstand, sich innerhalb kürzester Zeit in die Lebensnotwendigkeiten seiner Wahlheimat einzuspüren, so daß er darüber ein Buch von 218 Seiten schreiben konnte. Die Absicht liegt also offen zutage. Das Buch trägt die Buchhändlerjahreszahl 1901. So ist anzunehmen, daß sich Otto J. Eltzbacher unmittelbar nach seiner Ankunft in England im Jahre 1900 in die Fragen dieses Landes hineingearbeitet hat, um dann innerhalb Jahresfrist nach seiner Ankunft ein „hundertprozentiger" englischer Patriot zu sein, der sich nach noch nicht 1jährigem Aufenthalt in England, wo er sicher noch nicht einmal die Staatsangehörigkeit besaß, zu schreiben erlaubte: „Unsere politische Erziehung, unsere Regierung usw.", oder wenn er jedem Leser dieses Buches (every reader of this book) ein fertiges Rezept zur Lösung der damaligen Fragen in die Hand gibt.

In diesem Buch steht auch der charakteristische Absatz:

„Wir müssen die Bürger zu wahren Patrioten und nicht nur zu Stimmberechtigten erziehen. Alle müssen anerkennen, daß es die erste Pflicht des Staatsbürgers ist, sein Vaterland zu verteidigen, und daß es die größte Schande ist, diese Pflicht zu verletzen. Ich hoffe, die Zeit wird kommen, in der Großbritannien neben seiner Armee und neben seinen ausgebildeten Freiwilligen eine ungeheure, wenn vielleicht auch unausgebildete Reserve von Männern hat, die ihre Namen angegeben und sich unter Eid verpflichtet haben, ihrem Vaterlande im Falle der Not zu dienen. Und allen denen, die sich weigern, sich so zu verpflichten, sollen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden. Die große Mehrzahl dieser Ehrverlustigen würde bestehen aus Müßiggängern, närrischen Schwätzern, die jetzt und immer auf der Seite von Englands Feinden stehen."

Daß Eltzbacher-Ellis Barker 1914 sein „patriotisches" Bekenntnis durch seine Teilnahme am Weltkrieg in die Tat umgesetzt hat, wurde nicht bekannt. Nachdem Eltzbacher jedenfalls mit dem Buch seinen englischen Patriotismus „unter Beweis" gestellt hatte, konnte er seine literarische und politische Karriere beginnen. In vielen Veröffentlichungen, die seinen neuen Namen J. Ellis Barker tragen, setzte Eltzbacher dann seine schriftstellerische Arbeit fort. Er ist ein Viel- und Schnellschreiber. Erfolgstüchtig, wie er ist, behält er seinen patriotischen „Wir"-Stil bei.

Seine literarische Hauptaufgabe seit 1900 sah nun Ellis Barker darin, England vor der Gefahr eines Krieges mit Deutschland zu warnen und auf militärische, wirtschaftliche Vorbereitungen und auf Rüstungen zur See zu drängen. Hierbei arbeitete er zusammen mit Lord Roberts, Joseph Chamberlain u. a. Seine Schriften „Modern Germany" (Modernes Deutschland) und „Foundations of Germany" (Die Grundlagen Deutschlands) sind voll gemeiner Angriffe gegen Deutschland.

Es kann nicht bestritten werden, daß Eltzbacher-Ellis Barker einer jener Kriegshetzer war, die dem englischen Volk in gewissenloser Weise ganz bewußt ein falsches Bild über Deutschland und das deutsche Volk gegeben haben. Mit Recht hat man ihn einen der übelsten Hetzer im Vorkriegs-London genannt. Das Lexikon „Sigilla Veri" (Bd. 1, S. 394) bezeichnet ihn mit Dehn („England und die Presse") als „einen der schmählichsten Schänder seines Geburtslandes". Ein helles Licht auf diesen jüdischen Kriegshetzer wirft die Tatsache, daß er Freimaurer war. Als Schriftleiter war Ellis Barker, der sich auch Baker und Ellenbacher nannte, an der deutschfeindlichen „Times" und an dem „Daily Expreß" des Ralph Blumenfeld (!), jenem „Daily Expreß", von dem sogar die „Frankfurter Zeitung" (10. März 1911) sagte, daß er „jeden Tag den Formen der zivilisierten Gesellschaft ins Gesicht schlägt" und „täglich die Deutschen mit Kot bewirft". Trotzdem mußte es sich dieses Blatt gefallen lassen, daß in dem „Penny Jllustradet Paper" die humoristische Frage aufgeworfen wurde: „Ist der ‚Daily Expreß' ein deutscher Spion? Denn seine Hauptstützen seien Deutsche (!) — die Herren Blumenfeld, Ellis Barker und Alphonso Courlander (3 Juden)." Das aber ließen die 3 Juden nicht auf sich sitzen. Und die vermessenen Scherze über das Britentum eines Blumenfeld, Barker und Courlander kosteten dem Spötter 20 000 M. Im übrigen hetzten gerade diese Juden England und Amerika gegen Deutschland und forderten z. B. im Kriege die rücksichtslose Zerstörung des deutschen Handels.

Daß Ellis Barker einen Hauptteil dieser Hetze bestritt, steht fest. Schon im Oktober 1905 verlangte er im „Nineteenth Century" durch einen Artikel „Die deutsche Gefahr für Südafrika" Englands Einschreiten in Deutsch-Südwest. Deutschland müsse dieses Land an England abtreten. In der gleichen Zeitschrift redet Ellis Barker (April 1906) von einem deutschen Ränkespiel, das England mit Rußland und Nordamerika gegeneinander ausspiele. Deutschland wolle sich in Europa ausdehnen, suche die belgischen und holländischen Häfen, Deutschösterreich usw. zu erwerben. 1907 lügt Ellis Barker von einer drohenden Aufsaugung

Hollands durch Deutschland, faselt von einer Eroberung Dänemarks. 1908 verlangte er die Rettung Hollands, Belgiens und der Schweiz vor deutschen Eroberungsgelüsten und propagiert ihre Angliederung an Frankreich.

Auch in der 2. Auflage des „Modern Germany“ spricht er 1907 dauernd von Deutschlands Kriegsdrohungen Frankreich gegenüber:

„Zur See und auf dem Lande ist Deutschland gleich bereit zum Kriege und zugleich imstande, mit überraschender Schnelligkeit und mit seiner ganzen Kraft auf einmal loszuschlagen.“

Um aber seine Arbeit mit Erfolg zu krönen, schrieb er auch in deutschen Zeitungen, um dort zu zeigen, daß Englands Verdacht gegen Deutschland gerechtfertigt sei. Seine Devise lautete ständig: „Ceterum censeo, Germaniam esse delendam“ („Im übrigen bin ich der Ansicht, daß Deutschland vernichtet werden muß“).

Unablässig ist dieser Jude bemüht, zu schüren und zu hetzen. August 1909 zieht er in der „Fortnightly Review“ erneut los:

„Alle Mächte Europas, Deutschland ausgenommen, sind mit ihren Besitzungen zufrieden und möchten in Ruhe gelassen sein. Deutschland aber rüstet unablässig zu Wasser und zu Lande und zwingt alle Mächte gegen ihren Willen, ihre Rüstungen unausgesetzt zu steigern . . . Deutschlands Bestrebungen sind für die Mächte der Welt, seine Verbündeten eingeschlossen, sehr kostspielig, und sie könnten die Geduld Deutschland gegenüber verlieren. Es gibt immer eine Macht, die den Weltfrieden bedroht. Bis 1870 war Frankreich der Unruhestifter, dann kam Rußland an die Reihe, und jetzt hat anscheinend Deutschland die Neigung, diese undankbare und gefährliche Rolle zu spielen.“

August 1911 findet sich in einem Aufsatz Ellis Barkers im „Nineteenth Century“ auch bereits die Koloniallüge, wenn es heißt:

„Die deutsche Kolonisation ist bisher ein Fehlschlag gewesen, weil die Deutschen nicht wissen, wie sie die Eingeborenen behandeln sollen. Deutsche Kolonisation hat sich bisher durch die rohen Untaten gewissenloser Offiziere und Beamten ausgezeichnet. Laßt uns hoffen, daß die Marokkokrisis als der Mißgriff eines einzelnen Mannes zu erklären ist. Beharrt Deutschland aber in seinem gefährlichen und beispiellosen Kurse, den es gegenwärtig steuert, so gefährdet es seine Zukunft und kann dem Kaiser seinen Thron kosten.“

Barker lenkte dann in besonderen Briefen die Aufmerksamkeit deutscher Zeitungen auf diesen Aufsatz; er wußte wohl warum.

Im „Nineteenth Century“, Sommer 1912, faßte Barker in einem Aufsatz über den Bankrott des nachbismarckischen Deutschlands alle Verdächtigungen und Herabwürdigungen zusammen. Deutschlands Aufschwung sei nur Trug, sein Heer vernachlässigt, seine Politik verfehlt. Durch seine Flotte habe es sich ringsum gefährliche Bündnisse geschaffen. Österreich-Ungarn solle nur an Preußens Räubereien denken, es werde dann die Führung der deutschen Staaten erlangen. Er mahnte England zuzuschlagen, bevor es zu spät sei.

Pariser Blätter, „Echo“ und „Matin“, druckten mit Behagen diese Schreibereien als echt englische Auslassungen ab.

> „Die Zahl der Nicht-Engländer, die den Argwohn gegen Deutschland rege halten, ist beträchtlich“,

sagte Dr. Th. Lorenz in der „Deutschen Literaturztg.“, Sept. 1912.

„Die Zeitfragen“ schrieben am 27. Oktober 1913:

> „Barker klagt, daß das deutsche Volk sich leichter als alle andern Völker fremder Art anpasse und von dieser aufgesogen werde. Im Widerspruch mit dieser Schwäche glaubt er gleichwohl den Deutschen nachsagen zu sollen, daß sie nur mit Feuer und Schwert germanisieren und kolonisieren können, aber überall zurückweichen müßten, wo ihnen die Brutalität der Mehrheit fehle. Diesen Unsinn Barkers übernahm die ‚Nowoje Wremja‘, die sich doch nur in allernächster Nähe umzusehen braucht: In Petersburg hat das Deutschtum wirklich nie eine Regierungsgewalt ausgeübt, und dennoch hat deutscher Fleiß der Stadt ein europäisches Gepräge aufgedrückt, das sie scharf von altrussischen Städten unterscheidet. Daß das Deutschtum ohne Militarismus nicht mit andern Völkern den Wettbewerb aufnehmen könne, scheint sich als Aberglaube in jüdisch-weltbürgerlichen Köpfen immer tiefer festzuwurzeln, ist aber grundfalsch. Die Auslassung der ‚Nowoje Wremja‘ beweist nur aufs neue, wie sehr in allen Ländern der Erde jüdische Federn an der Arbeit sind, unsere Stellung zu schmälern, und wie bei solchen Webermeisterstücken die Schifflein von Paris nach London, von dort nach Petersburg, nach Wien, nach Rom, Neuyork, Tokio und Gott weiß wohin herüber- und hinüberschießen.“

Mit Recht sagen die „Sigilla Veri“, denen der größte Teil der obigen Zitate entnommen ist:

> „Die Gemeinsamkeit aller jüdischen Bestrebungen zur Zertrümmerung Deutschlands unter Leitung der AJU. hat der Weltkrieg gezeigt, denn das noch nicht völlig demokratisierte

und parlamentarisierte Deutschland war das letzte Hindernis für die Weltherrschaft des jüdischen Kapitalismus."

Zur gleichen Zeit, als Herr Eltzbacher dann in Deutschland während des Krieges für den Schweinemord eintrat, schrieb seine brüderliche Liebe, der „Engländer" J. Ellis Barker, in der Zeitschrift für die Mitglieder der Britischen Kolonialgesellschaft „United Kingdom":

„Nicht im Frieden, sondern durch den Krieg haben die Angelsachsen ihre Weltherrschaft begründet. Der Krieg hat die englische Rasse nie geschwächt, sondern sie im Gegenteil gestärkt, indem sie zu Einigkeit und Arbeit erweckt wurde. Auch die deutsch-englische Feindschaft und die Furcht vor einem übermächtigen Deutschland werden die einzelnen Teile des englischen Weltreiches enger zusammenschließen als je zuvor."

In dem gleichen Aufsatz wurde aber das wahre Gesicht des Judentums, das aus den Arbeitern möglichst alles herauspressen will, noch deutlicher, wenn Ellis Barker-Eltzbacher weiter schrieb:

„Die durch den Krieg hervorgerufene Verdreifachung, ja Vervierfachung der Steuern wird England zwingen, angestrengter denn je zu arbeiten (nämlich für den Juden!, d. Verf.). Bisher produzierte ein amerikanischer Arbeiter durchschnittlich dreimal soviel wie ein englischer Arbeiter. Der Krieg und die hohen Steuern werden aber den englischen Arbeiter zwingen, ebenso energisch wie sein amerikanischer Kamerad zu arbeiten. Dadurch wird Englands (gemeint ist das auserwählte Volk, d. Verf.) Produktion und Handel verdreifacht. Deutschland ist vielleicht, ohne es zu wissen, der größte Wohltäter für das englische Reich und die englische Rasse geworden."

Von dem jüdischen Standpunkt des Gelderwerbs aus mußte, mit anderen Worten, der Krieg kommen, und Herr Ellis Barker-Eltzbacher hat an seiner Stelle wirklich alles dafür getan, daß England ihn auch gerüstet aufnahm, während sein Bruder in Deutschland dafür sorgte, daß unsere Volksernährung unterminiert wurde.

So ist es denn auch nicht weiter erstaunlich, daß Ellis Barker in der 7. Auflage seines „Modern Germany", 1919, seiner Wühlarbeit gegen Deutschland, in dem seine Vorfahren Jahrhunderte hindurch Geld zusammengehäuft haben, die Krone aufsetzte, wenn er schrieb, Deutschland habe den Weltkrieg „bewerkstelligt" (Why and how Germany brought about the Great War). Mit Befriedigung stellt er zugleich fest, daß Deutschland durch den Krieg so sehr erschöpft sei, daß es an einen Rachekrieg nicht denken könne.

Man erinnere sich hier zum Schluß noch einmal an Paul Eltzbachers Buch über den Anarchismus, wie er 1914 auch in der „Vossischen Zeitung“ (ganz im Sinne Walter Rathenaus) ein Loblied auf diesen Anarchismus sang. Er verlieh sich selbst dabei den Titel eines theoretischen „Sachverständigen des Anarchismus“, den er eine Staatslehre von „außerordentlicher Kühnheit und Großartigkeit“ und einen „sozusagen übertriebenen Liberalismus“ nannte. Mit Recht schrieben am 22. Juni 1914 die „Zeitfragen“ dazu:

„Ist es ein Zufall, daß die Grätz und Eltzbacher just von demselben Volk sind, das . . . die Verheißung hat: ‚Du sollst alle Völker fressen‘.“

Hätte man von der engen Verwandtschaft mit dem Kriegshetzer Barker gewußt, dann hätte man vielleicht schon damals dem Schluß zugestimmt, den eine Zeitung über den Fall Barker-Eltzbacher aus diesen Zusammenhängen zog:

„Beide wußten, was sie wollten. Wenn Eltzbacher in Deutschland als Wirtschaftsberater der Regierung die Schwächung und Aushungerung Deutschlands schweinemordsmäßig betrieb und seinem Bruder die anarchistisch-bolschewistischen Bälle zuwarf, die dieser nach Bedarf gegen Deutschland auswertete, so arbeiteten sie beide für ihr Vaterland, nämlich für die Weltjudenheit! Der eine als Eltzbacher, der andere als Ellis Barker.“



Scherl-Bilderdienst

Dr. jur. Paul Eltzbacher

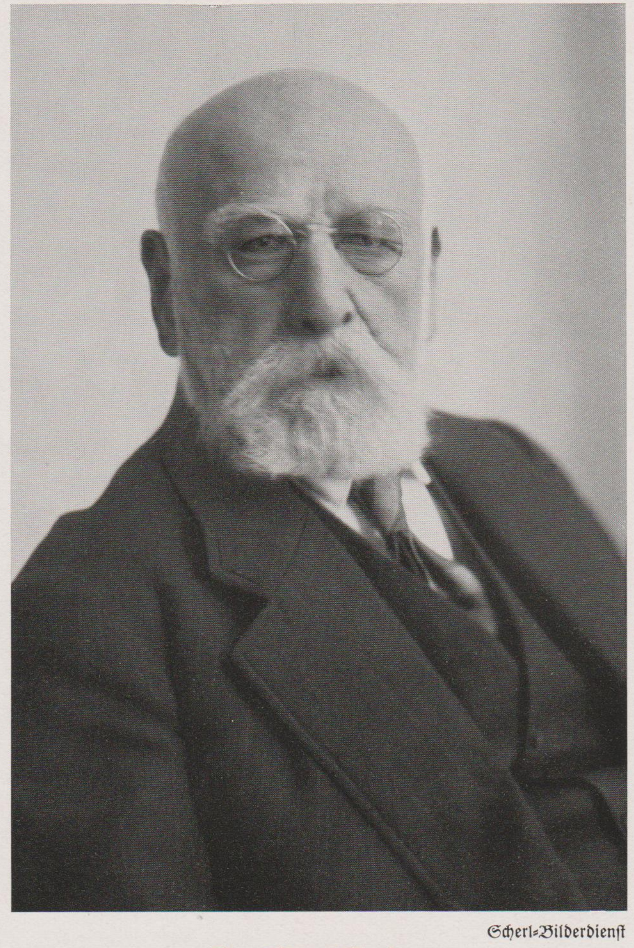
Jude, Rektor der Handelshochschule Berlin, geb. 1868, gest. 1928. Bis 1919 deutschnational, dann Kommunist. Verfasser der maßgebenden Denkschrift „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan"



Statistisches Amt der Stadt Berlin/Schöneberg

Dr. Robert René Kuczynski

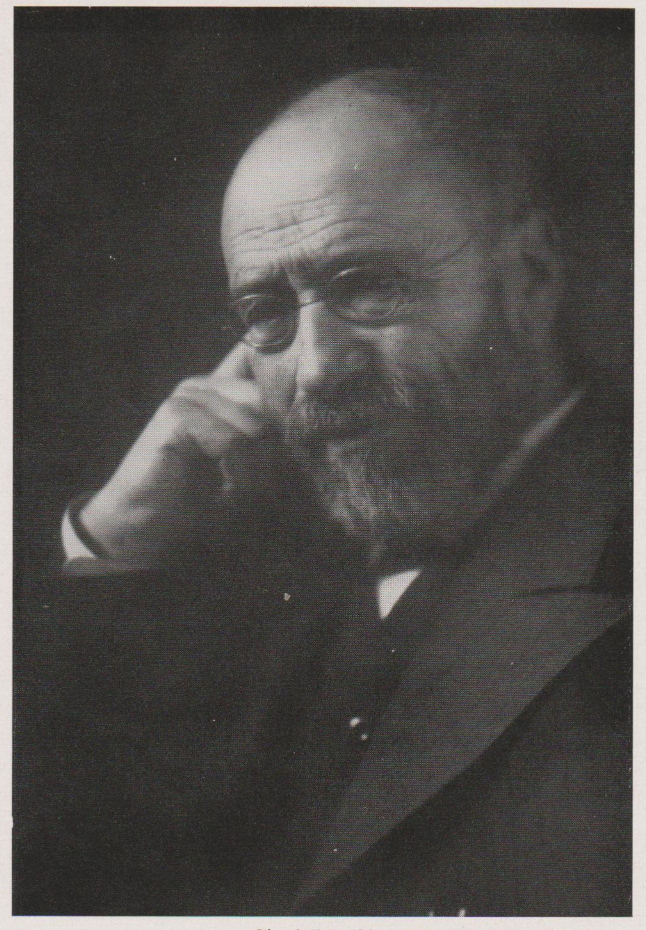
Jude, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, geb. 12. August 1876 zu Berlin. 1934 wegen kommunistischer Tätigkeit aus dem Gemeindedienst entlassen (Beamtengesetz). Jetzt Emigrant in London



Scherl-Bilderdienst

Dr. Max Sering

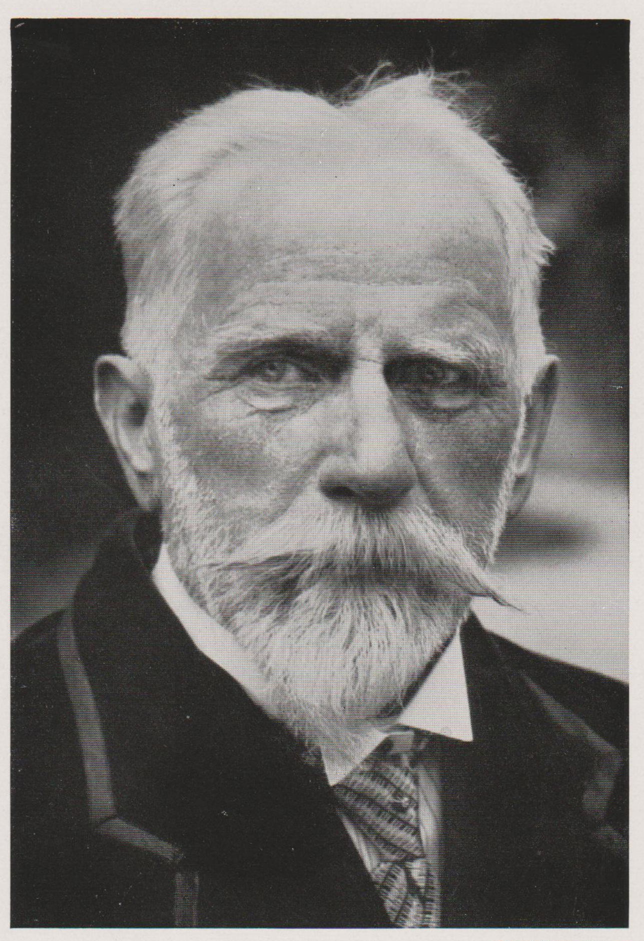
J u d e n s t ä m m l i n g , Geheimrat und Professor der National-ökonomie (speziell Agrarpolitik) an der Universität in Berlin, geb. 18. Jan. 1857 (79 Jahre alt). Jetzt emeritiert. Früher deutschnational



Tierphysiologisches Institut der Universität Berlin

Dr. Nathan Zuntz

Jude, ordentlicher Professor der Tierphysiologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, Humanmediziner, geb. 6. Oktober 1847, gest. (75jährig) am 12. März 1922 zu Berlin



Scherl-Bilderdienst

Dr. Max Rubner

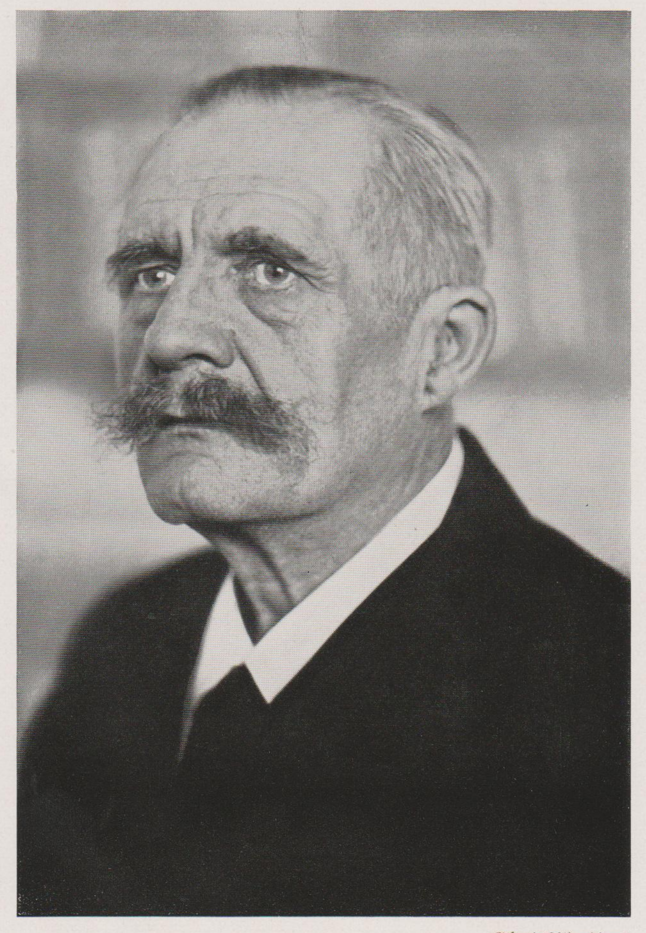
Geheimer Medizinalrat und ordentlicher Professor der Hygiene (Nachfolger Kochs), später der Physiologie an der Universität Berlin, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, stellvertr. Vorsitzender des Reichsgesundheitsamtes, Mitglied der Preuß. Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Lebensmittelverhandlungskommission 1919/20 in Brüssel (Ententekommission). Nach dem Kriege Mitglied des militärischen Senates der Reichswehr; geb. 2. Juni 1854 zu München, gest. 1932 (78jährig) zu Berlin



Scherl-Bilderdienst

Dr. Karl Ballod

Mitglied des Preuß. Statistischen Landesamtes, ursprünglich evangel. Theologe im Ural, dann Honorarprofessor für Nationalökonomie an der Universität Berlin, Landwirtssohn, geb. 20. Juni 1864 zu Kokenhausen (Livland), 1917 als Referent für den U-Boot-Krieg im Kriegsamt, 1919 Eintritt in die USPD. und Hauptschriftleiter der „Freiheit" (USPD.), 1920 Mitglied der lettischen Friedenskonferenz, Vorsitzender des deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung, 1925 Dekan der juristischen Fakultät in Riga, gest. (67 jährig) im Januar 1931 in Riga



Scherl-Bilderdienst

Friedrich Naumann

Arier, geb. 25. März 1860 zu Strömtal bei Leipzig, evangelischer Pfarrer, 1913 freisinniger Reichstagsabgeordneter, nach dem Krieg Vorsitzender der Demokratischen Partei



1) 2) 3)

Aus: Paul Eltzbacher, Aus der Geschichte meiner Familie. Berlin 1928

Familienbild Eltzbacher

1) Professor Dr. Paul Eltzbacher, Rektor der Handelshochschule Berlin
2) Anna Eltzbacher, geb. Hertz, die Mutter der beiden
3) Ellis Barker, der leibliche Bruder Eltzbachers, Schriftsteller in London